



Reinhard Leutner:

Bürgerstiftung für Jugend und Familie

Wie Lichtenfels' Landrat vermeldete, konnte mit einem Kapital von rund 150.000 Euro ein beachtlicher Grundstock gelegt werden.

Seite 13



Alois Glück:

Fünf Jahr Netzwerk UNSER LAND

Der Schirmherr des Dachvereins würdigte in seiner Festrede das jederzeit an den Bedürfnissen der Kunden orientierte Engagement.

Seite 14



Dr. Günther Beckstein:

Verbesserte Finanzsituation

Nach Angaben des Innenministers setzt sich der Trend steigender Steuereinnahmen bei den Kommunen in erfreulich deutlicher Weise fort.

Seite 7

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 19. Oktober 2006

57. Jahrgang / Nummer 20

CSU-Parteitag in Augsburg:

Beste Bildung, beste Chancen!

Bildung ist eines der Megathemen. Laut CSU-Vorsitzendem Edmund Stoiber gehört der Weg in Richtung Wissensgesellschaft zu den großen Trends. Konsequenterweise stellte die CSU ihren Parteitag in Augsburg unter das Motto „Beste Bildung, beste Chancen“.

Ein von den etwa 1.000 Delegierten einstimmig angenommener Leitantrag beschäftigt sich mit einem weiten Spektrum von der frühkindlichen Förderung und dem Erhalt wohnortnaher Schulen bis zum Thema Hochschulen. „Wir wollen das Gesamtkonzept von der frühkindlichen Erziehung bis zum Berufseintritt so gestalten, dass unsere Kinder auch künftig die optimalen Chancen zur Entwicklung erhalten, dass all ihre Talente unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder vom Wohnort so gut wie irgend möglich gefördert werden“, erklärte hierzu CSU-Generalsekretär Markus Söder.

Einbindung der Eltern

Für die CSU sind Heimatkunde, Brauchtum und Tradition wichtige Bestandteile eines umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrags. Persönliche und soziale Kompetenzen sind Voraussetzung für soziale Verantwortung. Vorrangig sollen die Qualität von Kindertageseinrichtungen und die individuelle Förderung zur Stärkung der Chancengerechtigkeit verbessert werden. Die CSU setzt auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule vor Ort. „Wir setzen uns ein für eine aktive Einbindung der Eltern und Schüler in die Gestaltung eines Schulprogramms, in dem die Schule die wesentlichen Anforderungen für die eigene Schule benennt“, so der Leitantrag. Dazu gehört nach Ansicht der CSU auch die Öffnung der Schule für außerschulische Partner, für Kooperationen z. B. im Bereich der Kirchen, Jugendarbeit, Musik, Kunst und des Sports. Gestärkt werden soll auch die Jugendsozialarbeit an Schulen.

Sie soll dazu beitragen, die Persönlichkeitsentwicklung erziehungsschwieriger, verhaltensauffälliger und gewaltbereiter junger Menschen und ihre soziale Integration zu fördern. „Mit stetig steigenden staatlichen Förderprogrammen unterstützen wir die Kommunen bei der Erfüllung dieser kommunalen Aufgabe.“

Attraktive Hauptschule

Für Kinder mit praktischen Begabungen will die CSU weiterhin ein attraktives Bildungsangebot bereit halten. Die Hauptschule soll attraktiver gemacht werden. Früher Praxisbezug und konkrete Wirtschaftserfahrung, z. B. durch das Organisieren von Praxistagen und die enge Zusammenarbeit von Schulen mit den örtlichen Betrieben, erleichterten den Berufseinstieg der Schüler und stärkten zugleich das Profil der Hauptschule als Schule, die ins praktische Berufsleben führt.

Ganztageschulen

Bis 2008 sollen darüber hinaus 1.000 offene und 100 gebundene Ganztageschulen eingerichtet werden. Sicherergestellt werden soll ein verlässlicher Unterricht an den Grundschulen bis 12 Uhr mittags, um die Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder zu entlasten. Im Rahmen des Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB) seien zahlreiche viel versprechende Anträge eingegangen, die nicht mehr bedient werden könnten, weil die Mittel des Bundesprogramms ausgeschöpft sind. Diese Projekte will die CSU im Rahmen der Möglichkeiten mit bayerischen Mitteln fördern. Trotz Rückgangs der Schüler-

zahlen soll ein wohnortnahes und differenziertes Unterrichtsangebot mit hoher Qualität aufrechterhalten werden. Familien benötigten Grundschulen vor Ort gemäß dem Motto „kurze Beine - kurze Wege“ und wohnortnahe Hauptschulen. Dazu sollen alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, wie z. B. Entscheidungen vor Ort über die Schulstandorte und die Einrichtung jahrgangskombinierter Klassen oder Schulverbände zur effektiven Verwaltung. Um die personellen und finanziellen Ressourcen bestmöglich einzusetzen, (Fortsetzung auf Seite 2)

29. Bayerischer Musikschultag in Bad Kissingen:

Positives Klima für Kunst und Kultur

Der Bayerische Musikschultag, der mittlerweile zu einer festen Größe in der Musiklandschaft geworden ist, war heuer für drei Tage in der Kurstadt Bad Kissingen zu Gast. Leiter und Lehrkräfte aus den 215 bayerischen Musikschulen, Vertreter der kommunalen und staatlichen Ebene, Eltern und die interessierte Öffentlichkeit waren eingeladen, die aktuelle Musikschularbeit kennen zu lernen, sich über die umfangreiche Projekte wie den Kompetenznachweis Musik oder die neuesten Entwicklungen im Elementarbereich der Musikschularbeit den Musikalischen Grundfachern, zu informieren.

Daneben wurden interessante Konzerte mit Kindern und Jugendlichen aus Musikschulen angeboten, die von der hohen Unterrichtsqualität an bayerischen Musikschulen zeugen. Als Veranstalter fungierte der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen unter ihrem Präsidenten Landrat Hanns Dorfner, Passau, in Zusammenarbeit mit der Städtischen Musikschule Bad Kissingen.

Ein Leben lang zehren

In seiner Begrüßungsrede erinnerte Dorfner die Kommunalpolitiker an die Wichtigkeit der



Beifall für die Tanzvorführungen russlanddeutscher Jugendlicher auf dem Tag der Heimat in Schwandorf (v. l.): Karin Stoiber, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer (vgl. Bericht Seite 3). Foto: Michael Leh

schulen Veitshöchheim, Würzburg, Stein, Alzenau, Zirndorf, Münnerstadt, Erlangen und Regensburg.

Jahr der Musikpädagogik

Zwischen den vorgenannten zwei Eckpunkten des Bayerischen Musikschultags lagen drei weitere Highlights: Beim Festakt im Rossini-Saal des Arkadenbaus konnten OB Laudenbach und VBSM-Präsident Dorfner etwa 200 Gäste aus Politik, Bil-



Irritiert über die Diskussion zur Idomeneo-Absetzung in Berlin findet es die Vorzimmerperle beschämend, dass die Mitteleuropäer erst das hysterische Geschrei fanatisierter Massen und die Drohung mit Wirtschaftssanktionen oder gar Gewalt dazu gebracht hat, über den Respekt vor Glaubensbekenntnissen nachzudenken. Seite 15

Musikschule im Großen Saal des Regentenbaus. „Mit der Gründung des Jugendmusikkorps vor 40 Jahren hat Bad Kissingen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geschenkt, vor Ort ein Instrument zu erlernen“, hob Oberbürgermeister Karl Heinz Laudenbach hervor. Damit sei der Region um Bad Kissingen Musikalität erschlossen worden, die inzwischen weit über die Grenzen der unterfränkischen Kulturhauptstadt hörbar ist. Das Blasorchester sei überdies Träger der „ProMusica“-Plakette. „Ein positives Klima für Kunst und Kultur kann Laudenbach zufolge nur wachsen, „wenn schon früh kulturelles Interesse geweckt wird“. Deshalb beschloss der Stadtrat von Bad Kissingen vor zehn Jahren eine Musikschule zu gründen.

Blasmusik und Bigband-Klänge

Bühne frei hieß es für Bigbands, Blasorchester und Bläserensembles auf verschiedenen Plätzen der Stadt. 14 unterfränkische Musikschulen präsentierten sich einen Tag lang unter dem Motto „Blasmusik und Bigband-Klänge“, darunter die Musik-



Wilfried Hiller, Präsident des Bayerischen Musikrates, Bernd Hammer, Leiter der Städtischen Musikschule Bad Kissingen, Oberbürgermeister Karl Heinz Laudenbach, Carl-Orff-Medailenträger Harald Rüschenbaum, Gerhard Wagemann, MdL sowie Eva Szameitat, 1. Vorsitzende im VBSM und Landrat Hanns Dorfner, VBSM-Präsident (v. l.).

Sie lesen in dieser Ausgabe

Denkmalpflege ist auch Wirtschaftsmotor	Seite 2
Bürokratie-TÜV für Verwaltungsvorschriften	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Baumschutzverordnungen versus Eigentumsgrundrecht	3
Tag der Heimat 2006 in Schwandorf	3
Kennzahlen für alle Optionskommunen	3
Startschuss für das Zukunftsprogramm Bayern 2020	4
Jahrestagung des Verbands Gartenbau und Landespflege	4
GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen	5 - 8
Wasser - Abwasser	9 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Denkmalpflege ist auch Wirtschaftsmotor

Landtag hört Fachleute zu geplanter Zuständigkeitsverlagerung auf die Kommunen - Landesamt beklagt Kürzung der Staatsmittel

Im Vorfeld der von der Staatsregierung im Zuge der Entbürokratisierung vorbereiteten Änderung des bayerischen Denkmalschutzgesetzes wird im Landtag über die künftigen Kompetenzen des Landesamtes für Denkmalpflege einerseits sowie der Landräte und (Ober-)Bürgermeister als Leiter der unteren Denkmalschutzbehörden andererseits diskutiert. In einem Fachgespräch im Kulturausschuss kamen dazu sieben weitgehend skeptische Experten zu Wort. Eine große Rolle spielte die Kostenfrage angesichts der angespannten Haushaltslage bei Freistaat und Kommunen.

Ausschussvorsitzender Dr. Ludwig Spaenle (CSU) verwies auf den einjährigen Erprobungsversuch in 30 Gemeinden, ob das Antragsverfahren bei Bauvorhaben an denkmalgeschützten Objekten vereinfacht werden kann. Bisher erstellen die amtlichen Gebietsreferenten im Einzelgenehmigungsverfahren fachliche Gutachten.

Abschaffung des Dissensverfahrens

Christa Baumgartner von der Bayerischen Architektenkammer stellte für die Planerseite fest, die unteren Denkmalschutzbehörden könnten mangels Fachpersonal keine Gutachten erstellen. „Wir brauchen bei der Sanierung von Baudenkmalen die fachliche Auseinandersetzung mit dem Landesamt für Denkmalpflege.“ Generalkonservator Prof. Egon Johannes Greipl vom Landesamt bemängelte die Schwächung des Denkmalschutzes durch die Abschaffung des Dissensverfahrens 1994. Im kommenden Änderungsgesetz solle die Einschaltung des Landesamts in das Erstellen der Vollzugsbehörden gestellt werden. Damit wäre das Gesetz das Papier nicht mehr wert, auf dem es geschrieben ist. Er plädierte für die Gebietsreferenten, die sich in einer Befragung von 131 unteren Partnerbehörden als vertrauenswürdig und effizient erwiesen hätten. Sie wünschten keine Deregulierung der Beratung. Greipl ver-

wies auch auf die Verankerung des Denkmalschutzes in der bayerischen Verfassung.

Integraler Teil der Landesmodernisierung

Prof. Ferdinand Kramer von der Münchner Universität, der früher selber einmal Bürgermeister war, bezeichnete die Denkmalpflege als integralen Teil der Landesmodernisierung. Kulturreferent Dr. Manfred Riederle vom Bayerischen Städtetag beurteilte den kommenden Gesetzentwurf grundsätzlich positiv, sofern er Verwaltung so weit wie

möglich in Grenzen halte. Andererseits belasteten die geplanten Änderungen die unteren Denkmalschutzbehörden im Genehmigungsverfahren. Er erinnerte an den Appell der kommunalen Spitzenverbände an Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, im nächsten Haushalt die Mittel für Denkmalpflege zu erhöhen: Denkmalpflege sei nicht zuletzt ein Wirtschaftsmotor.

Spaenle bestätigte, die Haushaltssituation sei bei der Denkmalpflege ein zentrales Thema. Dr. Christoph Rabenstein (SPD) forderte mehr Geld für den Denkmalschutz. Er bezog sich auf Greipl, der dargelegt hatte, die tatsächlich aus der Staatskasse gezahlten Mittel für Bau- und Kunstdenkmäler seien von umgerechnet 23 Mio. 1990/91 auf netto 3,6 Mio. gesunken. Im Etatentwurf 2007/2008 stehen wie in den Vorjahren 6 Mio. brutto.

Prof. Peter Niehaus vom Ar-

beitskreis für Städtebau und Landesplanung des Landesdenkmalrats warnte aus elf Jahren praktischer Erfahrung vor einer Vereinfachung des Verfahrens. Martin Wölmüller, Geschäftsführer des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege sah in den vorgesehenen Erleichterungen einen massiven Niveauverlust beim Denkmalschutz. Oberfrankens Bezirksheimatpfleger Prof. Günter Dippold befürchtete eine „Disneyworld-Architektur“, wenn die unteren Denkmalschutzbehörden mehr Zuständigkeiten im Genehmigungsverfahren erhalten.

Handlungsspielraum für die Kommunen

Spaenle resümierte, die fachliche Stellungnahme des Gebietsreferenten beim Landesamt sei eine wichtige Hilfe für die Entscheidungskompetenz der Landräte und Bürgermeister. Andererseits sei ein größerer Handlungsspielraum für die Kommunen nötig. Rabenstein zog aus dem Fachgespräch die Folgerung, so wie geplant sei die Gesetzesänderung eine große Gefährdung der Denkmäler in Bayern. Nicht fachlichen Entscheidungen würden im Widerspruch zur Verfassung Tür und Tor geöffnet. **rm**

Noch Unklarheiten bei der Deregulierung

Landtag verlangt Bericht zur kommunalen Energieversorgung

Die Anfang Oktober von der Staatsregierung eingeleitete Deregulierungsoffensive durch Abbau von obrigkeitlicher Bürokratie beschäftigt den Landtag bereits in Plenum und Ausschüssen. Dabei zeigt sich Einigkeit im Grundsatz, aber Misstrauen und Meinungsverschiedenheit über die Praxis. In diesem Sinne wurden im Wirtschaftsausschuss Anträge von CSU und SPD zum kommunalen Handlungsspielraum in der Energieversorgung akzeptiert. Die Grünen sagten Ja zum SPD-Antrag und enthielten sich bei dem der CSU.

Den CSU-Formulierungen zufolge widerspricht der Landtag Tendenzen, kleine und mittlere private und kommunale Versorgungsunternehmen vom Markt zu drängen und bekräftigt seine Haltung zu mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie. Die

Staatsregierung soll darauf hinwirken, bürokratische Hemmnisse für mittlere und kleine Energieversorger abzubauen und zu prüfen, inwieweit eine Differenzierung zwischen den Regulierungsanforderungen für Großunternehmen und den mittelständischen bzw. kommunalen Unternehmen möglich ist. Berichterstatter Philipp von Lerchenfeld (CSU) bescheinigte der Staatsregierung eine sehr gute Arbeit. Den kleinen und mittelständischen Unternehmen werde zu viel

minister im Ausschuss antworten soll. Sie will wissen was die Staatsregierung für den Erhalt einer kommunal orientierten Energieversorgung tun wolle. Und inwieweit sie auf die Bundesregierung einwirkt, um das Oligopol in Strommarkt und Stromerzeugung einzudämmen und einen fairen Wettbewerb bei ausreichender Versorgungsqualität zu gewährleisten. Auch wie Transparenz darüber hergestellt werden soll, dass nur nachweisbare und unvermeidliche Kostensteigerungen an den Verbraucher weitergegeben werden wird gefragt.

Von Lerchenfeld meinte, in den Fragen steckten Unterstellungen gegen die Staatsregierung, „die wir so nicht mittragen können“. Aber da es sich um einen Berichtsantrag handle, ak-



schon Unternehmen werde zu viel Bürokratie aufgebürdet, Mitberichterstattung Gudrun Peters (SPD) unterstrich, dass sich die SPD eine Versorgungslandschaft mit den Kommunen vorstelle und forderte dazu eine Stellungnahme von Wirtschaftsminister Erwin Huber. Für die Grünen zweifelte Christian Magerl am Sinn des Antrags.

Die SPD stellte detaillierte Fragen, auf die der Wirtschafts-

Beste Bildung ...

(Fortsetzung von Seite 1) seien auch Schulverbände mit mehreren Standorten zu ermöglichen, die von einer Schule aus geleitet und verwaltet werden. Eine enge Zusammenarbeit der Kommunen bei der Entscheidung über die Bildung von Schulverbänden und Schulstandorten sei dabei von entscheidender Bedeutung. Für jede Schulregion stellt die CSU zudem ein wohnortnahes Angebot eines mittleren Abschluss sicher. **DK**

Neue Wege mit Zukunftsprogramm 2020

Stoiber eröffnete Ausstellung „Vom neuen zum modernen Bayern“ in der Bayerischen Staatskanzlei

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber eröffnete in der Bayerischen Staatskanzlei die Ausstellung der Bayerischen Staatsregierung „Vom neuen zum modernen Bayern“. Stoiber würdigte die Ausstellung als einen kulturellen Höhepunkt im historischen Jubiläumsjahr 2006 in Bayern und ihre Bedeutung für das Traditions- und Geschichtsbewusstsein im Freistaat.

„Die Ausstellung ist ein Symbol für den Stolz der Bayern auf ihre kulturelle Identität und ihre große Geschichte. Sie zeigt, wie sich Bayern auf dem gemeinsamen Fundament von Tradition und Werten mit Tatkraft und Weitblick zu einem dynamischen, weltweiten Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort entwickelt hat, in dem die Menschen eine gute Heimat und eine gute Zukunft haben. Mit dieser Ausstellung geben wir das klare Signal, dass unsere gemeinsame Geschichte und Kultur der Kitt für den Zusammenhalt der Bayern sind“ so der Ministerpräsident.

Bayern will diese erfolgreiche Entwicklung konsequent fortsetzen. Stoiber kündigte an, dass die Bayerische Staatsregierung mit dem Zukunftsprogramm Bayern 2020 neue Wege gehen will, um Bayern auch in Zukunft einen Spitzenplatz unter den Regionen Europas zu sichern. Deshalb macht sich nach Stoibers Worten derzeit eine hochrangige Expertengruppe aus den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft Gedanken darüber, wie Bayern im Jahr 2020 aussehen soll. Die Ideen der Experten sollen Grundlage für die erforderlichen politischen Entscheidungen der Staatsregierung sein. Stoiber: „Wer die Zukunft sichern will, darf nicht stehen bleiben. Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur heute, sondern auch in Zukunft Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität sichern. Die Vorschläge der Experten für Zukunftsinvestitionen sollen die Grundlage dafür bilden, dass Bayern seinen Erfolgsweg auch künftig fortsetzen kann.“

Die Ausstellung „Vom neuen zum modernen Bayern“ findet im Rahmen der Jahrhundertfeier 1806 - 2006 und des Jubiläums der Bayerischen Verfassung 1946 - 2006 statt und wird bis 26. November 2006 publikumsoffen im Vestibül der Bayerischen Staatskanzlei gezeigt. Sie wurde vom Haus der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns konzipiert und stellt in thematisch gegliederten Blöcken große Entwicklungslinien der bayerischen Geschichte bis in die Gegenwart dar. Einen besonders breiten Raum nimmt dabei die Zeit seit 1945 ein. Die Ausstellung soll als Wanderausstellung bis 2008 auch in allen bayerischen Regierungsbezirken präsentiert werden. **□**

Bürokratie-TÜV für Verwaltungsvorschriften

Mehr Entscheidungsfreiheit in der Verwaltung Verbindliche Weisungen werden gestrichen

Das bayerische Kabinett hat eine Grundsatzentscheidung für mehr Entscheidungsfreiheit in der öffentlichen Verwaltung vor Ort getroffen. In einem bundesweit einmaligen Schritt gegen Bürokratie sollen Verwaltungsvorschriften in Bayern soweit wie möglich gestrichen werden. Von verbleibenden Verwaltungsvorschriften soll in der Praxis vor Ort abgewichen werden können. Bayern geht damit nach den Worten von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber einen völlig neuen Weg gegen Bürokratie und so weit wie kein anderes Land in Deutschland.

Kein Schema F

Ziel der Staatsregierung ist regionale Eigenständigkeit und unterschiedliche Gegebenheiten aus der Praxis vor Ort noch besser zu berücksichtigen. Stoiber: „Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sollen aus ihrer Pra-

xiserfahrung und Praxisnähe vor Ort maßgeschneiderte Entscheidungen treffen. Wir wollen kein Schema F für alle Entscheidungen von Aschaffenburg bis Berchtesgaden. Bayern gibt den Mitarbeitern vor Ort mehr Flexibilität und Entscheidungsspielraum.“

Verwaltungsvorschriften sind verbindliche Weisungen der vorgesetzten Behörde, an die die Entscheider vor Ort gebunden sind. Nach dem Grundsatzbeschluss des Kabinetts werden alle Ressorts in den nächsten Monaten ihre Verwaltungsvorschriften genau unter die Lupe nehmen und soweit wie möglich streichen. Dieser neue Bürokratie-TÜV soll für alle bestehenden und für alle künftigen Verwaltungsvorschriften gelten. Staatskanzlei-Minister Eberhard Sinner kündigte an, dass im Herbst nächsten Jahres im Kabinett eine erste Bilanz gezogen werden soll. **□**

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann:

Mehr Jugendsozialarbeiter an Bayerns Schulen

Für die Jugendsozialarbeit an Bayerns Schulen sollen nach Angaben des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Joachim Herrmann, künftig noch mehr Fördermittel für Personalstellen im Staatshaushalt stehen. „Wir wollen in dem nächsten Doppelhaushalt die Mittel für 39 Stellen im Jahr 2007 und für weitere 32 Stellen im Jahr 2008 bereitstellen. Damit stehen CSU-Fraktion und bayerische Staatsregierung zu ihren Zusagen, die Jugendsozialarbeit auszubauen.“ Jugend-

sozialarbeit für Schüler mit sozialen und erzieherischen Problemen habe sich als erfolgreiches und effizientes Instrument im Hinblick auf die Gewaltprävention und den Jugendschutz bewährt, sagte Herrmann. „Dem werden wir mit der Erhöhung der Mittel Rechnung tragen. In den nächsten beiden Jahren sollen rund 2,3 Millionen Euro zusätzlich bereitstehen.“ Aktuell fördere der Freistaat die Jugendsozialarbeit an Schulen mit 1,7 Millionen Euro pro Jahr.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hubert Dallmeier sen.
84097 Herrngiersdorf
am 31.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Bradl
92353 Postbauer-Heng
am 4.11.

Bürgermeister
Franz Steiglechner
84565 Oberneukirchen
am 8.11.

Bürgermeister
Helmut Königsberger
82488 Ettal
am 9.11.

Bürgermeister
Leonhard Baumann
85622 Feldkirchen
am 31.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Kiblinger
85777 Fahrenzhausen
am 3.11.

Bürgermeister
Hermann Anselstetter
95339 Wirsberg
am 3.11.

Bürgermeister Dieter Berninger
63933 Mönchsberg
am 5.11.

Bürgermeister
Alfons Kipfelsberger
85419 Mauern
am 9.11.

Bürgermeister Helmut Geist
97848 Rechtenbach
am 29.10.

Bürgermeisterin
Johanna Rumschöttel
85579 Neubiberg
am 30.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Fein
95213 Münchberg
am 1.11.

Bürgermeister
Elmar Buchbauer
84387 Julbach
am 11.11.

Bürgermeister Andreas Held
84174 Eching
am 13.11.

Bürgermeister Hans Klement
89335 Ichenhausen
am 13.11.

Bürgermeister
Georg Bogensperger
96138 Burgebach
am 31.10.

Bürgermeister
Robert Scholz
85402 Kranzberg
am 31.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Steiger
87544 Blaichach
am 1.11.

Bürgermeister
Friedel Heckenlauer
97488 Stadtlauringen
am 7.11.

Bürgermeister
Gerhard Büdel
63831 Wiesen
am 28.10.

Bürgermeisterin
Elke Beyer
95192 Lichtenberg
am 29.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Udo Weingart
91174 Spalt
am 13.11.

Tag der Heimat 2006 in Schwandorf:

Die Vergangenheit gemeinsam aufarbeiten

Ministerpräsident Stoiber als Hauptredner beim zentralen Gedenkakt

Beim „Tag der Heimat 2006“ hat sich Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ausgesprochen. Damit werde zwar die deutsche Geschichte nicht relativiert; „aber wie jedes Volk haben auch wir ein Recht, an unsere Opfer zu erinnern“, betonte Stoiber beim zentralen Gedenkakt für Bayern, den der Bund der Vertriebenen (BdV) in Schwandorf veranstaltete.

„Vertreibungen sind und bleiben Unrecht, das aufgearbeitet und für immer geächtet werden muss“, betonte Stoiber vor rund 400 Gästen in der Oberpfalzhalle. Ein Zentrum gegen Vertreibungen wäre „ein klares Signal für die konsequente Aufarbeitung und das Gedenken an die Opfer von Vertreibung und Gewalt in ganz Europa“.

Vergangenes Unrecht im Dialog heilen

Stoiber sagte, wenn Europa vergangenes Unrecht im Dialog heilen wolle, dürfe es offenen Fragen nicht ausweichen. Es seien „nicht allein Handel und Wirtschaft, die die Länder in Europa zusammenhalten und verbinden“. Zu einer wirklich guten und tragfähigen Gemeinschaft gehöre auch die gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit. Der Ministerpräsident betonte, er sei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sehr dankbar,

dass auch sie das Zentrum gegen Vertreibungen unterstütze.

Der CSU-Chef zeigte sich dabei befremdet über die negativen

Reaktionen in Polen auf ein mögliches Zentrum gegen Vertreibungen und erklärte: „Die Bedenken von polnischer Seite sind haltlos und unverständlich.“ Das Projekt richte sich gegen niemanden, und es werde auch kein Versuch unternommen, Geschichte umzudeuten. „Die Ursachen der Vertreibung dürfen und werden niemals aus dem



Der evangelische Regionalbischof von Regensburg, Hans-Martin Weiß (r.), übergab auf der BdV-Landesversammlung in Schwandorf dem Landesvorsitzenden der Russlanddeutschen, Dr. Arthur Bechert, seinen Aufnahmeantrag. Foto: Michael Leh

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Schwaben:

80 Jahre Weiterbildung

Seit 80 Jahren gibt es die VWA Schwaben, die in der Region an mehreren Standorten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf universitärem Niveau anbietet. Zum Jubiläum fand heuer die Bundeshauptversammlung Deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien ebenfalls in Schwaben, genauer in Kloster Irsee statt. Den Festvortrag zum Thema „eGovernment - Vision oder Wirklichkeit?“ hielt Justizministerin Dr. Beate Merk.

Die Geschichte der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien beginnt zu Anfang des 20. Jahrhunderts, entstanden aus der Idee, Fortbildungsstätten für die Weiterbildung der Beamten zu schaffen. 1926 wurde die Zweigakademie Augsburg der Verwaltungsakademie München gegründet und der erste Studiengang für Verwaltungshörer in Augsburg begonnen. Seit 1956 werden auch für Wirtschaftshörer Studiengänge angeboten. Angesichts ihrer zunehmenden Bedeutung erhielt die bereits 1956 in Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Augsburg (VWA) umbenannte Zweigakademie 1958 den Status einer selbstständigen Akademie.

Fünf Studienorte

Die VWA verfügt mittlerweile über fünf Studienorte in Schwaben: die Hauptakademie in Augsburg, Zweigakademien in Kempten, Nördlingen und Lindau sowie den Studienort Günzburg. Akademieleiter ist Jürgen Reichert, Präsident des Bezirkstags von Schwaben, sein Stellvertreter ist Werner Lauterbach, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Augsburg. Die Ge-

schäftsführung liegt in den Händen von Dieter Fiedler, stellvertretender Direktor der Bezirkskrankenhäuser des Bezirks.

Kooperation mit der IHK

Um die gesamt-schwäbischen Interessen besser darzustellen, erfolgte im Frühjahr 1995 die Umbenennung in Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Schwaben. Ein weiteres Standbein schuf sich die VWA Schwaben mit der dualen Abiturientenausbildung. In Kooperation mit der IHK für Augsburg und Schwaben wurde dieses Ausbildungssystem in den Jahren 1991 bis 2001 in Augsburg angeboten. Der sechs Semester dauernde Studiengang beinhaltete neben dem Abschluss zum/zur Industriekaufmann/-frau nach vier Semestern ein IHK-Computer-Zertifikat, ein Fremdsprachen-zertifikat, die Ausbildungseignungsprüfung und die Prüfung zum/zur Betriebswirt/in (VWA). Der Bekanntheitsgrad der VWA hat sich stetig erhöht; ihre Abschlüsse erfreuen sich größter Akzeptanz. In den 80 Jahren des Bestehens wurden 2860 Wirtschaftsdiplome an Absolventen ausgegeben. Aktuell nehmen fast

Blick geraten“, stellte Stoiber fest.

Der Ministerpräsident würdigte außerdem „die großartige Aufbauleistung“, die die Heimatvertriebenen bei der Wiederherstellung von Staat und Demokratie in Deutschland und gerade in Bayern erbracht hätten. Die Vertreibungen hätten mit Ihrer Tatkraft und Ihrem Know-how wesentlich dazu beigetragen, dass Bayern heute eines der wirtschaftsstärksten Länder in Europa sei. Die gelungene Integration von mehr als zwei Millionen

be es auch einen internen Aspekt: Im Laufe der Zeit habe sich die eingesetzte Informations- und Kommunikationstechnik in den einzelnen Ressorts stark auseinander entwickelt. Diese Zersplitterung soll drastisch vereinheitlicht werden.

400 Studierende das Weiterbildungsangebot der VWA Schwaben in Anspruch.

Master of Business Administration

Wie die Bundesgeschäftsführerin der Verwaltungsakademien, Diana Reuter, im Rahmen einer Pressekonferenz in Augsburg mitteilte, streben die deutschen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien die Gründung einer eigenen Universität an. Damit soll es dann möglich sein, dass VWA-Studenten die akademische Ausbildung zum „Master of Business Administration“ (MBA) erhalten, die dann auch in Deutschland anerkannt ist. Standort des Verwaltungssitzes der Universität könnte durchaus in Bayern, womöglich auch in Augsburg sein, erklärte Frau Reuter.

eGovernment-Initiative

In ihrem Festvortrag zum Thema „eGovernment - Vision oder Wirklichkeit?“ betonte Justizministerin Beate Merk Tags darauf in Kloster Irsee, dass die Bayerische Staatsregierung bereits 2002 mit der „eGovernment-Initiative“ weichenstellende Entscheidungen getroffen hat. Der externe Aspekt dieser Entscheidung bestehe darin, alle geeigneten Dienstleistungen der Gerichte und Behörden in Bayern auch Online anzubieten. Daneben ge-

Vertriebenen in der Nachkriegszeit sei eine „historische Leistung“ der Menschen und der Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufstieg Bayerns gewesen.

Neben Stoibers Rede standen Musik- und Tanzdarbietungen auf dem Programm, darunter Auftritte einer Blaskapelle der Siebenbürger Sachsen aus Landsbut, des Chors der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus Burglengenfeld und einer Kindertanzgruppe der Deutschen aus Russland.

Minderheiten besuchen

Der Landesvorsitzende des BdV-Bayern, Landrat Christian Knauer, forderte die deutschen Politiker auf, bei Reisen in östliche Nachbarstaaten auch die dortigen deutschen Minderheiten zu besuchen. „Es ist nichts Unmoralisches, wenn deutsche Politiker auch mit Deutschen in unseren östlichen Nachbarländern Kontakt aufnehmen.“ Nachdrücklich wandte sich Knauer gegen Vorstöße polnischer Politiker, die Minderheitenrechte der Deutschen in Polen zu beeinträchtigen.

Der BdV-Landesvorsitzende rief auch zu mehr Verständnis und Sensibilität für das Schicksal der Deutschen aus Russland auf. Dies sei für eine gelingende Integration notwendig. Die Integration der Deutschen aus Russland und anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist ein Arbeitsschwerpunkt des BdV-Bayern.

Der evangelische Regionalbischof in Regensburg, Hans-Martin Weiß, ist auf der BdV-Landesversammlung in Schwandorf der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland beigetreten. Die Vorfahren von Bischof Weiß stammen väterlicherseits aus Wolhynien. In seinem bayerischen Amtsbezirk sind viele aktive Kirchenmitglieder aus dem Kreis der russlanddeutschen Spätaussiedler, hob Weiß hervor.

Anlässlich des Tags der Heimat fanden bundesweit hunderte Veranstaltungen statt. In diesem Jahr stand der „Tag der Heimat“ unter dem Leitwort „Menschenrechte achten - Vertreibungen ächten.“ DK

GZ Kolumne
Luitpold Braun

liebe Leser



die Gemeinden haben mit den Baumschutzverordnungen einen nicht unerheblichen Aufwand. In den meisten Fällen kann eine Fällung von Bäumen, sei es infolge von Baumaßnahmen, sei es infolge der ungenügenden Verkehrssicherheit, ohnehin nicht vermieden werden.

Mit den Baumschutzverordnungen wird, sofern der Bestand von Bäumen festgeschrieben wird, in einem nicht erforderlichen Maße in das Eigentumsgrundrecht, Art. 14 GG, Art. 103 Abs. 1 BV, eingegriffen. Selbst wenn man vertritt, dass der Eingriff als In-

verankert, so kann daran nur eine Sensibilisierung durch einen rührigen Gartenbauverein, die Kreisfachberatung für Gartenbau und schließlich die Verbreitung durch den Gemeinderat und den Bürgermeister etwas ändern. Eine

Baumschutzverordnungen versus Eigentumsgrundrecht

halts- und Schrankenbestimmung des Eigentums ausgestaltet sein und mit der Gemeinwohlbindung des Eigentums gerechtfertigt werden soll, da die Bäume in den Orten allen Bürgern dienen, halte ich eine Baumschutzverordnung dennoch für einen kaum zu rechtfertigenden Eingriff in das Eigentumsgrundrecht.

Wer einen Baum auf seinem Grundstück pflanzt, stellt diesen damit auch gleichzeitig der Allgemeinheit zur Verfügung. Wenn er diesen Baum fällt, nutzt er sein Eigentum. Bäume sind in den Orten Bayerns etwas Selbstverständliches und Normales. Diese Orte sind weniger aufgrund der Baumschutzverordnungen seit 1973 so „grün“ sondern vielmehr aufgrund der seit nahezu 100 Jahren (1911) bestehenden Kreisfachberatungsstellen. Ist eine vernünftige Baumkultur in einem Ort nicht

Baumschutzverordnung kann dies allenfalls über die damit verbundene Zwangsberatung. Der Verwaltungsaufwand mit der Umsetzung der Baumschutzverordnungen steht in keinem Verhältnis zu deren Zweck: Erhaltung eines Mindestbaumbestandes.

Ich glaube, die Rechtsgrundlage für die Baumschutzverordnungen kann ersatzlos gestrichen werden, wenn die Kreisfachberatungsstellen die durch den Wegfall der Baumschutzverordnungen freigewordene Zeit für die intensivere Ausbildung und Beratung der Gemeinden mit deren Bauhöfen verwenden können.

Der
Luitpold Braun

Integration in den ersten Arbeitsmarkt:

Kennzahlen für alle Optionskommunen

Anlässlich der Vorstellung erster Kennzahlen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten, die die Arbeitsmarktreform ohne die Bundesagentur für Arbeit umsetzen, erklärte der Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT), Hans Jörg Duppré: „Im ersten Halbjahr 2006 haben die 69 Optionskommunen 68.542 der erwerbsfähigen Hartz IV-Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Etwa 8 Prozent der Einwohner und damit mehr als 1 Mio. Menschen haben Leistungen nach Hartz IV in Anspruch genommen.“ Über 90.000 der erwerbsfähigen Leistungsempfänger hätten pro Monat an Maßnahmen mit dem Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt teilgenommen.

Seit Jahresbeginn vergleichen alle 69 Optionskommunen die eigenverantwortliche Umsetzung der Arbeitsmarktreform untereinander. Dieser Kennzahlenvergleich wird von der Bertelsmann Stiftung begleitet und unterstützt. Die Vergleichsarbeit erfolgt in sieben Ringen, die nach einer Vielzahl struktureller Kriterien wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft, Einwohnerdichte gebildet wurden, um möglichst ähnlich strukturierte Optionskommunen gegenüberzustellen.

Einheitlicher gemeinsamer Katalog

Duppré zufolge hat der Deutsche Landkreistag bereits im Sommer vergangenen Jahres die Erarbeitung eines einheitlichen und gemeinsamen Katalogs von Kennzahlen mit der Bertelsmann Stiftung koordiniert. Es gehe vorrangig darum, auf der Basis vergleichbarer Daten den eigenen Vollzug zu optimieren und voneinander zu lernen. Zugleich würden auf diesem Weg einheitlich gewonnene und in den Ver-

waltungsvollzug hinein nachvollziehbare Kennzahlen gewonnen, die auch für Vergleiche über den Kreis der Optionskommunen hinaus genutzt werden können.

Die Ergebnisse:

- 8,2 % der 12,7 Mio. Einwohner in den Optionskommunen und damit mehr als 1 Mio. Menschen haben Leistungen nach Hartz IV in Anspruch genommen. Mehr als 673.000 Personen wurden als erwerbsfähig eingestuft.

- Im ersten Halbjahr 2006 wurden in allen Optionskommunen 68.542 Menschen und somit 10,2 % aller erwerbsfähigen Hilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert. Diese Zahl ist nicht ohne Weiteres mit der Integrationsquote der Bundesagentur (BA) vergleichbar, da die BA als Bezugsgröße nicht alle erwerbsfähigen Hilfeempfänger, sondern nur diejenigen betrachtet, die aus ihrer Sicht aktiviert werden können.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Startschuss für das Zukunftsprogramm Bayern 2020

Stoiber: „Wir wollen eine gute Zukunft für Bayern und seine Menschen. Mit den besten Köpfen arbeiten wir an Vorschlägen für Zukunftsinvestitionen.“

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat den Startschuss für das Zukunftsprogramm Bayern 2020 gegeben. In der Auftaktveranstaltung nahmen der Wissenschaftlich-Technische Beirat und weitere hervorragende Persönlichkeiten die Arbeit auf, um Vorschläge für Zukunftsinvestitionen in Bayern zu entwickeln. Stoiber: „Mit den besten Köpfen Bayerns arbeiten wir an einer guten Zukunft für Bayern und seine Menschen. Ziel der Arbeit am Zukunftsprogramm 2020 ist es, Bereiche herauszuarbeiten, wo in Bayern Investitionen besonders sinnvoll eingesetzt sind und auf besonders fruchtbaren Boden fallen.“

Das Programm „Zukunft Bayern 2020“ soll nach Stoibers Worten die Felder stärken, die den Menschen in ganz Bayern auch 2010, 2015 und 2020 Arbeit und Wohlstand geben. Für diese schwierige und anspruchsvolle Aufgabe nutze die Staatsregierung bewusst den Rat hochkarätiger Wissenschaftler und Unternehmensführer.

Bayern noch besser positionieren

WTB-Chef Professor Dr. Henzler betonte, Hauptanliegen sei es, die Staatsregierung zu beraten, wie Bayern sich noch besser positionieren kann, um im internationalen Wettbewerb weiter erfolgreich zu sein. Henzler: „Dazu ist auch der Blick über den Zaun notwendig. Ich denke hier vor allem an Skandinavien, Österreich, die Schweiz, Großbritannien, aber auch an die USA und Indien. Wir brauchen Vorstellungen, wie unser Land im Jahr 2020 aussehen soll, die

Mega-Trends sind bereits heute vielfach erkennbar.“

Vorsprung halten und an der Spitze bleiben

Laut Stoiber geht es darum, in das nächste Jahrzehnt zu schauen und Wege zu finden, wie Bayern seinen Vorsprung halten und weiter an der Spitze stehen kann. Stoiber: „Das ist nicht eine Fortsetzung von dem, was wir vorher gemacht haben, das werden neue Schwerpunkte sein. Wer die Zukunft sichern will, darf nicht stehen bleiben. Wir wollen Europa unter den besten fünf in Europa sein. Dafür müssen wir heute die Weichen richtig stellen.“

Blickrichtung Europa

„Bayern darf sich nicht nur mit Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vergleichen, sondern mit Schweden, Dänemark und Finnland, aber auch mit Singapur und Kalifornien“, erklärte WTB-Chef Henzler.

Positives Klima für Kunst ...

(Fortsetzung von Seite 1) dung und Kultur zum Musikschultag begrüßen. Die Festansprache hielt der neue Präsident des Bayerischen Musikrats, Wilfried Hiller.

Wie Hiller ausführte, habe Kultusminister Siegfried Schneider auf die Anregung des Bayerischen Musikrats hin angedacht, das Jahr 2007 - anlässlich des 25. Todestages von Carl Orff - zu einem Jahr der Musikpädagogik zu machen. „Wir vom Musikrat werden uns dafür einsetzen, dass dieses Samenkorn auch aufgehen wird“, sagte Hiller.

Breit gefächertes Angebot

In Bayern gebe es zurzeit 215 Sing- und Musikschulen mit über 135.000 Schülerinnen und Schülern. Ein Drittel der Bevölkerung könne also auf die Ange-

bote der Musikschulen zurückgreifen. Dies bedeute aber auch: „Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind im Freistaat noch unterversorgt“, mahnte der Präsident an, weshalb „wir die Forderung nach einer flächendeckenden Versorgung, wie sie im Bayerischen Musikplan niedergelegt ist, nicht aus den Augen verlieren dürfen“. Umso mehr würdige Hiller die 820 Kommunen, die sich eine Musikschule leisteten und damit ein Bekenntnis ablegten „für ein breit gefächertes musikpädagogisches Angebot zu sozial verträglichen Preisen, für eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen sowie für ein Spektrum, das bei der musikalischen Früherziehung beginnt und sich bis zum Gruppenmusizieren ausweitet“.

Konzerte für Schwangere

Aus diesem Grund wage der Bayerische Musikrat zusammen mit der Bayerischen Akademie der Schönen Künste ein Experiment, nämlich Konzerte für Schwangere. „Musik soll pränatal an das Ohr des Kindes gelangen“, so Hiller. Da das Gehör eines Embryos mit viereinhalb Monaten bereits voll ausgebildet sei, könne man in diesem Stadium schon mit bewusster - aber positiver musikalischer Beschallung ansetzen. Er, Hiller, habe Programme entwickelt mit Stücken, die Komponisten für ihre Kinder geschrieben haben. Diese Werke werden auf einer CD angeboten. Das Projekt soll über mehrere Jahre laufen und wissenschaftlich begleitet werden.

Im Rahmen des Festakts wurde auch die Carl-Orff-Medaille für besondere Verdienste um die bayerischen Musikschulen verliehen. Preisträger ist heuer Harald Rüschenbaum, künstlerischer Leiter des Landes-Jugendjazzorchesters Bayern (LJJB). Wie Richard Wiedemann, Leiter des Bayerischen Jazzinstituts, in seiner Laudatio betonte, ist Rüs-

chenbaum „nicht nur Vorbild und Motivator für viele junge Musiker, sondern auch Botschafter bei den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft“.

Moderne Technologien

Der Ministerpräsident verwies darauf, dass es schon immer Markenzeichen bayerischer Politik gewesen sei, früher und konsequenter als Andere die Weichen für die Zukunft zu stellen. Beispiele seien der frühzeitige Schwerpunkt im Freistaat auf eine möglichst gut ausgebaute Infrastruktur im ganzen Land und die klare Orientierung Bayerns für moderne Technologien. Dank dieser Politik hat Bayern heute als einziges Land deutlich mehr Beschäftigte als vor 10 Jahren.

Schwerpunkte

Schwerpunkt für Bayern 2020 ist laut Stoiber vor allem das Thema Wissen. „Gerade für junge Leute und unsere Familie sind Investitionen in Bildung Investitionen in ihre Zukunft“, hob der Ministerpräsident hervor. Henzler betonte, es gehe um weit mehr als nur um Technologie. Henzler: „Weitere essentielle Themen sind Ausbildung und Förderung von Eliten, der Erhalt einer gemeinsamen geistig-kulturellen Basis unserer Gesellschaft, die Pflege von Werten

schonbaum „nicht nur Vorbild und Motivator für viele junge Musiker, sondern auch Botschafter bei den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft“.

Aufbruchstimmung

„Musikalische Bildung von Anfang an“ lautete der Titel des Symposiums, das sich an Eltern, Erzieher und Musikpädagogen richtete. „Die Bildungsangebote für unsere Jüngsten sind im Wandel begriffen“, erklärte hier zu Peter Pfaff, Leiter der Musikschule Grafing und VBSM-Fachsprecher für die Zusammenarbeit von Musikschulen und Kindertagesstätten (Kitas). Für die Musikschulen seien Eltern-Kind-Gruppen, verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit Kitas, Modelle zur Stärkung der Sprachentwicklung durch Singen und Tanzen sowie neue Formen des Übergangs zum Instrumentalunterricht längst keine Zukunftsmusik mehr. Ziel des Symposiums war es, die Aufbruchstimmung in diesem Bereich auf die Musikschulpraxis zu übertragen.

Festkonzert

Bei einem Festkonzert der jungen musikalischen Elite aus Musikschulen präsentierten Chöre, Orchester, Solisten und Instrumentalensembles aus den Sing- und Musikschulen Nordbayerns Kompositionen verschiedener Epochen. Die meisten davon waren Preisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“.

Mit der Städtischen Musikschule Bad Kissingen begann und endete das dreitägige Musikschultreffen: Zum Abschluss wurde im Kurtheater das Kinder-musical „Peter Heil und die Kissinger Bienenschlacht“ aufgeführt. Die sagenumwobene Geschichte aus der Historie der Stadt Bad Kissingen wurde zu einem bemerkenswerten Bühnenstück für den städtischen Kinder- und Jugendchor verarbeitet. **DK**

und eine positive Zukunftsstimmung.“

Leitprojekte

Im Mittelpunkt stehen außerdem technologische Leitprojekte. Die Cluster-Offensive soll mit gezielten Maßnahmen weiter vorangetrieben werden. Stoiber: „In der Vernetzung mit der Wirt-

schaft entscheidet es sich, ob wir die PS auch auf die Straße bringen, das heißt neue Produkte, neue Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze schaffen.“

Zukunftsinvestitionen

Geplant ist, dass der WTB seine Vorschläge für das Zukunftsprogramm Bayern 2020 bis Früh-

jahr 2007 vorlegt. Dann soll in enger Zusammenarbeit zwischen CSU-Landtagsfraktion und Staatsregierung ein konkretes Investitionsprogramm beschlossen werden. Neben dem Doppelhaushalt, in dem das Investieren bereits im Vordergrund steht, sind im Nachtragshaushalt 2008 neue Zukunftsinvestitionen für das Zukunftsprogramm Bayern 2020 geplant. **□**

Bayerischer Landesverband für Gartenbau und Landespflege:

Paradebeispiel für „aktive Bürgergesellschaft“

Jahrestagung in Gunzenhausen - Landwirtschaftsminister Miller zeichnete 49 Wettbewerbssieger aus

Auf der Jahrestagung des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege in Gunzenhausen hat Landwirtschaftsminister Josef Miller das Engagement der 3.300 Gartenbauvereine zählenden Organisation gewürdigt. Mit über 530.000 Mitgliedern stärke sie die Bindung der Menschen an ihren Lebensraum. Ihr Engagement sei deshalb ein hervorragendes Beispiel für die „aktive Bürgergesellschaft“.

Viele der Forderungen und der Aufgaben, die mit einer „aktiven Bürgergesellschaft“ verbunden sind, habe der Landesverband für Gartenbau und Landespflege in seiner über 100-jährigen Geschichte bereits erfüllt, betonte Miller. Sein Wirken sei geprägt von Tradition und gelebter Solidarität. Es diene maßgeblich der Erhaltung von Heimat, Kultur und Natur verdient Respekt und große Anerkennung. Miller: „Der besondere Stellenwert Ihrer Ortsvereine besteht darin, dass sie als Kulturträger Wissen und Erfahrungen von Generation zu Generation weitergeben. Sie bilden in den Kommunen ein wirkungsvolles Bindeglied für alle an Gartenkultur und Landespflege interessierten Bürger.“

Oase der Entspannung

Gärten gelten laut Miller seit jeher als „Oase der Entspannung und Ruhe“. Jeder sechste Bürger Bayerns „gartelt“. Allein in Bayern gebe es über zwei Millionen Gartenbesitzer, die eine Fläche von rund 135.000 Hektar bewirtschaften. Ungezählt sei die Zahl derer, die im Haus oder auf dem Balkon ihrer „grünen Leidenschaft“ frönen. Die moderne Gesellschaft entdecke den Garten zunehmend als „Wellness-Center“. Dahinter, so Miller, verberge sich nichts anderes als die alte Weisheit, dass das Zusammenspiel von Mensch, Gartenarbeit und Pflanze das Wohlbefinden fördere.

Für viele Menschen sei Gartenarbeit ein preiswertes und umweltfreundliches Freizeitvergnügen. Auch jetzt würden wieder verstärkt Obst, Gemüse und Kräuter angebaut. Inzwischen kämen 16 Prozent der Äpfel, 29 Prozent der Birnen, 32 Prozent der Süßkirschen und 55 Prozent der Pflaumen und Zwetschgen aus privaten Gärten. Zudem stellten Gärten einen Bezug zur Produktion von Nahrungsmitteln her. Der Minister: „Das Wachstum und das Entstehen der Lebensmittel direkt erleben zu können und ihren Wert wieder schätzen zu lernen, ist eine wesentliche Botschaft, die von den Gärten ausgeht.“

Bayerische Gartenakademie

Das Landwirtschaftsministerium unterstützt Miller zufolge den Freizeitgartenbau in vielfältiger Weise. Fünf Bereiche hob der Minister besonders hervor: Die Bayerische Gartenakademie, Beiträge zu Gartenschauen, das Gemüsebau-Versuchszentrum Bamberg, den Gartenpass sowie den landesweiten Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft.“ In den 25 Jahren dieses Wettbewerbs haben sich laut Miller

bayerische Dörfer bis heute über 25.000 Mal beteiligt. Damit stelle dieser die wohl bedeutendste Bürgerinitiative in Bayern und ein Paradebeispiel für gelebte Bürgerkultur dar.

In diesem Zusammenhang dankte der Minister dem Verbandspräsidenten, Landrat Manfred Nagler (Bad Tölz-Wolfratshausen) für „das großartige Engagement und die wertvollen Beiträge, die Ihr Landesverband über die Gartenbauvereine in den Landeswettbewerb einbringt“. Auch die Kreisfachberater hätten sich hier immer wieder als zugkräftige Motoren und effiziente Moderatoren erwiesen.

Wettbewerb

„Lebendiges Grün“

Der Wettbewerb „Lebendiges Grün in Stadt und Land“, den

der Landesverband erstmals durchgeführt hatte, verfolge ebenso die Zielsetzung, städtische und ländliche Strukturen mit Grün zu beleben und zu bereichern. Landesweit beteiligten sich viele Kommunen und Vereine an der Ausschreibung. In Gunzenhausen gratulierte Miller als Schirmherr den 150 Siegern und überreichte den 49 Besten eine Urkunde für herausragende Leistungen.

Ergänzung

zum Dorfwettbewerb

Von den Juroren bewertet wurden die Gestaltung, Pflege und ökologische Wertigkeit von Privatgärten und öffentlichen Grünanlagen, die Verbindung von privatem und öffentlichem Raum, die Einbindung der Siedlungsräume in die Landschaft sowie die Maßnahmen zur Förderung der Gartenkultur in der Ortschaft. Nach Millers Worten stellt das „Lebendige Grün in Stadt und Land“ eine „gute Ergänzung zum Dorfwettbewerb“ dar. **DK**

5. Deggendorfer Chefseminar mit Staatssekretär Meyer:

Investitionen in Bildung und Wissenschaft

„Sparen - Reformieren - Investieren in Bayerns Zukunft! Bayern nutzt seine Chancen, seine Innovationskraft und seine Investitionsstärke, um seine Spitzenstellung weiter auszubauen für ein wirtschaftsstarkes, sozial und kulturell geprägtes Bayern“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer beim 5. Deggendorfer Chefseminar der Fachhochschule Deggendorf fest.

Haushaltspolitik als Zukunftspolitik brauche Gestaltungsspielräume, betonte Meyer. Jeder Euro, der für Zinsen ausgegeben werden müsse, bleibe der Vergangenheit geschuldet und stehe für die zur Zukunftsgestaltung notwendigen Investitionen nicht zur Verfügung. „Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Haushaltspläne nur noch von Verpflichtungen aus der Vergangenheit diktiert werden“, hob Meyer hervor. Der mit dem ausgeglichenen Haushalt in Bayern eingeläutete Verzicht auf neue Schulden habe zugleich auch eine moralische, gesellschaftspolitische Dimension. „Wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben und den zukünftigen Generationen zusätzlich zum demographischen Problem in den sozialen Sicherungssystemen auch noch die Zinslasten aus zusätzlichen Schulden aufbürden“, stellte Meyer fest. Der Schlüssel für eine zu gute Zukunft liege nach den Worten Meyers in der Bildungspolitik. Aus diesem Grund soll der Löwenanteil des Investitionsprogramms im Doppelhaushalt 2007/2008 in die Schulen und Hochschulen des Freistaats fließen. So sollen nach dem Haushaltsentwurf für die bayerischen Schulen in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 784 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Damit seien dann über 90.000 Stellen für Lehrer in 2008 veranschlagt.

Den Universitäten würden angesichts der wachsenden Studentenzahl zusätzliche Mittel für insgesamt 150 weitere Stellen zur Verfügung gestellt. Mit zusätzlichen Landesmitteln von 41 Millionen Euro solle die Staatsregierung dafür, dass sich die bayerischen Universitäten im Rahmen der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ein Fördervolumen von insgesamt 164 Millionen Euro sichern könnten. Ferner sollen im Rahmen des Investitionsprogramms Zukunft Bayern begonnene Hochschulbaumaßnahmen mit insgesamt 140 Millionen Euro weitergeführt werden. Mit zusätzlichen 50 Millionen Euro soll die Modernisierung in den bayerischen Unikliniken weiter vorangetrieben werden.

„Die Investitionen im Bereich Bildung und Wissenschaft stehen auf einem soliden Fundament. Der Freistaat unterstützt Eltern und Kommunen bei der Sicherstellung eines ausgewogenen Betreuungs- und Bildungsangebots für Kinder jeden Alters“, hob Meyer hervor. So soll beispielsweise die staatliche Förderung der Kinderbetreuung im Bereich der Kindergärten, Krippen und Horte mit zusätzlichen 35 Millionen Euro weiter ausgebaut werden. Für die Förderung der Kinderbetreuung in diesen Bereichen stünden im Haushaltsplan im Jahr 2008 insgesamt 585 Millionen Euro bereit. **□**

Kennzeichen für ...

(Fortsetzung von Seite 3)

- Durchschnittlich wurden jeden Monat knapp 1 % der Erwerbsfähigen mit Sanktionen belegt, im Bereich der Unter-25-Jährigen 1,3 %.
- Über 90.000 Menschen und damit 14,6 % der erwerbsfähigen Hilfeempfänger sowie 16,5 % der Unter-25-Jährigen befanden sich in Maßnahmen.
- 21,2 % der erwerbsfähigen Hilfeempfänger bezogen Einkommen aus Erwerbstätigkeit, allerdings mehr als die Hälfte dieser Personen weniger als 400 Euro pro Monat. Das angerechnete Einkommen betrug im Schnitt ca. 293 Euro im Monat.
- Die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften in den Optionskommunen betrug 1,83 Personen. Die monatlichen Gesamtkosten einer Bedarfsgemeinschaft waren mit ca. 1.000 Euro zu veranschlagen, wobei 850 Euro als Transferleistungen (u.a. Regelleistung, Sozialversicherungsbeiträge, Unterkunftskosten) ausgezahlt wurden.

Die Unterkunftskosten betragen 278 Euro pro Monat. **DK**

Sparkassen-Medaille in Gold:

Auszeichnung für Manfred Thümmler

Für seinen besonderen Einsatz in der Sparkassenorganisation wurde der 1. Bürgermeister der Stadt Pegnitz, Manfred Thümmler, in einer Feierstunde von Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser mit der Bayerischen Sparkassen-Medaille in Gold geehrt.

„Persönlichkeiten werden nicht durch schöne Reden geformt, sondern durch Arbeit und eigene Leistung“, betonte Siegfried Naser. Aufgrund seiner reichen Erfahrung im wirtschaftlichen Bereich hat Manfred Thümmler die Geschäftspolitik der Sparkasse in den vergangenen fast 24 Jahren engagiert begleitet.

Der Bürgermeister erkannte bereits seit langem, dass die Sparkassen mit ihrer regionalen Verankerung zugleich die Zukunftsfähigkeit der Region garantieren. Der bodenständige Visionär trug maßgeblich zum Gelingen der Fusion der Kreis- und Stadtparkasse im Jahr 2001 bei.

Lebenskraft und Sauerstoff

Siegfried Schiminski, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bayreuth, charakterisierte die Person Manfred Thümmler. Er verglich den Bürgermeister mit einem Baum, der gewaltige Wurzeln gebildet hat. „Herr Bürgermeister, Sie sind Lebenskraft und 'Sauerstoff' für viele Menschen. Fast 15.000 Einwohner der Stadt Pegnitz und mehr als 140.000 Kunden der Sparkasse Bayreuth vertrauen Ihrem Wort“, hob Siegfried Schiminski hervor.

Vehementer Kämpfer für das Drei-Säulen-Prinzip

„Manfred Thümmler hat mit sehr viel Weitsicht und einem unnachahmlichen Gespür zum Gelingen der Fusion der neuen Sparkasse Bayreuth beigetragen“, fuhr Schiminski fort. Der Kommunalpolitiker Manfred Thümmler stehe als vehementer Kämpfer hinter dem Drei-Säulen-Prinzip der Kreditwirtschaft in Deutschland und der Region.

Seit seinem Amtsantritt zum Bürgermeister der Stadt Pegnitz im Jahr 1982 investiere Manfred Thümmler sein ganzes „Herzblut“ - zum einen in seine Aufgabe als Stadtoberhaupt, zum anderen in seine Arbeit als Vertreter des Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkasse Bayreuth. Dafür sprach ihm der Vorstandsvorsitzende Siegfried Schiminski seinen aufrichtigen Dank aus.

Kommunales Engagement

Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel, gleichzeitig Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Bayreuth, würdigte Manfred Thümmler für seine kommunalen Verdienste. Als Beispiele dafür nannte er die Neukonstruktion der Großgemeinde Pegnitz zur jetzigen gemeinschaftlichen Einheit, den Ausbau der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, den Verkauf des Krankenhauses Pegnitz an die Sana-Klinik Gmbh sowie die Erschließung von kostengünstigem Bauland in der Stadt Pegnitz.

Das Wohl im Blick

Auf die Schulen legt Manfred Thümmler sein besonderes Augenmerk. Als Beispiel hierfür nannte Dietel die Verlagerung der Bayerischen Justizschule nach Pegnitz und deren Ausbau.

„Manfred Thümmler hat bis zum heutigen Tag bei allen Entscheidungen stets das Wohl der Kommune im Auge. Andererseits liegt ihm das Wohlergehen seiner Bürger sehr am Herzen. Er versteht es, diese beiden Komponenten zu verbinden“, erklärte Landrat Dr. Dietel abschließend. **G. Haas**



Von links: Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bayreuth, Dir. Siegmund Schiminski, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, Sonja Thümmler, Bürgermeister Manfred Thümmler, Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel und Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Dr. Michael Hohl. □

150 Jahre Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling:

Tiefe Verwurzelung mit der Region

Ihr 150-jähriges Bestehen hat die Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling im Rahmen eines Staatsempfangs gebührend gefeiert. Im Spiegelsaal auf Schloss Herrenchiemsee hielt Innenminister Dr. Günther Beckstein vor 450 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Festrede. In allen Ansprachen kam die tiefe Verwurzelung des Kreditinstituts mit der Region und ihr hohes Engagement zum Wohl der Bürger zum Ausdruck.

„Sie vertreten nicht Aktionärsinteressen, sondern haben die Bedürfnisse der Menschen im Auge“, erklärte Rosenheims Landrat und Verwaltungsratsvorsitzender Dr. Max Gimple. Sparkassen, Mittelstand und Kommunen bildeten den wirtschaftlichen Organismus, dem die Region Rosenheim einen hohen Beschäftigungsstand, Wohlstand, breit gestreutes Eigentum und sozialen Frieden verdanke. Gimple ließ keinen Zweifel daran, dass einem Angriff auf die Sparkassen als wesentlichem Bestandteil des „Organismus unseres regionalen Wirtschaftslebens“ die kommunalen Träger „mit größter Ge- und Entschlossenheit entgegenzutreten“ würden.

Bester Wegbegleiter

Der Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Rudolf Faltermeier, verwies darauf, dass die Sparkasse stets das Kreditinstitut der Bürger gewesen sei, „bei dem man die Berater, die Führung kannte und ihnen vertraute“. Wer die Menschen so lange durch turbulente Zeiten begleitet habe, sei auch der beste Wegbegleiter für die Zukunft.

Bekanntnis zu bewährten Strukturprinzipien

Ein deutliches Bekenntnis zum Erhalt öffentlich-rechtlicher Sparkassen in Bayern gab Innenminister Beckstein ab: „Bayern steht klar zu seinen öffentlich-rechtlichen Sparkassen und zu den bewährten Strukturprinzipien. Vor allem die regionale Ausrichtung der Sparkassen gewährleistet, dass Bevölkerung und Wirtschaft überall im Freistaat vor Ort ein verlässlicher Partner zur Verfügung steht, der von den wirtschaftlichen Interessen der Region geleitet ist. Wir lehnen in Bayern jedes Bestreben ab, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen zu beseitigen. Eine Privatisierungsdebatte, wie sie vereinzelt immer wieder geführt wird, gibt es in Bayern nicht.“

Schlüssel des Erfolgs

Einen wesentlichen Schlüssel ihres wirtschaftlichen Erfolges und zugleich für die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen sieht Beckstein in der Dezentralität der Sparkasse. Zugleich warnte er vor den ne-

BayernLB emittiert Gipfelblick-Anleihe

Geldmarktnahe Anlagealternative für Kommunalkunden

Mit der Gipfelblick-Anleihe emittiert die BayernLB ein speziell für Kommunalkunden und kommunalnahe Anleger konzipiertes Wertpapier mit der Chance auf höhere Zinserträge als am aktuellen Geldmarkt.

Den besonderen Anforderungen von Kommunalkunden an den Kapitalerhalt, die Liquidierbarkeit und eine möglichst ertragreiche Verzinsung wird mit der Gipfelblick-Anleihe vollends Rechnung getragen. Eine Rückzahlung nach 18 Monaten von bis zu 108 Prozent des Nennbetrages gestaltet die mündelsichere Gipfelblick-Anleihe besonders attraktiv.

Maßgeblich für die Rückzahlungshöhe ist der Stand des 12-Monats-Euribor nach 18 Monaten - am 30. April 2008.

Durch die garantierte Rückzahlung am Laufzeitende in Höhe von 103,00 Prozent des Nennbetrages stellt die Gipfelblick-Anleihe auch für konservative institutionelle Anleger eine interessante Alternative dar. Die Gipfelblick-Anleihe kann ab dem 4. Oktober 2006 mit einer Stückelung von 50.000 Euro und zu einem Ausgabepreis von 100,00 Prozent in jeder Sparkasse gezeichnet werden. Die Zeichnungsfrist endet, vorbehaltlich einer vorzeitigen Schließung, am 3. November 2006 um 12.00 Uhr. □

geht es dort mittelständischen Unternehmen in strukturschwachen Regionen.“

Bezeichnungsschutz

In hohem Maße unerfreulich ist Beckstein zufolge die anhaltende Debatte um den Schutz der Bezeichnung „Sparkasse“ im Kreditwesengesetz. „Im Interesse der Kunden muss sichergestellt bleiben, dass der Bezeichnungsschutz nicht verwässert wird. Der Name ‚Sparkasse‘ steht für die öffentlich-rechtliche Organisation des Geldinstituts. Jeder muss sich darauf verlassen können, dass die Geschäftspolitik von Sparkassen nicht von reinen Gewinnmaximierungsprinzipien geleitet ist“, unterstrich der Minister. Er warnte vor den negativen

Folgen einer Namensfreigabe: „Wenn jedes Geldinstitut sich Sparkasse nennen darf, täuscht das die Verbraucher. Niemand kann daran gelegen sein, den Kundinnen und Kunden eine Mogelpackung vorzusetzen.“

Sparkasse als Partner

„Als mittelständisches Kreditinstitut betrachten wir es als eine wichtige Aufgabe, unseren Beitrag zum Strukturwandel dort, wo er gewollt ist, in der heimischen Wirtschaft zu leisten“, betonte Vorstandsvorsitzender Alfons Maierthaler. So fördere die Sparkasse Existenzgründungen und stehe den Unternehmen im laufenden Geschäft bei der Expansion, der Innovation oder bei großen Umwälzungen als Partner zur Seite. **DK**

BayernLB Vermögensverwaltung:

Vierfacher Sieger im firstfive-Ranking

München - Die Vermögensverwaltung der BayernLB belegt beim aktuellen Wettbewerbsvergleich des Rankinginstitutes firstfive gleich viermal den ersten Platz: Im 12-Monatsvergleich erhalten die BayernLB-Vermögensverwalter die Spitzenplätze in den je zwei Kategorien der Risikoklassen ausgewogen und moderat dynamisch. Dabei erzielen die Depots der BayernLB bei geringem Risiko eine besonders hohe Performance.

Mit diesem Profil konnten sich die Spezialisten der BayernLB im Vergleich an die Spitze von mehr als 70 Banken und Vermögensverwaltungen setzen. Die BayernLB bietet ihren Kunden und jenen der Sparkassen-Finanzgruppe im Private Banking eine individuelle und maßgeschneiderte Vermögensverwaltung schon ab einem Anlagevolumen von 250.000 Euro an. Im Private Banking arbeitet die BayernLB eng mit den Sparkassen zusammen. „Das Ranking von firstfive bestätigt unsere strukturierte, disziplinierte Vorgehensweise im Rahmen unseres Investmentprozesses unter strikter Beachtung der Vorgaben des Risikocontrollings, was im Rahmen der individuellen Risikotragfähigkeit des Kunden zu optimalen Ergebnissen führt“, kommentiert Dr. Dr. Volker Firchau, Leiter des BayernLB Portfoliomanagement.

Stärken und Schwächen des Portfoliomanagements

Die Vermögensverwaltung der BayernLB erzielt eine Rendite von 22,37 Prozent (Musterdepot mit einer Aktienquote bis zu 100% vom 01.09.2005 bis 31.08.2006). Die firstfive AG (www.firstfive.com) ist ein unabhängiges Rankinginstitut und vergleicht anhand klarer Fakten und Tatsachen auf Basis der Ergebnisse realer Depots die Stärken und Schwächen des Portfoliomanagements von mehr als 70 Banken und Vermögensverwaltungen im Hinblick auf Rendite, Risiko und Kosten. □

Sparkassen-Finanzgruppe

Wir sorgen für Arbeit.
Gut für die Menschen.
Gut für Bayern.



Wachstum und Beschäftigung entstehen in Deutschland vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen. Drei Viertel aller Unternehmen haben eine Geschäftsbeziehung zu Sparkassen und Landesbanken, über 42 Prozent aller Finanzierungsmittel kommen aus der Sparkassen-Finanzgruppe. Sparkassen und Landesbanken tragen damit wesentlich dazu bei, dass Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Auch direkt sorgt die Sparkassen-Finanzgruppe für Beschäftigung: Mit über 380.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehört sie zu den größten Arbeitgebern und Ausbildern in Deutschland. Deshalb heißt es zu Recht: Sparkassen. Gut für Deutschland. www.gut-fuer-deutschland.de

Kreissparkasse München Starnberg:

Position im Markt verteidigt

Erfreuliche Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2006

„Trotz eines leicht gesunkenen Betriebsergebnisses zeigt uns das erste Halbjahr 2006, dass wir auf einem sehr guten Weg sind“, betonte der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse München Starnberg, Karl-Ludwig Kamprath, bei der Vorstellung der Halbjahresbilanz 2006. Erfolgreich habe die Kreissparkasse ihre Position im Markt verteidigen können. Sie stelle weiterhin eine wichtige Stütze in der Region dar. „Unsere Kunden können voll auf uns zählen“, so Kamprath.

Die Bilanzsumme stieg im ersten Halbjahr 2006 um 0,8% auf 6,07 Mrd. Euro. Dies sei vorwiegend durch Steigerungen im Einlagengeschäft begründet, erläuterte der Vorstandsvorsitzende. Insgesamt betrugen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 4,7 Mrd. Euro. Seit Jahresbeginn konnten die Kundeneinlagen „um beachtliche 2%“ gesteigert werden.

Jubiläumsprodukte

Zuwächse konnten jedoch nicht nur bei den Sichteinlagen, sondern auch bei höher verzinsten Spareinlagen, vor allem beim Zuwachssparen (plus 11,4%) verzeichnet werden. Ende Juni 2006 wurden die im Frühjahr gestarteten Verkaufsaktionen der Jubiläumsprodukte abgeschlossen. Das Ergebnis: Jubiläumssparen, Jubiläums-Sparkassenbrief und die Jubiläums-Anleihe brachten ein Volumen von 82 Mio. Euro. Kamprath: „Man erkennt, dass unsere Jubiläumspublikationsangebote gut angenommen wurden. Für dieses Jahr ist ein weiteres Jubiläumspublikationsangebot geplant.“

Ungebrochene Nachfrage

Auch bei den Ausleihungen sei eine leichte Steigerung festzustellen: Das Kreditvolumen belaufe sich auf knapp 4,15 Mrd. Euro. Die wieder anziehende Konjunktur mache sich bei den Krediten an Unternehmen und Selbständige bemerkbar, so der Vorstand. Auch bei den kurzfristigen Ausleihungen und Kontokorrentkrediten sei dies zu erkennen: „Hier können wir im Vergleich zum letzten Jahr wieder Steigerungen von 4,5% bzw. 2,4% verzeichnen.“ Aber auch bei den privaten Wohnungsbaukrediten sei die Nachfrage ungebrochen. So wurden im ersten Halbjahr Wohnbaukredite (Neugeschäft) in Höhe von 148 Mio. Euro ausgereicht.

Betriebsergebnis

Nach derzeitigen Prognosen wird das Betriebsergebnis vor Bewertung im Jahr 2006 0,89% der Durchschnittsbilanzsumme

(DBS) betragen und damit unter dem Vorjahresergebnis liegen. Ausschlaggebend „für diese für uns eher unerfreuliche Entwicklung“ sei die weiter sinkende Zinsspanne, erklärte Kamprath. Sie sank um 0,19% auf 2,21% DBS. Der Rückgang beim Zinsertrag fiel mit einer Steigerung des Zinsaufwands zusammen. Die Provisionserträge werden leicht steigen, allerdings auch die Verwaltungskosten. „In Summe rechnen wir daher mit einem leicht sinkenden Jahresergebnis“, so der Vorstand.

Wertpapiermarkt

Trotz eines anhaltend hohen Risikobewusstseins seien viele Kunden wieder auf dem Wertpapiermarkt aktiv. So stiegen die Umsätze bei den Aktien im ersten Halbjahr 2006 um 87%. Auch bei den Investmentfonds war die Nachfrage hoch. Der Gesamtumsatz aller Wertpapierkäufe und -verkäufe betrug knapp 354 Mio. Euro. Nachdem im vergangenen Jahr das schwache Lebens-/Rentenversicherungsgeschäft durch den Wegfall der Steuerbegünstigungen geprägt war, konnte im ersten Halbjahr 2006 eine etwas höhere Nachfrage nach Lebens-/Rentenversicherungen festgestellt werden.

Bauspargeschäft

Nach den sehr guten Vorgaben aus dem Vorjahr wurde im ersten Halbjahr ein nach wie vor befriedigendes Bauspargeschäft erzielt. Abgeschlossen wurden 2.213 Bausparverträge mit 85,7 Mio. Euro Bausparsumme. Laut Kamprath sendet der Immobilienmarkt erste Signale einer Besserung: „Darauf sind wir mit jetzt insgesamt zwei Immobilienzentern in Starnberg und München gut vorbereitet. Die Vermittlungsergebnisse im ersten Halbjahr halten sich bei uns aber noch in Grenzen.“

Bildungskredit

Als Beispiel für „kundenfreundliche und zeitgemäße Lösungsansätze“ nannte der Vorstand den Sparkassen-Bildungskredit für Studenten. Bei einer

Laufzeit von sechs Jahren könnten monatliche Raten bis in einer Gesamthöhe von 25.000 Euro ausbezahlt werden. Danach könne eine zweijährige „Ruhephase“ folgen, in der man im Arbeitsleben Fuß fassen kann. Anschließend werde der Kredit über die folgenden zehn Jahre zurückgezahlt. Die Zinsen werden bis zum Beginn der Rückzahlung gestundet, der Zinssatz sei mit 5,99% günstig. „Wir erheben derzeit keine Bearbeitungsgebühr.“

Flexibler Kredit

Der Kredit sei so flexibel gestaltet, dass er den individuellen Bedürfnissen der Studenten angepasst werden kann. Im Kreditpaket eingeschlossen sei eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, schwere Erkrankung oder Erwerbsunfähigkeit. Kamprath: „Unsere Geschäftsstellen melden großes Interesse unserer Kunden. Da dieses Produkt aber erst seit kurzem angeboten wird, könnten noch keine konkreten Abschlüsse genannt werden.“

Start des Sparkassen-Kreditbasket III

BayernLB und Helaba initiierten überregionale Kreditpooling-Transaktion

Frankfurt/München - Mit einem Gesamtvolumen von 133,5 Mio. Euro hat die erste überregionale Kreditpooling-Transaktion in der Sparkassen-Finanzgruppe, der Sparkassen-Kreditbasket III, begonnen. Das Transaktionsvolumen setzt sich zusammen aus Engagements 73 mittelständischer Firmenkunden, die von 28 Sparkassen aus den Regionen Bayern, Hessen-Thüringen, Saarland und Schleswig-Holstein eingebracht wurden. Die Laufzeit des Baskets beträgt fünf Jahre. Initiatoren und Arrangeure dieser Transaktion sind die BayernLB und die Helaba.

Als Risikosteuerungsinstrument bietet das Kreditpooling die Möglichkeit, adressenspezifische Konzentrationsrisiken abzubauen - d. h. als sog. Originatoren-Sparkasse Adressrisiken einzubringen - und / oder - als sog. Investoren-Sparkasse - diversifizierte Kreditrisiken zu erwerben.

BayernLB und Helaba haben in den Jahren 2004 und 2005 bereits jeweils zwei Kreditpoolingtransaktionen aufgelegt und wichtige Erfahrungen gesammelt. Dabei wurden insgesamt etwa 120 Adressrisiken mit einem Gesamtvolumen von annähernd 200 Mio. Euro diversifiziert, was gemessen an der Anzahl der teilnehmenden Sparkassen, der Anzahl der abgesicherten Adressen und der Poolvolumina, die bisher größten Transaktionen dieser Art

Noch in den Startlöchern steht das Sonderkreditprogramm Photovoltaikanlagen für Privatkunden. fuhr der Vorstand fort. Für öffentliche Gebäude habe es bei der Kreissparkasse München Starnberg bereits seit längerer Zeit Sonderkredite gegeben, nun werde auch Privatpersonen eine günstige und unkomplizierte Möglichkeit eröffnet, diese fortschrittliche Technik zu finanzieren.

Die Kreissparkasse München Starnberg unterstütze die Bürger der Region in diesem zukunftsweisenden Bereich und zeige ihr Engagement für den Umweltschutz. Die Kreditanträge würden schnell und unbürokratisch bearbeitet.

Attraktiver Arbeitgeber

Zum Abschluss wies Kamprath darauf hin, „dass wir aber auch ein attraktiver Arbeitgeber in unserem Geschäftsgebiet sind“. Dabei sei die Kreissparkasse München Starnberg zudem ein verlässlicher Ausbilder. Derzeit würde 67 jungen Menschen die Möglichkeit geboten, den Beruf des Bankkaufmanns oder der Bankkauffrau zu lernen. Das entspreche „einer beachtlichen Ausbildungsquote von 8,1%“. DK



Richard Fank (l.) mit seinem Vorgänger Alfons Maierthaler. □

„Stiftergemeinschaft Bunter Kreis - Kreissparkasse“:

Richard Fank übernimmt Stiftungsvorsitz

Augsburg. Der Vorstand der „Stiftergemeinschaft Bunter Kreis - Kreissparkasse“ hat einen neuen Vorsitzenden: Am 2. Oktober erfolgte im Rahmen einer Sitzung des Stiftungsvorstands die Übergabe an Richard Fank, den Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse, von seinem Vorgänger Alfons Maierthaler.

Errichtet wurde die „Stiftergemeinschaft Bunter Kreis - Kreissparkasse“ 1998 als so genannte Trägerstiftung. Die Kreissparkasse, der erste Hauptsponsor der Stiftung mit auf den Weg, indem sie die Hälfte des Startkapitals von damals 100.000 Mark aufbrachte. Die zweite Hälfte wurde dem Bunter Kreis über einen Nachlass zur Verfügung gestellt. Die Stiftung wird von der Regierung von Schwaben überwacht. Die Erträge aus dem Vermögen der Stiftung kommen Jahr für Jahr der Arbeit des Bunten Kreises zugute: Schwerpunkt ist die Begleitung von Familien mit chronisch, krebs- und schwerkranken Kindern.

Logische Fortsetzung

Laut Alfons Maierthaler war die Errichtung der Stiftung „damals eine logische Fortsetzung des Kreissparkassen-Engagements beim Aufbau des Bunten Kreises seit Anfang der 90er Jahre. Wir wollten die Idee Bunter Kreis auf lange Sicht wirtschaftlich absichern.“ Dabei hatte die Kreissparkasse den Bunter Kreis nicht nur mit Geld unterstützt, sondern auch mit praktischem Know-how. Horst Erhardt, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Bunten Kreises, bekennt: „Ohne die Kreissparkasse und andere Sponsoren wäre es uns nicht gelungen

den Bunten Kreis und die Hilfe für die Familien in diesem Umfang aufzubauen.“

Der Vorsitz des Stiftungsvorstands wird vom neuen Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse übernommen - ein Engagement für die Kinder und deren Familien, auf das sich Richard Fank besonders freut: „Der Bunte Kreis und die Trägerstiftung sind und bleiben wichtige Bausteine im sozialen Engagement der Augsburger Kreissparkasse für die Region.“

„Herzsaufgabe“

Bei der Übergabe an seinen Nachfolger betonte Alfons Maierthaler: „Das ist eine Herzaufgabe. Der Bunte Kreis besteht aus Menschen, die sich aus innerster Überzeugung und mit viel Engagement ihrer Aufgabe und Verantwortung stellen.“ Ähnlich sei das bei der Kreissparkasse: „Die Mitarbeiter stehen voll dahinter und haben mittlerweile auch eine große Kompetenz in Sachen Stiftung.“ Die Trägerstiftung ist sehr erfolgreich und hat unter ihrem Dach mittlerweile acht Stiftungen, die alle von der Kreissparkasse verwaltet werden. Zudem finden in der Stiftung Stifter Platz, die nicht eigene Stiftungen gründen wollten, aber im Kreis weiterer Stifter sich für die Anliegen schwerkranker Kindern engagieren wollen. □

Die PrämienRente zum Reinhören

Versicherungskammer Bayern startete Podcast zur Altersvorsorge

Am Thema Altersvorsorge kommt niemand mehr vorbei. Doch was verbirgt sich hinter dem Generationenvertrag? Mit wie viel Rente kann der Einzelne im Alter noch rechnen? Und wie lassen sich mit der PrämienRente Steuern sparen? Antworten gibt es seit 12. Oktober im Podcast auf der Internetseite der Versicherungskammer Bayern - zum Lesen, zum Reinhören und zum Mitnehmen.

Die eigens produzierte vierteilige Hörsendung ist auf der Internetseite www.versicherungskammer-bayern.de abrufbar und kann per PC, i-Pod oder mp3-Player angehört werden - wann und wo immer man möchte. Der erste Teil steht seit 12. Oktober bereit, die weiteren drei Sendungen folgen.

Mit diesem Format schlägt die Versicherungskammer Bayern im Internet einen neuen Weg der Informationsaufbereitung und -vermittlung ein und macht damit das Thema Altersvorsorge im Internet hörbar.

Die PrämienRente ist ein zertifiziertes Riesterprodukt. Dem Kunden erschließen sich alle

Vorteile der staatlichen Förderung: Von den Zulagen über die steuerliche Absetzbarkeit als Sonderausgabe bis hin zur Teilauszahlungsoption in Höhe von 30 Prozent des Kapitals beim Kauf einer selbstgenutzten Immobilie.

Unter Podcasting wird das Produzieren und Anbieten von Mediendateien in einem Newsfeed (meist RSS) über das Internet verstanden. Für den Download wird ein zusätzliches Programm benötigt (Podcatcher), das es kostenlos im Internet gibt. Anschließend können alle oder ausgewählte Dateien auf CD oder einen tragbaren MP3-Spieler heruntergeladen und angehört werden. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle



Wussten Sie eigentlich, dass im Jahre 1947 die Bayerische Landessiedlungsgesellschaft mit der Durchführung der Bodenreform in Bayern betraut wurde?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34

Vorstellung des „Bayerischen Studienbeitragsdarlehens“:

Soziale Ausgestaltung gesichert

Das „Bayerische Studienbeitragsdarlehen“ haben Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der LfA Förderbank Bayern, Michael Schneider und Dr. Stefan Breuer, Direktor der KfW Bankengruppe, in München vorgestellt. Goppel: „Mit unseren Partnern, der LfA und der KfW, stellen wir sicher, dass die Studienbeitragsdarlehen in Bayern zu günstigen Konditionen vergeben werden. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass alle begabten jungen Leute ein Studium aufnehmen können und dabei von den Verbesserungen profitieren, die mit den Studienbeiträgen bewirkt werden.“

Elternunabhängig, ohne Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse, ohne Sicherheitsleistungen sowie ohne Bonitätsprüfung stehen den Studierenden an den bayerischen Hochschulen künftig Studienbeitragsdarlehen zur Verfügung, sagte der Minister.

Sicherungsfond

Zum Sommersemester 2007 führt der Freistaat Bayern an den staatlichen Hochschulen allgemeine Studienbeiträge ein. Die sozialverträgliche Ausgestaltung ist fester Bestandteil der neuen Beitragspflicht und erfolgt über einen Sicherungsfond, in den 10 Prozent der Beitragseinnahmen fließen. Die Studierenden erhalten die Möglichkeit, die Studienbeiträge durch das zinsgünstige „Bayerische Studienbeitragsdarlehen“ zu finanzieren. Dieses Darlehen muss nach Ende des Studiums erst nach einer Karenzzeit zurückgezahlt werden. Die Rückzahlungspflicht ist an ein bestimmtes Mindesteinkommen gekoppelt.

Eckpunkte

- Im Einzelnen stellen folgende Eckpunkte für den Abschluss, die Auszahlung und Rückzahlung des Bayerischen Studienbeitragsdarlehens die sozialverträgliche Ausgestaltung von Studienbeiträgen für ein Erststudium und ein konsekutives oder nicht-konsekutives Masterstudium in Bayern sicher: Beim Abschluss des Studienbeitragsdarlehens fallen keine Gebühren an.
- Das Darlehen kann bis zum

40. Lebensjahr ausgezahlt werden und wird in der Regel für bis zu zehn Semester gewährt. Bei einer positiven Prognose, dass das Studium innerhalb von weiteren vier Semestern erfolgreich abgeschlossen wird, kann die Auszahlungsdauer um diesen Zeitraum verlängert werden.

- Während des Studiums werden die Studierenden nicht durch Zinszahlungen belastet. Die Zinsen sind erst bei der Rückzahlung des Darlehens nach Beendigung des Studiums sowie einer anschließenden Karenzphase von bis zu zwei Jahren fällig.

- Die Rückzahlung des Darlehens kann auf bis zu 25 Jahre gestreckt werden. Ebenso ist eine vorzeitige Tilgung ohne Zusatzkosten möglich.

- Zurückgezahlt werden muss erst, wenn ein Mindesteinkommen erzielt wird. Für unverheiratete Absolventen beträgt es derzeit 1060 Euro pro Monat. Der Betrag erhöht sich für Ehegatten und Kinder. Wer diese Einkommensgrenzen nicht erreicht, dem wird die Schuld gestundet, das heißt er muss erst und nur dann zurückzahlen, wenn er die Einkommensgrenze überschreitet. Während der Stundung steigen die Verbindlichkeiten nicht weiter, da in dieser Zeit für die Darlehensnehmer keine Zinsen anfallen.

- Die Gesamtbelastung aus BAföG - dieses muss derzeit bis maximal 10.000 Euro zurückgezahlt werden - und dem Bayerischen Studienbeitragsdarlehen ist - ausgehend von der geltenden BAföG-Grenze - auf zusammen 15.000 Euro gedeckelt. Die Summe, die darüber hinaus geht, wird erlassen.

Die Abwicklung des Darlehensverfahrens und die Verwaltung des Sicherungsfonds regeln zwei Verträge, die nunmehr unterzeichnet wurden: Ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der LfA sowie ein Kooperationsvertrag, den die LfA für den Freistaat Bayern mit der KfW geschlossen hat. Goppel betonte, der von der LfA verwaltete Sicherungsfonds gewährleiste, dass zinsgünstige Darlehen jedem Studierenden elternunabhängig ohne Bonitätsprüfung und Sicherheiten zur Verfügung stehen. Die Kooperation mit der KfW stelle sicher, dass das Bayerische Studienbeitragsdarlehen zu günstigen Konditionen ausgereicht werden kann.

Grundgedanke

Michael Schneider ergänzte für die LfA: „Grundgedanke der Kooperation ist, dass durch die Verbindung mit der Internet-Plattform und den Verfahrensabläufen des KfW-Studienkredits

Beckstein zur Finanzsituation bei Städten und Gemeinden:

„Deutliche Verbesserung“

Auf eine erfreuliche Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen im Freistaat hat Innenminister Dr. Günther Beckstein in München hingewiesen. „Nach den Einbrüchen bei den Steuereinnahmen in den Jahren 2001 bis 2003 setzt sich auch im ersten Halbjahr 2006 der Trend steigender Steuereinnahmen bei den Kommunen erfreulich deutlich fort.“

Bei der Gewerbesteuer ist für das erste Halbjahr 2006 im landesweiten Durchschnitt ein Plus von 14,2 Prozent zu verzeichnen, beim zuletzt auf niedrigem Niveau stagnierenden Gemeindeanteil an der Einkommensteuer schlägt ein Plus von 9,9 Prozent zu Buche.

Talsole durchschritten

„Diese Zahlen bestätigen, dass bei der finanziellen Situation der Kommunen die Talsole hinter uns liegt und die Aufwärtsentwicklung an Stabilität gewonnen hat“, unterstrich Beckstein. Der Minister forderte, die gewonnenen Spielräume jetzt ganz gezielt für die Konsolidierung der kommunalen Haushalte zu nutzen.

Aktuelle Zahlen

Die Gewerbesteuer Netto (Gewerbesteuer brutto abzüglich Gewerbesteuerumlage) betrug noch im Jahr 2003 für die Kommunen in Bayern knapp 2,6 Milliarden Euro. Im Jahr 2005 war bereits ein Anstieg auf 4,27 Milliarden Euro zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 2006 war im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nochmals ein Anstieg um 14,2 Prozent zu verzeichnen. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelte sich im ersten Halbjahr 2006 erstmals seit Jahren wieder kräftig positiv und stieg um knapp 10 Prozent.

Deutliches Zeichen der Solidität

Beckstein wies darauf hin, dass die Einnahmeentwicklung der Kommunen im Freistaat insgesamt deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. „Erfreulich und ein deutliches Anzeichen der Solidität der kommunalen Haushaltsführung im Freistaat ist der Umstand, dass die Entwicklung der Kassenkredite der Kommunen in Bayern entgegen der Entwicklung im Bundesgebiet seit 2003 rückläufig ist. Darin schlagen sich neben dem Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen,

mits umfangreiche, kosten-senkende Synergien genutzt werden.“ Dies sei schon deshalb sinnvoll, weil Studienbeitragsdarlehen im Gegensatz zu allgemeinen Bildungskrediten zur Finanzierung des Lebensunterhalts mit relativ hohen Kosten verbunden sind. Diese folgen aus der Kleinteiligkeit der Darlehen, den Regelungen zur sozialen Abfederung sowie dem diskriminierungsfreien Darlehenszugang.

Kostengünstigeres Modell

Durch die Verbindung mit dem Modell des KfW-Studienkredits muss der Sicherungsfonds nur die spezifischen Zusatzkosten aus dem Bayerischen Studienbeitragsdarlehen abdecken, während die allgemeinen Kosten im Wesentlichen bereits durch die Zinsmarge getragen werden. Somit zeige sich, dass ein Kooperationsmodell zwangsläufig kostengünstiger sei als jedes autonome Modell eines Landes der Bundesrepublik allein, meinte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der LfA und dankte der KfW für die tatkräftige Unterstützung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. □



Von links: Michael Schneider, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern, Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, Dr. Stefan Breuer, Direktor der KfW Bankengruppe. □

Europäische Investoren:

US Energiemarkt im Blickfeld des Interesses

BayernLB informierte auf der 8. U.S. Power Conference

Zum achten Mal richtete die BayernLB am 19. Oktober die US Power Conference in Frankfurt aus. Ziel der Konferenz war es, europäischen Banken und Investoren Informationen zum aktuellen Stand und zu Trends in der amerikanischen Energieindustrie aus erster Hand zu liefern.

Die BayernLB in New York hat hier eine besondere Expertise erworben und sich auf Finanzierungen im Sektor der erneuerbaren Energien spezialisiert. Das Interesse europäischer Investoren an der amerikanischen Energieindustrie nimmt weiter zu, so dass schon jetzt ein Großteil der Projekte in diesem Sektor von europäischen Banken finanziert wird.

Die BayernLB-Niederlassung New York hat sich in der Branche seit 1999 einen Namen als führender Arrangeur von Projektfinanzierungen ge-

macht und lädt verstärkt deutsche und europäische Banken ein, sich an ihren Transaktionen zu beteiligen.

Anforderungsprofil

Die Marktgegebenheiten und die Anforderungen im amerikanischen Energiesektor wurden während der Konferenz von Spezialisten der BayernLB, Vertretern von US Energieunternehmen sowie von Industriespezialisten vorgestellt, um Investoren die Chancen auf diesem Markt aufzuzeigen. □

Angriff der Internet-Banking-Trojaner

Tendenz mit plus 25 Prozent stark steigend

Das Auftreten von Malware im Internet-Banking-Bereich hat seit Anfang vergangenen Jahres stark zugenommen. Zwischen Januar und August dieses Jahres konnten bereits 3.086 neue Trojaner registriert werden. Das hat eine Studie der Panda Software Forschungslabors <http://www.pandasoftware.com> ergeben.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum konnten die Panda-Sicherheitsexperten ein Plus von über 25 Prozent ausmachen. Panda zufolge werden derzeit rund 200 neue Exemplare pro Monat in Umlauf gebracht. Viele bedienen sich neben ihren technischen Fertigkeiten auch Social-Engineering-Methoden.

Neue Verbreitungsmethoden

Um die Banking-Trojaner noch effektiver einsetzen zu können, entwickeln Programmierer Panda zufolge zudem immer wieder neue Verbreitungsmethoden und Funktionalitäten. So tauchte mit dem sogenannten Banbra.DCY etwa ein Trojaner auf, der Zugangscodes sogar von virtuellen Tastaturen auf dem Bildschirm des Users kopiert und in einer Video-Datei speichert. In einem anderen Fall, dem Trojaner Briz, betrug die erbeutete Datenmenge 2.033 Dateien oder 70,6 Megabyte. Die Menge an Text-Dateien entspricht ungefähr 62.000 gedruckten Seiten mit gestohlenen Passwörtern und Bankdaten. □

„Der tatsächliche Schaden, der durch derartige Trojaner-Angriffe entsteht, ist schwer abschätzbar, da Banken diese Informationen verständlicherweise nicht gerne preisgeben“, erklärt Margarita Mitroussi, Unternehmenssprecherin von Panda Software, im Gespräch mit presstext. „Als gesicherte Tatsache gilt allerdings, dass die Entwicklung immer mehr hin zu perfekt organisierten Verbreitergruppen geht. Die Hacker nutzen diese Daten folglich nicht mehr selbst, sondern bieten diese abgesicherten Foren zum Kauf an“, so Mitroussi.

Gebotene Vorsicht

Angesichts der zunehmenden sozialen Fähigkeiten neuer Trojanerbedrohungen fordern Sicherheitsexperten neben den obligatorischen Schutzprogrammen auch eine besondere Vorsicht der Anwender ein. „Bei verdächtigen E-Mails, E-Cards und dergleichen muss der gesunde Menschenverstand einfach mithelfen“, so Mitroussi gegenüber presstext. □

Könnner

Alles-Könnner

Alles? Weil wir in allen wichtigen Sparten gekonnt anpacken: Hoch- und Ingenieurbau, Straßen- und Tiefbau, Eisenbahnerbau, bei der Qualität der Riebel-Baustoffe, der Projektentwicklung und als Generalunternehmer.

Könnner? Weil wir mit Herz und Verstand arbeiten – mit klugen Köpfen und starken Machern, die alle für ein gemeinsames Ziel ihr Bestes geben:
Bauen für besseres Leben!

- Hoch- und Ingenieurbau
- Straßen- und Tiefbau
- Eisenbahnerbau
- Baustoffe
- Fertigteile
- Recycling
- Projektentwicklung
- Generalunternehmer

BAUEN FÜR BESSERES LEBEN

Xaver Riebel Holding GmbH & Co. KG
 Holding der Riebel Firmengruppe Bau
 Reinholdstraße 5
 87719 Mindelheim
www.riebel.de

Wir blicken in die Zukunft! Wir bilden aus!

Positives Halbjahresergebnis beim Genossenschaftsverband Bayern:

Wirtschaftsaufschwung erreicht den breiten Mittelstand

Politische Rahmenbedingungen bestimmen geschäftlichen Erfolg mit

„Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken konnten in ihren Bilanzzahlen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 in fast allen Bereichen zulegen“, berichtete der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, Stephan Götzl, vor der Presse in Wien. Im Übrigen seien die Verbundmitglieder gut aufgestellt. Mit vier Begriffen könnten die Kerninhalte einer Metastrategie für das genossenschaftliche Banken- und Verbundsystem umrissen werden: Identität, Innovation, Kooperation und Akquisition.

Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent. Mit über 100 Milliarden Euro halten die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken damit gemeinsam einen Platz unter den Top 20 der deutschen Kreditinstitute. Die Abschlüsse von Sachversicherungen nahmen im Verbund um 18,6 Prozent zu; 7,5 Prozent mehr Bausparverträge wurden abgeschlossen. Die Höhe der Bausparsumme stieg im gleichen Zeitraum um beachtliche 18,2 Prozent.

Erfreuliches Privatkundengeschäft

Die neu abgeschlossenen Lebensversicherungen gingen geringfügig auf etwa 39.000 Neuverträge zurück; gleichzeitig stieg das Beitragsaufkommen um gut ein Viertel. Ein beschleunigtes Wachstum verzeichnet man beim Genossenschaftsverband laut Götzl bei den Ausleihungen, die inzwischen bei fast 60 Milliarden Euro liegen.

Erfreulich habe sich das Privatkundengeschäft entwickelt, was vor allem auf Zuwächse bei Wohnungsbaukrediten zurückzuführen sei. Eine rege Kreditnachfrage komme aus dem Mittelstand, aus Handwerk und Baugewerbe.

Beweis des Vertrauens

Im Zusammenhang mit dem derzeit niedrigen Zinsniveau, aber auch als „Beweis des Vertrauens, dass wir unsere Forderungen nicht an irgendwelche Hedge Fonds verkaufen“ wertet Götzl die Tendenz, dass kurz- und mittelfristige Kredite eher rückläufig bei den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken seien, während die langfristigen zulegen.

Gute Wachstumszahlen

Insgesamt zeigte sich Götzl optimistisch. Der Wirtschaftsaufschwung habe inzwischen den breiten Mittelstand erreicht. Investitionen, die in den letzten konjunkturell schwachen Jahren verzögert wurden, hole man in Anbetracht guter Wachstumszahlen inzwischen nach.

Für die stark binnenmarktorientierten Kreditgenossenschaften, die stark mit ihren mittelständischen Kunden verbunden sind, sei diese Entwicklung äußerst positiv, so Götzl. Er hoffe deshalb, dass die wirtschaftlichen Aufschwungkräfte stark genug sind, um die zum Jahresanfang 2007 kommenden Mehr-

waren es lediglich 49 Prozent. „Die Risikostruktur ist also bestens“, versicherte Götzl.

Knapp die Hälfte aller Kredite der LfA-Förderbank hat der Genossenschaftssektor im ersten Halbjahr 2006 vermittelt. Auch diese quasi Marktführerschaft wertet man als Beweis für die guten Beziehungen zwischen Mittelstand und Kreditgenossenschaften.

Kundennähe

Dazu trägt sicherlich auch die Tatsache bei, dass die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken in ihren 3.346 Haupt- und

gerade ein Sechstel des Personals der bayerischen Genossenschaftsbanken. „Kundennähe und Filialbanking sind bei uns keine leeren Versprechen“, so Götzl. Bankstellen und Kundenbetreuer seien bei den Menschen vor Ort.

Brüssel zieht verkehrte Schlüsse

Deswegen profitiere man in besonderem Maße von der Treue der Kunden, die bei ihren angestammten Banken im Durchschnitt mehr als zehn Jahre blieben. Götzl kann die Argumentation von EU Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes nicht nachvollziehen, die jüngst behauptete, nicht wechselfreudige Bankkunden seien keine richtigen Kunden. Der Schluss, es fehle an Wettbewerb, sei verkehrt, so der Präsident.

Das Gegenteil sei nämlich der Fall. In Deutschland habe man die Produktivitätsgewinne im Bankensektor in erster Linie an die Kunden weitergereicht; deshalb seien die Preise für Bankdienstleistungen deutlich günstiger, als in den meisten anderen europäischen Ländern. „Kundenzufriedenheit und Kundentreue zahlen sich aus“, so Götzl.

Qualität schafft Kundentreue

Hohe Kundentreue habe einen spezifischen Grund: Qualität. Sicher gestellt werde diese in Deutschland durch das bewährte Drei-Säulen-System. Der Präsident warnte die Brüsseler Eurokraten, daran zu rütteln. Subsidiäre Strukturen seien in aller Regel effizienter und näher am Menschen.

Steigende Konsumlaune

Im gleichen Umfang wie bei den Unternehmen die Investitionsneigung zugenommen hat, ist auch bei den Konsumenten die Konsumlaune zurückgekehrt, berichtete Götzl. Die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung habe ebenso das ihre dazu beigetragen, wie der Wegfall der Eigenheimzulage die Nachfrage nach Baufinanzierungen steigen ließ.

Als Wermutstropfen ergibt sich für die Banker im Genossenschaftsbereich daraus die Sorge, dass mit einer gedämpften Entwicklung des Einlagen geschäfts gerechnet wird. Die Konsumneigung gerade bei der Anschaffung größerer Waren sei

Zweigstellen im Freistaat gut 35.000 Menschen beschäftigen. Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank unterhalten bundesweit zusammen 3.048 Geschäftsstellen; die HypoVereinsbank beschäftigt bundesweit

DSGV-Präsident Haasis zum deutschen Finanzmarkt:

Weltbank-Studien belegen Leistungsfähigkeit

Auf die besondere Leistungsfähigkeit des deutschen Finanzmarktes hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, anlässlich der IWF/Weltbank-Tagung in Singapur hingewiesen. „Zwei in diesen Tagen von der Weltbank veröffentlichte Studien belegen eindrucksvoll, dass der deutsche Finanzmarkt im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnimmt“, so Haasis.

In der zur Jahrestagung von IWF und Weltbank veröffentlichten Studie „Doing Business“ wurde untersucht, in welchen Ländern es am einfachsten ist, Geschäfte zu machen. „Mit Platz drei erreicht Deutschland ein hervorragendes Ergebnis in einem Bereich, der in unserem Land selbst seit Jahren systematisch schlechtergedeutet wird - dem Finanzsektor. Vor Deutschland liegen bei der Frage „Wo ist es leicht, eine Finanzierung zu bekommen?“ nur Großbritannien und Hongkong. Damit schneidet Deutschland viel besser ab, als Länder, die sonst immer als leuchtende Vorbilder für die Effizienz des kreditwirtschaftlichen Systems herausgestellt werden“, sagte Haasis. Italien liege beispielsweise nur auf Rang 65.

Financial Sector Development Indicators

Bestätigt werde dieses Ergebnis durch die ebenfalls zur Jahrestagung veröffentlichte Weltbank-Studie „Financial Sector Development Indicators“ (FS-DI). Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit seines Bankensystems liege Deutschland hier auf Platz sieben weltweit - vor Großbritannien (8) und Italien (24). Haasis: „Insbesondere beim Zugang zu Finanzdienstleistungen sticht Deutschland im OECD-Vergleich deutlich heraus.“

Hier zeige sich die große Bedeutung der Sparkassen. Sie garantierten die flächendeckende Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit modernen kreditwirtschaftlichen Leistungen.“ □

Zinslasten senken – Marktchancen nutzen

Veranstaltung der Deutschen Bank zum Kommunalen Schuldenmanagement

Durch ein aktives kommunales Schuldenmanagement können Kommunen die Weichen stellen, ihre Zinslasten zu senken. Nach einer bundesweiten Untersuchung, die anlässlich der Fachtagung des Deutschen Städtetags und des kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam im September in Potsdam vorgestellt wurde, nutzt aber nur ein geringer Teil der Kommunen diese Chance.

Mit dieser Veranstaltung soll ein Forum eröffnet werden, in dem gemeinsam mit kommunalen Finanzexperten die Kernfragen zur Einführung und Ausgestaltung einer aktiven Zinssteuerung praxisnah diskutiert wird.

Die Daten:

- **Veranstaltung am 29.11.2005 von 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr**
- **Im Großen Sitzungssaal der Deutsche Bank AG, Promenadeplatz 15, 80333 München.**
- **Bei Interesse wird um Anmeldung unter Tel. 089/2390-1411 gebeten.**

Kontakt: Hans-Jürgen Gerlach, Deutsche Bank AG Corporate and Investment Bank, Global Banking - Öffentlicher Sektor, Region Süd, Promenadeplatz 15, D 80333 München, eMail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com. □

so hoch, dass auch die in den letzten Monaten gestiegenen Zinsen die Angst der Bürger vor Mehrbelastungen im kommenden Jahr nicht kompensieren.

Politische Rahmenbedingungen

Stark beeinflusst wird der wirtschaftliche Erfolg der einzelnen Banken aber auch durch die politischen Rahmenbedingungen. Besonders die grenznahen Gebiete hätten eindeutige Wettbewerbsnachteile gegenüber Österreich und der Schweiz, beklagte Götzl. Über den Facettenreichtum der staatlichen Reglementierungen der Banken und der Kunden berichtete Hans Höglauer, Sprecher des Vorstandes der VR-Bank Chiemgau-Süd eG. Seine Bank habe Kunden sogar mit einer eigenen Niederlassung nach

Österreich begleitet, um diese nicht zu verlieren. Abgesehen von den günstigen Konditionen im Ausland und der Wahrung des Bankgeheimnisses schaffe die unterschiedliche Gesetzeslage in den Nachbarländern teilweise Hindernisse, die unüberbrückbar scheinen.

Beispiel Österreich

Beeindruckend schilderten den bayerischen Journalisten die österreichischen Banker Dr. Andreas Pangel, Generalsekretär des Fachverbandes Raiffeisenbanken und Dr. Friedhelm Boschert, Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank International AG, ihre vielfältigen geschäftlichen Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa, die von der bisherigen österreichischen Bundesregierung intensiv gefördert werden. Ha.

Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Deutliches Plus bei Krediten im ersten Halbjahr 2006

Die deutschen Sparkassen verzeichnen im laufenden Jahr ein deutliches Geschäftswachstum. „Insbesondere das Kreditneugeschäft hat spürbar Fahrt aufgenommen. Aber auch bei den Geldanlagen der Privatkunden ist ein deutlicher Aufwärtstrend erkennbar“, so der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, anlässlich der Jahrestagung IWF/Weltbank in Singapur.

Die guten Ergebnisse seien deutlicher Ausdruck dafür, dass die Sparkassen die Herausforderung des Wettbewerbes erfolgreich angenommen hätten. „Die Sparkassen-Finanzgruppe hat im Vertrieb deutlich Fahrt aufgenommen. Wir wollen jetzt die Geschwindigkeit kontinuierlich steigern.“ Die Kreditneuzugaben lagen im ersten Halbjahr 2006 mit 46,5 Milliarden Euro um 19,4 Prozent (7,5 Mrd. Euro) über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Die Darlehensauszahlungen lagen mit insgesamt 60,2 Mrd. Euro um 18,1 Prozent (6,2 Mrd. Euro) über dem Vorjahresniveau. Dieses Wachstum, so Haasis weiter, werde auch durch mittel- und längerfristigen Darlehen an Unternehmen und Selbständige getragen. So seien bei Zusage und Auszahlungen in erster Linie - Investitionsfinanzierungen im ersten Halbjahr Zuwächse von über 22 Prozent bei den Zusage bzw. über 17 Prozent bei den Auszahlungen erreicht worden. Ähnlich positive Entwicklungen seien auch bei den Landesbanken festzustellen. Haasis: „Diese Zahlen zeigen deutlich, dass Sparkassen und Landesbanken den Aufschwung in Deutschland finanzieren!“ Auch auf der Passivseite lasse sich erstmals seit Jahren ein positiver Trend feststellen. Die

Geldanlagen der Kunden hätten sich im ersten Halbjahr 2006 ausgesprochen erfreulich entwickelt. Im Einlagen- und Wertpapiergeschäft seien Zuflüsse von 1,7 Mrd. Euro verzeichnet worden. Vor allem von Privatpersonen seien mit netto plus 3,9 Mrd. Euro erheblich mehr Mittel bei den Sparkassen angelegt worden als vor Jahresfrist (+0,5 Mrd. Euro). □

Dementi zu „Superlandesbank“

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat einen Exklusivbericht der Börsen-Zeitung Ende September dementiert, wonach die Bildung einer „Superlandesbank“ aus Bayern-LB, Helaba, LBBW, Landesbank Rheinland-Pfalz und Saar-LB vorgesehen sei.

Ein engeres Zusammenrücken der Landesbanken ist nach wie vor richtig. Es stehen aber weder Gespräche noch konkrete Schritte bevor.

Zum Bericht über einen möglichen Kauf des 10%-Anteils der NordLB an der Landesbank Berlin Holding stellt der DSGV fest, dass es zwischen den Parteien keine unterschiedlichen Vorstellungen über den Preis gibt. □

BLE

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft
Bayern GmbH
Maria-Wimmer-Str. 3, 81739 München
Telefon 089/67 40 37, Telefax 089/62 71 51 50
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de

- im genossenschaftlichen FinanzVerbund -

Verwaltungsüberlastung?! Haushaltsprobleme?!

Maßgeschneiderte Lösungen für die Übernahme von Erschließungsträgerschaften und für Ihre kommunalen Investitionen bietet Ihnen die BLE, ein erfahrener seit 1974 tätiger Partner der Städte und Gemeinden.

Ihre Ansprechpartner: **Bernd Hippe**
Tel.: 089 / 67 40 37 **Gerd Schrenker**

- Übernahme von Erschließungsträgerschaften
- Privatfinanzierung öffentlicher Aufgaben (Kommunales Haushaltsmodell)

Höchstmaß an Sicherheit in der Wasserversorgung:

Erdgas Südbayern besteht TSM-Prüfungen

Eine störungsfreie Versorgung mit Trinkwasser ist für die Menschen selbstverständlich und ein entscheidender Faktor für hohe Lebensqualität. Jedoch verbindet man das Thema Wasserversorgung nicht sofort mit dem regionalen Erdgas- und Wärmedienstleister Erdgas Südbayern GmbH (ESB). Dennoch leistet die ESB als technische Betriebsführerin seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Wasserversorgung verschiedener südbayerischer Kommunen. Unabhängige Experten der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) prämierten nun - im Rahmen ihres überbetrieblichen technischen Sicherheitsmanagements (TSM) - die Organisation der ESB in der Wasserversorgung als vorbildlich.

Die ESB bietet in ihrem Versorgungsgebiet bereits seit über 10 Jahren mit ihrer technischen Kompetenz Betriebsführungen für öffentliche Wasserversorgungen. Neun Städte und Gemeinden in Südbayern mit ca. 120.000 Einwohnern haben die ESB für den Betrieb und die Instandhaltung ihrer wassertechnischen Anlagen und Leitungen beauftragt - das entspricht einem Volumen von ca. 9 Mio. m³. Zum Aufgabenbereich der technischen Betriebsführung zählt neben dem technischen Betrieb der Anlagen u. a. auch die Überwachung der Wasserqualität, die Betreuung von Baumaßnahmen sowie die Organisation des Bereitschaftsdienstes für die jeweilige Wasserversorgung.

Qualifikationsverfahren

Der TSM-Prüfung unterzogen sich erfolgreich auch die Wasserversorgung Schierling, Wasserversorgung Emmering, Stadtwerke Mühldorf am Inn, Stadtwerke Burghausen, Gemeindewerke Aying und Wasserversorgung Erding.

Sowohl die Wasserversorgungsunternehmen als auch die ESB als technische Betriebsführerin haben die TSM-Prüfungen im ersten Anlauf erfolgreich bestanden und damit bewiesen, welchen Stellenwert eine reibungslose kommunale Versorgung mit bestem Trinkwasser in den Unternehmen hat. Die von den DVGW-Experten durchgeführten Qualifikationsverfahren sind sehr aufwendig und umfassen u. a. mehr als 300 Fragen zu den Aspekten wie

z. B. Aufbau- und Ablauforganisation, Qualitätssicherung, Anforderung an das Personal, Technische Sicherheit und Umweltschutz. Diese Überprüfung verschafft Klarheit über Arbeitsabläufe, sorgt für eine höhere Rechtssicherheit und erschließt Kostensenkungspotenziale.

„Die hervorragend bestandenen TSM-Prüfungen sind ein Qualitätsnachweis für die fachliche Leistungsfähigkeit und die Organisation des technischen Bereiches bei der ESB. Wir sind damit für die Zukunft gut aufgestellt und bieten mit unserer Dienstleistung den Kommunen höchste Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit“, freut sich Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB. Die begehrte Urkunde wurde vom Fachverband DVGW feierlich an die ESB übergeben.

Als einer der größten Erdgas- und Wärmedienstleister in Bayern sorgt die ESB zwischen Donau, Lech und der Landesgrenze nach Österreich bei mehr als 460.000 Menschen für Wärme. Im Trinkwasserbereich ist die ESB im Auftrag für Kommunen an der zuverlässigen und sicheren Versorgung von mittlerweile rund 120.000 Einwohnern mit Trinkwasser beteiligt.

Innerhalb der technischen Betriebsführungen werden zur Zeit von der ESB über 500 Kilometer Ortsnetzleitungen und etwa 20.000 Hausanschlüsse betreut. Private Verbraucher, Kommunen und Unternehmen setzen auf den zuverlässigen Service, das technische Know-how, die regionale Präsenz und das Engagement der ESB. □

Kloster Weltenburg:

Vor 100-jährigem Hochwasser sicher

Bayerns weltberühmtes Wahrzeichen, das Kloster Weltenburg (Landkreis Kelheim), ist jetzt vor einem hundertjährigen Hochwasser geschützt. Umweltminister Werner Schnappauf und Benediktiner-Abt Thomas M. Freihart haben offiziell die Schutzbauten eingeweiht.

„In Bayerns Hochwasser-Brennpunkten werden Zug um Zug die Schotten dicht gemacht. Waren das Kloster Weltenburg und Eschenlohe bei den Jahrhunderthochwassern 1999, 2002 und 2005 teilweise noch überflutet, so ist jetzt Abhilfe geschaffen oder in Sicht“, machte der Minister deutlich. An über 400 Baustellen wird derzeit an besserem Hochwasserschutz gearbeitet. In Bayern werden heuer und in den nächsten beiden Jahren statt der jährlich durchschnittlichen 115 Millionen Euro 150 Millionen Euro investiert. Der Hochwasserschutz im mehrfach überfluteten Ort Eschenlohe (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) werde bereits im nächsten Jahr fertig gestellt sein.

In Weltenburg wurde mit innovativen Lösungen Hochwasserschutz und Denkmalschutz optimal verbunden. Denn die Schutzbauten bleiben dem Besucher verborgen. Bei drohen-

dem Hochwasser werden mobile Aluminiumwänden und Metalltafeln passgenau in Einfahrten und Fenster eingesetzt. Unterirdisch ist das Kloster gegen den Wasserdruck durch eine Art Beton-Palisadenzaun geschützt. Die geplanten Maßnahmen konnten innerhalb von 9 Monaten realisiert werden.

Hochwasser 1999

Noch beim Hochwasser 1999 standen Klosterhof und Asamkirche einen halben Meter unter Wasser. Schäden von rund 1,5 Millionen Euro waren die Folge. Die Gesamtkosten von rund 2,2 Millionen werden über die Hälfte von Freistaat und EU übernommen, die übrigen Kosten tragen die Abtei, der Bezirk Niederbayern, die Bayerische Landesstiftung, Landkreis und Stadt Kelheim, die Bischöfliche Finanzkammer Regensburg und der Caritasverband Regensburg. □



ESB bietet den Kommunen höchste Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit. □

20 Jahre Wasserwerksnachbarschaften Bayern:

Netzwerk für die Trinkwasserversorgung

Unterfränkens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer: Möglichkeiten zur Kooperation noch stärker nutzen

(Würzburg) Unterfränkens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hat die Wasserversorgungsunternehmen dazu aufgefordert, die Möglichkeiten der betrieblichen Kooperationen stärker als bislang zu nutzen. „Gerade die kleinen Wasserversorger können damit ihre Eigenständigkeit stärken, zugleich die Kosten senken und wettbewerbsfähig bleiben. Die ideale Plattform dafür und das richtige Forum für die Zusammenarbeit sind die Wasserwerksnachbarschaften“, sagte Dr. Beinhofer heute in Würzburg.

Vor 20 Jahren wurde im Freistaat die erste Wasserwerksnachbarschaft eingerichtet. Seitdem hat sich flächendeckend ein Netzwerk von 72 Nachbarschaften aufgebaut. Die meisten der rund 2500 Versorgungsunternehmen Bayerns nehmen regelmäßig an ihren Nachbarschaftstagen teil. Wasserwerksnachbarschaften helfen ortsnahe und über Gemeindegrenzen hinweg bei allen Fragen der Wasserversorgung und geben Hilfestellungen bei betrieblichen Kooperationen - von der gemeinsamen Materialbeschaffung bis zur gegenseitigen Unterstützung im kaufmännischen Bereich.

Bayern setzt auf eine kleinteilige und ortsnahe Wasserversorgung: über 40 Prozent der Wasserwerke im Freistaat zählen zu den kleineren Unternehmen, die jeweils weniger als 1500 Einwohner mit Trinkwasser versorgen. Bayern ist damit das Bundesland mit den meisten Versorgungsunternehmen.

Fast 1800 Nachbarschaftstage mit über 70.000 Teilnehmern - das ist die Erfolgsbilanz der Wasserwerksnachbarschaft Bayern in 20 Jahren. Unter der Regie erfahrener Leiter aus den Versorgungsunternehmen oder den Wasserwirtschaftsämtern sind in praktisch jedem Landkreis Nachbarschaften eingerichtet. Dort treffen sich die Versorgungsfachleute, vom Wasserwart bis zum Wassermeister, ein- bis zweimal pro Jahr bei den Nachbarschaftstagen zur Information und Fortbildung - von den neuesten gesetzlichen Anforderungen bis zur Durchführung der betrieblichen Eigenüberwachung. Eine Gelegenheit vor allem für das Personal der kleineren Anlagen, mit den Kollegen der benachbarten Wasserversorger der Region zum fachlichen Erfahrungsaustausch zusammen zu kommen.

Die technische Leitung der Wasserwerksnachbarschaften liegt beim Bayerischen Landesamt für Umwelt, die Geschäftsleitung hat der Verband der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft übernommen. Die kommunalen Spitzenverbände sind im beratenden Beirat vertreten und stellen fünf der dreizehn Mitglieder.

Im Freistaat sorgen rund 10.000 Versorgungsfachleute in den Kommunen dafür, dass jederzeit Trinkwasser guter Qualität zu vergleichsweise günstigen Preisen geliefert wird. Der Wasserpreis in Bayern liegt nach einer Auswertung des VBGW bei 1,36 Euro pro Kubikmeter (tausend Liter) und damit deutlich unter

dem Bundesdurchschnitt. Jeder Bürger in der Bundesrepublik Deutschland gibt im Durchschnitt täglich 0,23 Euro für Trinkwasser aus, im Freistaat werden pro Kopf täglich 134 Liter Wasser verbraucht. Pro Person belaufen sich die Trinkwasserkosten im Bundesdurchschnitt auf rund 84 Euro im Jahr. Der Anteil für Trinkwasser gemessen am verfügbaren jährlichen Einkommen der Haushalte beträgt 0,4 Prozent. □

Abwasserbeseitigung in Oberfranken:

Lohnende Investitionen

Etwa 95 Prozent der Bevölkerung Oberfrankens sind an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen, wie die neueste Erhebung zum Stand der Abwasserbeseitigung zeigt. Der Anschlussgrad Oberfrankens entspricht damit dem landesweiten Durchschnitt.

Im Ablauf der Klärwerke konnten die organische Belastung sowie die Stickstoff- und Phosphorfracht entscheidend verringert werden. Zum Vergleich: Im Jahr 1995 wurden nur 91,7 Prozent des anfallenden Schmutzwassers in Kläranlagen gereinigt.

Verbesserte Gewässergüte

Die umfangreichen Investitionen der oberfränkischen Kommunen waren nicht nur Voraussetzung für die bauliche Entwicklung, sie haben vor allem die Gewässergüte nachhaltig beeinflusst. Die Wasserqualität der oberfränkischen Flüsse und Bäche hat sich in den letzten zehn Jahren nochmals deutlich verbessert. Viele Gewässer weisen jetzt die Güteklasse II auf, sie sind nur mehr mäßig belastet und entsprechen somit den Zielen des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms.

Wermutstropfen

Oberfränkische Gemeinden, Städte und Zweckverbände haben allein innerhalb der vergangenen zehn Jahre ca. 600 Mio. Euro in die Abwasserbeseitigung investiert, der Freistaat Bayern hat hierzu 243 Mio. Euro Zuweisungen und Darlehen in Höhe von 61,9 Mio. Euro gewährt.

Trotz aller Erfolge reinigen gegenwärtig noch ca. 5 Prozent

der Bevölkerung Oberfrankens ihr Abwasser nur in Mehrkammerauslaufgruben. Die Restbelastung aus diesen Anlagen macht derzeit noch rund 70 Prozent der Gesamtfracht aus, die von der Bevölkerung über Abwasseranlagen in die Umwelt abgeleitet wird.

Ziel sind 97,5 Prozent

Nach den Abwasserbeseitigungskonzepten der oberfränkischen Gemeinden können mit vertretbarem Aufwand bis zum Jahr 2012 noch weitere 20.592 Einwohner erstmals an eine öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen werden. Der Freistaat Bayern unterstützt auch 2006 wieder die Gemeinden mit einem eigenen Förderprogramm. Ziel ist es, das Abwasser von ca. 97,5 Prozent der Bevölkerung Oberfrankens in kommunalen Kläranlagen nach dem Stand der Technik zu reinigen.

Einzige Möglichkeit

Für ca. 2,5 Prozent der Einwohner Oberfrankens verbleibt nur die Möglichkeit, das Abwasser in eigenen vollbiologischen Kleinkläranlagen zu klären.

Der Bau von zentralen öffentlichen Abwasseranlagen ist hier aufgrund der hohen Investitionskosten wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. DK

Alle reden von den Finanzen...

... rechnen Sie mit uns!

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

AKDB • Herzogspitalstraße 24 • 80331 München • Telefon 089/5903-0 • Fax 089/5903-1845 • E-Mail mailbox@akdb.de

ARGE Schwaben Kommunale Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen:

Klare Absage an Liberalisierung des Wassermarkts

Festveranstaltung zum zehnjährigen Jubiläum in Königsbrunn mit Innenstaatssekretär Georg Schmid und Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl

Bei einer Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen der ARGE Schwaben Kommunale Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen in Königsbrunn wandte sich Innenstaatssekretär Georg Schmid deutlich gegen Bestrebungen der Europäischen Kommission zur Liberalisierung des Wassermarktes. Kommunale Aufgabenträgerschaft und kommunale Verantwortung hätten sich bei der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung hervorragend bewährt. Die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu angemessenen Preisen zu versorgen, müsse weiterhin den Kommunen obliegen. Gleiches gelte für die Abwasserentsorgung.

Nach den Worten Schmid verfügt Bayern mit rund 2.500 Wasserversorgungsunternehmen (davon rund 600 Wasserversorgungsanlagen in Schwaben) und etwa 3.600 Wassergewinnungsanlagen über eine hervorragende und zuverlässige öffentliche Wasserversorgung mit bester Trinkwasserqualität. Zwei Drittel des Trinkwassers gelangen vollkommen naturrein zum Verbraucher.

Konsequenter Ausbau

Der Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung liege bei etwa 98,8 Prozent. Die Wasserpreise seien bei einem Mittel von 1,35 Euro/Kubikmeter deutlich günstiger als der Bundesdurchschnitt (1,72 Euro/Kubikmeter). Aufgrund des konsequenten Ausbaus der kommunalen gewerblichen Abwasseranlagen seien bayerische Bäche, Flüsse und Seen in einem guten Zustand. Dieser Erfolg sei nur durch die großen finanziellen Anstrengungen der Kommunen möglich: Seit 1946 hätten Städte und Gemeinden rund 32 Milliarden Euro in die Abwasserentsorgung investiert, erklärte Schmid.

„Die besten Glückwünsche des Bayerischen Gemeindegats“ überbrachte Präsident Dr. Uwe Brandl. Er bezeichnete die ARGE Schwaben als „leuchtendes Beispiel für das kommunale Element in unserer Daseinsvorsorge“, um im Anschluss zwei aktuelle Brennpunkte aufzugreifen - zum einen die Verlegung von Leitungen im Staatsforstgrund, zum anderen die Aufweichung des Instruments Wasserschutzgebiete.

Verstärktes „Abkassieren“

Seit einigen Jahren sind laut Brandl die Bayerische Staatsforstverwaltung und seit 1. Juli 2005 das Unternehmen Bayerische Staatsforsten dabei, „für die Verlegung von Wasserleitungen und Kanalisationen, aber auch für den Bau von Hochbehältern oder die Errichtung und den Betrieb von Quellschöpfungen verstärkt abzukassieren“.

Obgleich die Unternehmen zur Erfüllung ihrer Aufgabe auf Dauer auf gesicherte Nutzungsrechte zum Wohle der Allgemeinheit angewiesen seien, waren bzw. sind die von den Forstbehörden vorgelegten Verträge einseitig kündbar mit dem Ziel von Entgelterhöhungen. Die Preissteigerungen seit Beginn

der ersten Vertragsabschlüsse seien bis zum heutigen Stand „teilweise horrend“ und machen nicht selten das 50- bis 60-fache der ursprünglichen Entgelte aus. Sie überstiegen dadurch in wenigen Jahren den Verkehrswert der Vertragsgrundstücke.

Teilerfolge

Brandl: „Wir haben gegenüber dem Freistaat und den Bayerischen Staatsforsten sehr deutlich gemacht, dass wir uns ein solches Handeln nicht gefallen lassen und diese Praxis öffentlich zur Sprache bringen. Nachdem der Freistaat begonnen hatte, auch für andere, bisher kostenfreie Nutzungen im Staatsforst, die Hand aufzuheben, war für uns das Maß voll. Als Reaktion gab es einige Teilerfolge. Forderungen nach Abgeltung von Nutzungen, die dem Gemeingebrauch unterfallen, wurden wieder zurückgezogen.“

Zuversichtlicher Präsident

Der Präsident zeigte sich zuversichtlich, die Verhandlungen wegen der Leitungsverlegung und der weiteren Nutzungen mit den Staatsforsten zu einem vernünftigen Ergebnis zu bringen. Ziel sei es, gemeinsam mit dem Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaftsverband einen Rahmenvertrag mit dem Staat zu schließen, der Grundlage für die einzelnen Verträge mit den Gemeinden sein soll. Brandl: „Entgelte werden wir nur dort akzeptieren, wo sie auch gerechtfertigt sind. Selbstverständlich sind Nutzungsausfälle und Nutzungsbeschränkungen zu bezahlen. Ihr Umfang muss jedoch den Gemeinwohlaufrag der Kommunen bei Versorgung und Entsorgung berücksichtigen. Die Kommunen müssen in der Lage sein, auch künftig ihre Leistungen zu sozialverträglichen Preisen anzubieten.“

Druck auf Landräte

Der zweite Brennpunkt bezieht sich laut Brandl auf Versuche, das Instrument Wasserschutzgebiete zu schwächen. Es werde erheblicher Druck auf Landräte ausgeübt, Schutzgebietsverfahren nicht weiterzuführen. Dabei werde ein ganzes Bündel von Argumenten ins Feld geführt wie zu große Schutzgebiete, zu hohe Auflagen und die angeblich unzumutbaren Eigentumsbeschränkun-

gen sowie die Wertminderung der Grundstücke. Die Schutzgebiete sind Brandl zufolge für die Wasserversorger notwendig, um eine qualitativ hochwertige Versorgung sichern zu können. Deswegen müsse keineswegs auf eine gute Zusammenarbeit mit Land- und Forstwirten ver-

zichtet werden - im Gegenteil. Wie der Präsident hervorhob, „haben uns in der Vergangenheit stets für den Abschluss freiwilliger Vereinbarungen mit Land- und Forstwirten ausgesprochen, um gezielt vor Ort ein partnerschaftliches Verhältnis zu erreichen“. Im Einzelfall sei es dabei durchaus möglich, über die Mindestinhalte der Verordnungen hinauszugehen. Gerade der Zweckverband Rieswasserversorgung habe hier in der Vergangenheit mit dem bewährten „Bonus-Malus-System“ Maßstäbe gesetzt und gezeigt, dass Anreizsysteme wirksamen Gewässerschutz bedeuten können. **DK**



Unter den Augen des Bezirkstagspräsidenten Albrecht Graf von Ingelheim (Mitte) sowie Mitgliedern der Hegefischereigenossenschaft Nassach bereitet Fischerei-Fachberater Dr. Wolfgang Silkenat eine Wanne voll mit Flusskrebsen zum Transport an ihr neues Gewässer vor. Foto/Text: wkn

Der Flusskrebs kehrt zurück

„Artenhilfsprogramm Flusskrebse“ des Bezirks Unterfranken erfolgreich angelaufen

Grafenheinfeld/Rügheim. Die Fachberatung für Fischerei des Bezirks Unterfranken führt seit 2001 ein Hilfsprogramm für den Flusskrebs durch. Flächendeckende Kartierungen des Restvorkommens von *Astacus astacus*, wie der heimische Fluss- oder Edelkrebs wissenschaftlich heißt, waren Grundlage des Projektes. Jetzt wurden 130 Tiere aus eigener Nachzucht aus einem Baggersee bei Grafenheinfeld (Landkreis Schweinfurt) in der Nähe von Rügheim (Landkreis Haßberge) ausgesetzt.

Die heimischen Krebse stehen heute auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten in Bayern. Den Hauptgrund dafür sieht Dr. Wolfgang Silkenat, Leiter des Referats Fischerei beim Bezirk Unterfranken, in der Einfuhr amerikanischer Krebse. Seit deren Import um 1860 sei der Bestand heimischer Arten schlagartig zurückgegangen.

Neue Chancen

Durch aktiven Umweltschutz und eine bessere Qualität der Gewässer sind neue Chancen für die heimischen Krebse entstanden. Überall dort wo keine Krebspest zu erwarten ist und wo der Flusskrebs nicht zur Bedrohung des Steinkrebse wird, schien eine Wiederansiedelung sinnvoll. So wurde das „Artenhilfsprogramm Flusskrebse“ gestartet.

Krebskartierung

Zunächst stellte man die vorhandenen Krebsbestände fest. Insgesamt wurden dazu 999 Gewässerstrecken untersucht. Dabei entstand die bisher dichteste

Krebskartierung in Bayern. Im Ergebnis zeigte sich, dass der Flusskrebs in Unterfranken praktisch ausgestorben war. Lediglich an 25 Fundorten, vornehmlich in Spessart und Rhön, wurden Flusskrebse gefunden. Diese waren vermutlich aus Teichen entwichen oder von vorangegangenen Besatzversuchen übrig. Immerhin an 55 Fundorten (Steigerwald und Haßberge) wurde der Steinkrebs nachgewiesen. Er soll in Zukunft noch stärker geschützt werden.

Besatzmaßnahmen

Erstmals wurden nun 130 Flusskrebse im Bereich der Nassach ausgesetzt. Sie sind Teil eines Wiederansiedelungsprogramms der dortigen Hegefischereigenossenschaft, zu der neun aktive Fischereivereine gehören, die sich dem Naturschutz in besonderer Weise verschrieben haben. Weitere Besatzmaßnahmen sind geplant. Insgesamt sollen rund 800 Tiere in die Nassach und ihre Nebenengewässer verbracht werden.

Neue Partner im Visier

Ziel des Projektes, an dem sich der Fischereiverband Unterfranken e.V. zu 50 Prozent beteiligt, ist es, für dieses Vermehrungs- und Weitergabesystem neue Partner in ganz Unterfranken zu gewinnen. An 50 Stellen soll der Flusskrebs in stehenden und fließenden Gewässern Keimzellen bilden und sich von dort aus weiter verbreiten. Gleichzeitig hat man den Übersee-Krebs den Kampf angesagt, der freilich nur schwer zu gewinnen sein dürfte. **DK**

13. Chiemseekonferenz in Greimharting:

Umwelt und Tourismus im Einklang

„In keinem unversöhnlichen Gegensatz“ stehen nach Ansicht von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf der Erhalt der Umwelt und die Förderung des Tourismus. Schnappauf rief bei der 13. Chiemseekonferenz in Greimharting, Gemeinde Rimsting, dazu auf, die natürlichen Grundlagen am Chiemsee zu bewahren und ein modernes touristisches Angebot auf die Beine zu stellen. Rund 150 Kommunalpolitiker, Touristiker und Bürger waren Gäste der Tagung, die der Abwasser- und Umweltverband (AZV) Chiemsee im zweijährigen Turnus veranstaltet.

Der Umweltminister betonte, dass die Region am Chiemsee eine „hohe Wertigkeit“ besitze. Die Landschaft verfüge über ein „unverwechselbares Profil“. Die Gemeinden seien aufgerufen, diesen einmaligen, von den Vorfahren überlieferten Naturraum zu erhalten und auf das „Authentische der Region“ zu setzen. Gleichzeitig warnte er sie, der Landschaft „etwas künstlich aufzupropfen“ und am Chiemsee zum Beispiel eine Freizeitanlage nach dem Vorbild des Europaparks Rust in der Nähe von Freiburg anzulegen. So etwas passe nicht in die Region am Chiemsee, bemerkte Schnappauf.

Ein großes Lob zollte der Umweltminister den Kommunalpolitikern. Die Region Chiemsee sei ein „Paradebeispiel für einen nachhaltigen Tourismus“, der die Interessen des Umweltschutzes und des Fremdenverkehrs in Einklang bringe. Die Bürgermeister und Gemeinderäte in den Rathäusern am Bayerischen Meer hätten bereits vor Jahr und Tag weltweit Maßstäbe gesetzt, als sie einen Zweckverband gründeten und den Ringkanal bauten - und damit schließlich die Wasserqualität im Chiemsee entscheidend verbesserten.

Ebenso wie der Minister sah auch Rosenheims Landrat Dr. Max Gimple keinen Widerspruch zwischen der Verpflichtung, die Umwelt zu schützen, und der Notwendigkeit, den Fremdenverkehr zu fördern. „Der Tourismus ist der Retter und Sanierer des Chiemseeraumes“, betonte Gimple. Seiner Ansicht nach sollten die Gemeinden am Bayerischen Meer „unerschrocken den Tourismus im Einklang mit der Natur weiterentwickeln“.

AZV als Brückenbauer

Als „Brückenbauer für einen funktionierenden Tourismus“ sieht AZV-Vorsitzender Florian Hoffmann seinen Verband. Von der Reinhaltung der Gewässer über die Schärfung des Energiebewusstseins bis hin zu Naturführungen am Chiemsee habe der AZV viel verwirklichen können. Hoffmann zufolge wäre in der Region die Schaffung einer Freizeitwelt, wie sie andernorts bereits erfolgreich in Form von Centerparks existiere, durchaus überlegenswert. Dem Gast müsse neben der beschaulichen Erholung auch die Möglichkeit gegeben werden, in einem Zentrum Sport zu treiben und einem Freizeitvergnügen nachzugehen. Erlebnistourismus laute das Zauberwort.

Natur und Kultur am Chiemsee seien zweifellos die große Chance für den Tourismus, fuhr Hoffmann fort. Trotzdem sollten die Gemeinden am Bayerischen Meer ein noch größeres Angebot für junge Leute bereithalten. Um dem Zeitgeist gerecht zu werden, brauche die Region eine „gewisse Umwälzung“ im Tourismus. Auch müsse sich das Beherbergungsgewerbe anpassen und modernisieren. Am Walchsee stünden acht relativ neue Vier-Sterne-Hotels und eines mit fünf Sternen, am Chiemsee gebe es nur

in Prien und Ising zwei Hotels mit vier Sternen. Auch gab Hoffmann der Hoffnung Ausdruck, dass der Chiemsee-Ringbus bereits im nächsten Jahr in Betrieb gehen und dann die Gäste rund um den See fahren kann.

Laut Stefan Beer, Vorsitzender der Chiemsee Tourismus KG, müssen die 19 in der Gesellschaft zusammengeschlossenen Ufergemeinden aus den Landkreisen Rosenheim und Traunstein Jahr für Jahr Rückgänge im Fremdenverkehr hinnehmen. Die Region am Chiemsee müsse sich einer großen internationalen Konkurrenz stellen und sich an Feriendestinationen nicht nur in Österreich und Italien, sondern auch etwa auf den Bahamas messen lassen. Außerdem stehe sie zunehmend im Wettbewerb mit Urlaubsregionen in Deutschland. In Mecklenburg-Vorpommern seien zuletzt enorme Investitionen in den Ausbau des Fremdenverkehrs geflossen.

Angebot ausbauen

Weltweit sei der Tourismus der Wachstumsmarkt Nummer Eins, weshalb man ihm zunächst vor allem einen weitaus höheren Stellenwert im Bewusstsein der Bevölkerung geben müsse, so Eggstätters Bürgermeister weiter. In den Köpfen der Bürger etwa sei zu verankern, dass der Fremdenverkehr in den 19 Chiemseegemeinden rund 4500 Arbeitsplätze geschaffen habe und jährlich zusätzliche Umsätze in Höhe von 220 Millionen Euro erzeuge.

„Wir müssen unser Angebot im Tourismus ausbauen“, brach Beer eine Lanze für einen „Leuchtturm“, der Strahlkraft und Magnetwirkung weit über die Region hinaus besitze. Denkbar sei etwa die Schaffung eines Naturerlebnisparks. In Erwägung gezogen werden müsse ein Vorhaben, das in die Region passt, auf alle Fälle jedoch ein „Großprojekt“.

Auch in der Politik müsse ein Umdenken stattfinden, forderte Beer. Die Tourismusförderung sei in Bayern im Vergleich zu anderen Ländern zu gering. Nicht nur in den Gemeinden, „auch in der großen Politik“ müsse der Fremdenverkehr den Stellenwert bekommen, den er verdient. **DK**

Hochwasserschutz an der Loisach

Der Hochwasserschutz an der Loisach macht große Fortschritte. Davon überzeugten sich Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard zusammen mit der Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Renate Dodell sowie den Bürgermeistern von Oberau, Eschenlohe, Ohlstadt, Großweil und Schlehdorf bei einer Loisachbereisung mit Fachexperten. Nach den Worten Bernhards soll der Hochwasserschutz am Gießenbach noch im Herbst weitestgehend fertig gestellt sein. Voll im Plan lägen auch die Bauarbeiten für das hochwassergeschädigte Eschenlohe. **DK**



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 0 27 71 / 32 08-0
Telefax: 0 27 71 / 32 08-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de

Fordern Sie unsere neuen Verkaufunterlagen an!

www.krenzer-sitzmoebel.de

Qualität ab Werk - das KRENZER-Modularsystem

Stühle • Sessel • Sitzgruppen • Hocker • Pulte • Tische

Klärschlamm Entsorgung für Niederbayern:

Innovative Pfade

Gemeinsame Tagung der Regierung von Niederbayern und des Bezirksverbandes des Bayerischen Gemeindetags

Eine gemeinsame Veranstaltung der Regierung von Niederbayern und des Bezirksverbandes des Bayerischen Gemeindetags an der Fachhochschule Landshut behandelte unlängst das Thema „Innovative Wege der Klärschlamm Entsorgung für Niederbayern“. Ausgewiesene Experten beschäftigten sich dabei mit der Situation der Klärschlamm Entsorgung, der Schadstoffproblematik bei der Ausbringung auf Böden, den vielfältigen innovativen Vorbehandlungsmöglichkeiten sowie thermischen Entsorgungsverfahren. Die Veranstaltung lieferte wichtige Informationen und Anregungen für eine weiterführende Diskussion in den Kommunen und Verbänden.

Niederbayerns Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger forderte eingangs innovative Wege wie etwa die Verringerung der Klärschlamm mengen während des Abwasserreinigungsprozesses sowie die Rückgewinnung des Stickstoffs und des Phosphors aus Klärschlämmen. Verschiedene in der Praxis erprobte Verfahren stünden hier zur Verfügung und

müssten umgesetzt werden. Es sei erforderlich, eine interkommunale Zusammenarbeit gerade bei der Klärschlamm Entsorgung anzustreben, um die Kostenbelastung für den Bürger zu minimieren.

Geringeres Restrisiko

Nach den Worten von Josef Steinberger, Bürgermeister der

Gemeinde Reisbach und Vorsitzender Bezirksverband Niederbayern des Bayerischen Gemeindetags, bevorzugt der Verband derzeit die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlämmen. Nach eigener Einschätzung sehe er allerdings die Klärschlammverbrennung als das Verfahren mit dem geringsten Restrisiko an, da die im Klärschlamm enthaltenen organischen Schadstoffe weitestgehend zerstört würden und die Entsorgung der verbleibenden Reststoffe gesichert sei.

Beispiel Straubing

Aufgrund der in den vergangenen Jahren aufgebauten technischen Möglichkeiten sei die Stadt Straubing kurzfristig in

der Lage gewesen, auf die Unsicherheiten bei der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung zu reagieren und eine mittelfristige Entsorgung durch Verbrennung anzustreben, betonte Johann Buchmeier Sachgebietsleiter Entwässerungsbetrieb, Straubing.

Fairer Preis

Neben der sicheren Entsorgung der eigenen Klärschlamm mengen konnte die Stadt Straubing den umliegenden Gemeinden eine Mitbehandlung des dort anfallenden Klärschlamm s anbieten. Aufgrund der rechtlichen Randbedingungen (Genehmigung der Mitbehandlung nach Wasserrecht) und technischen Verhältnisse auf der Großkläranlage (ausreichende Entwässerungskapazität, separate Behandlung des Schlammwassers) konnte somit laut Buchmeier zu einem wirtschaftlich fairen Preis eine Entsorgung für die gesamte Region angeboten werden, die auch das politisch gewünschte Konzept weg von der Landwirtschaft hin zur Verbrennung unterstützt.

Langfristige Alternative

Gerade für Kläranlagen bis 10.000 Einwohnern sei das überörtliche Klärschlamm Entsorgungskonzept, wie es die Stadt Straubing ermöglicht, eine zukunftsorientierte und langfristige Alternative. Das Besondere daran sei, dass durch die Art der Behandlung der Rückbelastung ein Großteil des im Schlamm enthaltenen Wertstoffs, nämlich Stickstoff als Ammoniumsulfat zurückgewonnen werden kann.

THERMO-SYSTEM-Verfahren

Das patentierte THERMO-SYSTEM-Verfahren zur solaren Klärschlamm Trocknung erläuterte Dr. Steffen Ritterbusch, Stuttgart. Ritterbusch zufolge ist die THERMO-SYSTEM Industrie- & Trocknungstechnik GmbH heute Marktführer auf dem Gebiet der solaren Klärschlamm Trocknung. Mit über 70 Anlagen unterschiedlichster Größe wird ein Spektrum von 1.000 bis 300.000 EW abgedeckt. Die Produktpalette reicht von Solartrocknern für Flüssigschlamm mit integriertem Drainageboden über Anlagen für mechanisch vorentwässerten

Schlamm bis hin zu solarergänzten Großanlagen, die neben der Solarenergie auch externe Niedertemperaturwärme nutzen und dadurch einen sehr geringen Flächenbedarf aufweisen.

Das patentierte THERMO-SYSTEM-Verfahren zur solaren Klärschlamm Trocknung zeichnet sich, so Ritterbusch, durch günstige Investitionskosten und äußerst niedrige Betriebskosten aus. Bei der solaren Klärschlamm Trocknung nach dem THERMO-SYSTEM-Verfahren werde der Schlamm in einer gewächshausähnlichen Gebäudehülle auf dem Boden ausgebracht und in Abhängigkeit von Klimabedingungen und Schlammzustand regelmäßig gewendet und belüftet. Für die Überströmung des Schlammes sorgten zahlreiche energieoptimierte Ventilatoren im Deckenbereich. Eine Klimaregelung garantiere einen kontrollierten Luftaustausch mit der Umgebung und stelle jederzeit optimale Trocknungsbedingungen sicher.

Chargenbetrieb

Die solare Klärschlamm Trocknung nach dem THERMO-SYSTEM-Verfahren erfolge üblicherweise im Chargenbetrieb. Dadurch ergäben sich mehrere Vorteile: Einerseits werde eine optimale Trocknungsleistung erreicht, da das Trocknungsklima optimal an den jeweiligen Schlammzustand angepasst werden kann. Zum anderen werde die komplette Trocknungscharge bis zum gewünschten Trockensubstanzgehalt getrocknet und könne anschließend direkt auf einen LKW verladen werden. Zeitliche und witterungsabhängige Schwankungen des TR-Gehalts, wie sie bei kontinuierlichen Verfahren auftreten, gebe es hier nicht. Auf Grund des Chargenbetriebs und der vollautomatischen Trocknung sei der Arbeitszeitbedarf minimal. Die Klimaregelung Sorge darüber hinaus für eine energetisch optimale Nutzung der Aggregate, so dass ein sehr niedriger elektrischer Energiebedarf sichergestellt ist.

Vor der Marktreife

Wie Dipl.-Ing. (FH) Rudolf Bogner von der Hans Huber AG in Berching sowie Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Dr. Mario Mocker und Dr.-Ing. Peter Quicker, ATZ Entwicklungszentrum, Sulzbach-Rosenberg,

erläuterten, bringen das ATZ Entwicklungszentrum und die Hans Huber AG derzeit ein Verfahren zur dezentralen thermischen Verwertung von Klärschlamm unter gleichzeitiger Gewinnung elektrischer Energie zur Marktreife. Kernstück des Verfahrens sei die Kombination der sog. Pebble-Heater-Technologie mit einer Mikrogastrurbine. Der im Pebble-Heater, einem Schütttschichtregenerator, zurück gehaltene Staub werde nicht in die Turbine ausgebracht, sondern verbleibe zunächst in der Schüttung. Für die Installation eines aufwändigen Heißgasfiltersystems bestehe aus jetziger Sicht keine Notwendigkeit. Für die Erstanlage sei eine elektrische Leistung von 100 kW vorgesehen. Die Installation einer derartigen Anlage biete den Klärwerksbetreibern Unabhängigkeit vom Entsorgungsmarkt und langfristige Kostensicherheit.

Verwertung in Kraftwerken

Mit der „Energetischen Verwertung von Klärschlämmen in Kraftwerken“ befasste sich schließlich Anton Barstorfer, Fa. EON AG, Hannover. Seiner Ansicht nach stelle die Klärschlammverbrennung ein praxiserprobtes Verfahren mit ganzjährig höchster Entsorgungssicherheit dar. Kapazitäten für die Mitverbrennung stünden ausreichend zur Verfügung, durch Schadstoffzerstörung bzw. -entfrachtung und stofflicher Verwertung der Aschen und Energienutzung sei die Mitverbrennung ökologisch verträglich. Zudem seien keine technischen bzw. wirtschaftlichen Risiken für KA-Betreiber zu befürchten; auch handle es sich bei diesem Vorgang um das preiswerteste thermische Entsorgungsverfahren. **DK**

Fitte Salzach

Die Salzachufer in Laufen werden noch dieses Jahr für die nächste Schneeschmelze fit gemacht. Dies erklärte Bayerns Umwelt-Staatssekretär Otmar Bernhard in München. Die Sanierung der Unteren Salzach ist ein länderübergreifendes Projekt mit Österreich. Bayern geht mit dem neuen Teilabschnitt der etwa 450.000 Euro teuren Maßnahme am Ortsausgang von Laufen in Vorleistung. In der ersten Bauphase werden lokale Sicherungsmaßnahmen für Laufen ergriffen. **□**

Tandler.com GmbH:

Informationstechnologie im Dienste der Umwelt

Gewässerschutz, eines der wichtigsten umweltpolitischen Themen der Gegenwart, fordert den Bürger, den Siedlungswasserwirtschaftler, den Politiker. Denn allein durch zukunftsweisende Maßnahmen und gezieltes Engagement kann es gelingen, die Gewässer auch zukünftig als lebensnotwendige Ressource zu sichern.

Zunehmend starke und unregelmäßig auftretende Niederschläge bedingen einen unvermeidlichen Anstieg der Anforderungen an die städtischen Entwässerungssysteme. Die niederschlagsbedingten, diskontinuierlichen Einleitungen aus den Kanalnetzen machen etwa 50% der Gesamtmission aus Abwasserentsorgungssystemen aus - einen erheblichen Anteil also. Es ist daher unerlässlich, Schmutzfrachtausträge und Überflutungen zunehmend präziser abschätzen zu können - eine gezielte Abflusssteuerung sowie die Reduktion dieser Entlastungsfrachten bedeuten ergo Schadensvermeidung bzw. Schadensbegrenzung. Dadurch, dass sowohl die Belastung der Vorfluter durch entwässerungsbedingte Verschmutzungen als auch die Überflutung von Kellern, Verkehrswegen und Unterführungen kalkulierbar und damit vermeidbar werden, kann ein nachhaltiger Beitrag zur Gesundheit von Mensch und Natur geleistet werden.

Defizite

Allerdings: Eine generelle Kontrolle sowie eine Überprüfung der zumeist durch Grobnetze simulierten Abschlüsse sind bislang nur eingeschränkt möglich, denn der rechnerische Nachweis der oben genannten Entlastungsfrachten erfolgt im Allgemeinen über Langzeitbetrachtungen mit vereinfachten Modellansätzen. Eine auf hydrodynamischen Ansätzen basierende Simulation mit dem kompletten Kanalnetzmodell ist wiederum aufgrund der hohen Rechenzeiten für Langzeitbetrachtungen nicht praktikabel. Der messtechnische Nachweis für Entlastungsabflüsse wird aufgrund der einschränkenden Randbedingungen an den Entlastungsbauwerken in der Regel gar nicht erst realisiert.

Im niederbayerischen Buch am Erlbach wird derzeit an der Beseitigung der oben erläuterten Defizite im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geforscht. Ein Team aus Mathematikern, Informatikern und Ingenieuren der Firma tandler.com arbeitet zusammen mit der Universität München, der Fachhoch-

schule Konstanz und zur Verifikation herbeigezogene Ingenieurbüros an dem Verbundprojekt. Es ist Baustein der vollständigen und ordnungsgemäßen Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien mit dem Ziel, eine Wasserqualität zu erreichen, von der keinerlei Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen und die eine langfristige Wasserentnahme gewährleistet.

Nach jahrelanger Pionierarbeit auf dem Gebiet der Multiprozessortechnologien wird nun durch den Einsatz des von dem mittelständischen Unternehmen entwickelten, innovativen „Komplexen Parallelschrittverfahrens“ die Grundlage für die kontinuierliche, wirklichkeitsnahe Simulation rückflussbehafteter, vermaschter und auch gesteuerter Systeme geschaffen.

Durch den gezielten Einsatz von Armaturen können Schmutzfrachtausträge nachhaltig beeinflusst werden. Da das Programm auch Modifizierungen des Kanalnetzes, wie etwa den Einsatz von Steuerelementen wie Abflussbeschleunigern oder -bremsen, erlaubt, ist es in Konsequenz möglich, eine volle Ausnutzung der Kanalspeichervolumina zu realisieren oder Ablagerungen zu entfernen bzw. zu vermeiden. Daten aus langjährigen lokalen Niederschlagsauswertungen decken zudem Schwachstellen bestehender und neu zu planender Kanalsystems auf. Dieses neuartige Verfahren macht es möglich, individuell zuverlässige Simulationsergebnisse für Einzelereignisse zu berechnen, wodurch der Planungsprozess nachhaltig optimiert werden kann.

In Kooperation mit der Fachhochschule Konstanz und der Technischen Universität München wurden die Modelle zunächst im Labor auf ihre Gültigkeit untersucht. Den Nachweis der Praxistauglichkeit des weiterentwickelten Parallelschrittverfahrens liefert eine Kontinuumsimulation des Kanalnetzes der Stadt Landshut: Die Berechnungsergebnisse weisen eine beeindruckende Nähe zu den realen Verhältnissen auf. Weitere Optimierungsberechnungen am Beispiel des Einzugsgebietes Bochum-Schattbach zeigen, dass

der Einsatz von innovativen aber kostengünstigen Steuerungselementen Überstauungen entgegenwirkt und eine beträchtliche Reduktion der Emissionsmengen erreicht, ohne den Entwässerungskomfort und die Sicherheit des Kanalnetzes zu beeinträchtigen.

Höhere Funktionalität

Die Simulationen mithilfe des neuen Systems verknüpfen die unterschiedlichen Aspekte der Kanalbewirtschaftung: Steuerung, Kanalreinigung, Nutzung vorhandener Retentionsräume sowie Regenwasserbehandlung miteinander. Die erreichten Beschleunigungen oder Verzögerungen von Abflüssen können die Funktionalität erheblich erhöhen und zu einem ökologisch und ökonomisch optimierten Betrieb von Kanalnetzen in städtischen Einzugsgebieten führen. Der Staatshaushalt profitiert durch genauere Planungs- und Simulationmöglichkeiten im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft von möglichen Einsparungen in Millionenhöhe. **□**

LEW
Lechwerke

Gutes Gefühl.

Energie, auf die Sie vertrauen können.

Mit den Lechwerken sind Sie immer auf der sicheren Seite. Wir tragen Verantwortung für die Energieversorgung Ihrer Familie. Tag und Nacht und überall, wo Sie und wir zu Hause sind. www.lew.de

RWE Group

Miltenberg und Würth am Untermain:

Vorbild für Kombination von Schutzelementen

Mit intelligenten Lösungen Hochwasserschutz verbessern und Stadtbild erhalten
Ungarische Delegation vertieft Zusammenarbeit mit Freistaat

Rund 450 Millionen Euro stellt der Freistaat von 2006 bis 2008 für den Hochwasserschutz zur Verfügung. Derzeit laufen bayernweit rund 400 Projekte. „Hochwasserschutzkonzepte gibt es nicht „von der Stange“, sondern nur maßgeschneidert“, sagte der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle. Als Musterbeispiele für intelligente Lösungen gelten die Städte Miltenberg und Würth am Untermain.

Gerade die Kombination aus einem fest gebauten Grundschutz und mobilen Elementen gilt dort als vorzüglich gelöst. Besonderer Vorteil: das historische Stadtbild wird so wenig wie möglich durch feste Hochwasserschutzmauern beeinträchtigt.

Mobile Elemente

Erst bei starkem Hochwasser kommen die mobilen Elemente zum Einsatz. Rasch aufgebaut, schützen sie dann auch vor starken Fluten. So bleibt vor allem

die wichtige Mainbrücke in Miltenberg auch bei Hochwasser passierbar. Von diesem Konzept überzeugte sich heute eine ungarische Delegation von Fachleuten und vertiefte damit die Zusammenarbeit mit dem Freistaat. Die Fachleute des LfU und der Wasserwirtschaft unterstützen mit ihrem Knowhow ein Hochwasserschutzkonzept an der Theiß (Tisza). Denn an Ungarns Hauptfluss haben Rekordhochwasser in den Jahren 1998 bis 2001 und vor allem in diesem Jahr im April zu weiträumigen

Überflutungen und großen Schäden geführt.

Drei Mal „Land unter“

In den 90er Jahren hieß es in Miltenberg bei starken Hochwassern drei Mal „Land unter“. Besonders betroffen war die historische Altstadt, Anziehungspunkt von jährlich etwa 100.000 Touristen. Denkmalschutz und die besondere Lage spielten deshalb beim Hochwasserschutzkonzept eine wichtige Rolle. Das maßgeschneiderte Schutzkonzept setzt auf ein kombiniertes System: Eine Stahlbetonmauer bietet den Grundschutz. Sie ist mit dem ortsüblichen Buntsandstein verkleidet und passt sich gut in das Stadtbild ein. Durchgänge und Zufahrten bleiben frei und können bei Hochwasser mit mobilen Elementen aus Damm-balken gesichert werden.

Lange Vorwarnzeit

Auf den Grundschutz setzt bei starkem Hochwasser der mobile Schutz auf: die Mobilteile aus Stahl und Aluminium können bei Gefahr rechtzeitig auf die feste Schutzwand montiert werden. Rund zwölf Millionen Euro wurden bisher in den Hochwasserschutz von Miltenberg investiert, acht Millionen hat der

Büchergeld in der Praxis:

Landrätin Pauli zeigt Verständnis für Ärger und Sorgen der Eltern

Für neunte Klassen können Bücher nicht nachbestellt werden
In vier Jahren werden zwei Abiturjahrgänge auf einmal fertig

Das im Schuljahr 2005/2006 vom Freistaat Bayern eingeführte Büchergeld sorgt sowohl beim Landkreis Fürth als auch bei den Eltern der Landkreisschulen für Verärgerung. „Zur Zeit erhalten wir verstärkt Anrufe von Erziehungsberechtigten, die sich über das Büchergeld beschweren. Zum einen gibt es Proteste gegen die zu zahlenden Gebühren selbst, zum anderen sorgt das Büchergeld aber vor allem in den neunten Klassen der Gymnasien für Verunsicherung“, erläutert Landrätin Dr. Gabriele Pauli.

So stünden viele Neuntklässler derzeit vor dem Problem, dass sie teilweise gar keine Bücher mehr für einzelne Fächer hätten: Durch die Einführung des verkürzten Gymnasiums G8 wurden neue Lernmittel eingeführt. Für Schüler im auslaufenden G9 gibt es dagegen keine neuen Bücher. Die alten Bücher würden wiederum nicht mehr gedruckt und so sei eine Nachbeschaffung ebenfalls nicht mehr möglich. „So bleibt nur die Alternative, Kopien vorhandener Bücher anzufertigen. Die Eltern müssen aber für diese Kopien in der Regel bezahlen, da das Büchergeld nur zweckgebunden für den Ankauf von Büchern ausgegeben werden darf. Dieser Zustand ist völlig inakzeptabel und bedarf dringend einer Lösung“, so Dr. Gabriele Pauli, die den Ärger der Eltern verstehen kann. Ihre Forderung: „Für Schüler, die noch nach dem alten Schulsystem unterrichtet werden, sollte der Staat das Büchergeld übernehmen. Das wäre eine faire Lösung.“

Briefe an das Kultusministerium

Wie sie betont, hat der Landkreis das Büchergeld aber nicht zu verantworten. Die Gebühr für Lernmittel geht auf den Freistaat zurück. Die Landrätin hatte im

Freistaat getragen. Ein Konzept, das sich bereits beim Januarhochwasser 2003 erstmals bewährt hat. Die maßgeschneiderten Lösungen für Miltenberg und für die benachbarte Stadt Würth am Main sind möglich, weil sich dort die Hochwasser frühzeitig ankündigen und eine ausreichend lange Vorwarnzeit haben.

Partnerschaft mit Ungarn

Die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Ungarn in Sachen Hochwasserschutz hat Tradition: Vor drei Jahren hatte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf eine Hochwasserschutz-Partnerschaft Bayerns mit Ungarn vereinbart. Sie ist ein Teil des seit 1991 bestehenden bayerisch-ungarischen Kooperationsabkommens staatlicher Wasserexperten.

Die Besichtigung am Main vertiefte den Erfahrungsaustausch im technischen Hochwasserschutz. Wasserfachleute des bayerischen Umweltministeriums, des LfU, der Regierung von Unterfranken und des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg nahmen daran teil. Die ungarische Delegation wurde von Miklos Varga, dem stellvertretenden Umweltstaatssekretär, angeführt. Das EU-Beitrittsland Ungarn wurde in den letzten Jahren mehrfach von Flutkatastrophen heimgesucht. Verheerende Überschwemmungen traten vor allem im April 2000 und im April dieses Jahres an der Theiß auf. Die Theiß ist mit fast 600 Kilometer Länge Ungarns bedeutendster Fluss, der in Serbien in die Donau mündet. Bayern hatte die Einsatzkräfte in einer Sofortaktion mit Sandsäcken unterstützt. □



Hochkarätige Gäste auf der UFRA: Die Bundesminister Michael Glos und Horst Seehofer trafen sich mit Landrat Harald Leitner am Stand des Landkreises Schweinfurt. □

Gelungener Landkreis-Auftritt

Werbung für die Region und die eigenen Produkte

Sehr zufrieden mit dem Verlauf der diesjährigen ufra in Schweinfurt waren auch alle Beteiligten beim Messe-Auftritt des Landkreises Schweinfurt. Tourismus Service Zentrum Schweinfurter Land, Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Gemeinden und Gemeindeallianzen, Direkterzeuger, Winzer, Kommunale Jugendarbeit, Gleichstellungsstelle, Abfallwirtschaft und Umweltamt sorgten für ein abwechslungsreiches und informatives Programm in Halle 1, wo auch die Show- und Medienbühne der FH beheimatet war.

Der Schweinfurter Volksfestplatz hatte sich in eine Erlebnismeile für Groß und Klein verwandelt. Dabei präsentierten sich im Rahmen des Landkreisauftrittes 26 Gemeinden mit erlesenen Weinen und köstlichen regionalen Produkten aus Küche, Hof und Keller, aber auch mit vielen Informationen über das Schweinfurter Land. Tatkräftige Unterstützung gab's vom Team des Landratsamtes um Konrad Bonengel (Leiter der Kreisentwicklung), Tourismusreferentin Tanja Dannhäuser und Wirtschaftsreferent Walter Roth, die Radwanderkarten, Reiseführer, Imagekarte und jede Menge Wissenswertes über die Region im Gepäck hatten. Neben Gastronomen, Unterkunftsbetrieben und Direktvermarkter waren auch Gästeführer und Vertreter von Museen vor Ort.

Gemeindeallianzen

Die vier Gemeindeallianzen der Region - Allianz Oberes Wermtal, Schweinfurter Oberland, Schweinfurter Mainbogen und Region Main-Steigerwald -, die Gemeinden, Winzer und Direktvermarkter warben für das vielfältige Angebot der Urlaubsregion Schweinfurt und seine Produkte.

mehr zu erheben, können aber leider nicht erfüllt werden.

Wie die Landrätin betont, komme der Landkreis nicht umhin, das Büchergeld zu verlangen. Eine Befreiung sei nicht möglich. „Das bayerische Innenministerium hat uns dies ausdrücklich untersagt, wir haben leider keinen Spielraum.“

Nachteile für G9

Von Eltern der Landkreisschulen wurde die Landrätin mit einem weiteren Problem beim G8 konfrontiert: In vier Jahren werden gleich zwei Abiturjahrgänge bayernweit auf einmal mit dem Gymnasium fertig: Zum einen die Schüler des ein Jahr kürzeren G8, zum anderen aber auch die Abiturienten, die sich jetzt in der neunten Klasse des auslaufenden neunjährigen Gymnasiums befinden. „Damit müssen die Arbeitsmärkte, aber auch die Universitäten in vier Jahren doppelt so viele Abiturienten verkraften. Die G9-Eltern befürchten, dass ihre Kinder gegenüber dem gleichzeitigen G8-Entlass-Jahrgang im Nachteil sind, weil letztere neben den besseren Unterrichtsmaterialien auch den besseren Unterricht haben“, so die Landrätin. □

Dabei zeigte sich einmal mehr: Im unkomplizierten Kontakt liegen die Chancen und Stärken des Landkreises, der Winzer und des hiesigen Mittelstandes.

Die Messe bot den idealen Rahmen für Gespräche, Brauchturnpflege und Geselligkeit sowie gleichzeitig beste Möglichkeiten, geschäftliche Kontakte zu initiieren oder zu pflegen. Spezielle Aktionstage zu den Themen Öffentlicher Personen-Nahverkehr, Energieagentur Schweinfurter Land, Rollende Spielkiste der Kommunalen Jugendarbeit, Gleichstellungsstelle und zum Thema „Ökologie und Soziales“ waren weitere Schwerpunkte.

Abfall und Recycling

Neben dem gelungenen Messeauftritt in Halle 1 war der Landkreis auch in Halle 19 vertreten: Hier informierte die Abfallwirtschaft/Abfallberatung des Landratsamtes gemeinsam mit den Abfallberatungen der Stadt Schweinfurt und des Landkreises Bad Kissingen über Rohstoffe, Recycling und Entsorgung. Daneben zeigte eine Sonderausstellung Vergänglichkeit und Verfall einer intakten Umwelt auf. □

Mitmachen, gewinnen und die Zukunft gestalten

Miller startet

Allgäuer Ideenwettbewerb

Zur Stärkung und weiteren Entwicklung des Allgäus haben die Aktionsgruppen der vier Allgäuer Landkreise und die Allgäu Initiative den Wettbewerb „Neue Ideen fürs Allgäu“ ausgeschrieben. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller beim Startschuss des LEADER-Plus-Projekts in Kempten sagte, sollen damit neue Möglichkeiten gefunden werden, die Wettbewerbskraft und Lebensqualität der ländlich geprägten Region zu erhöhen. Für die Teilnehmer lohnt es sich laut Miller mitzumachen: Die Sieger erhalten über Sponsoren Geldpreise, jedes Projekt wird öffentlich vorgestellt und ausgezeichnete Ideen erhalten eine weitergehende Betreuung, bis sie umsetzungsreif sind.

Nach Ansicht des Ministers bietet das EU-Programm ergänzend zu den bayerischen Maßnahmen der Dorferneuerung und Flurneuordnung einen hervorragenden Ansatzpunkt, neue Wege zu beschreiben und über innovative Ideen vorhandene Stärken sowie Chancen der ländlichen Räume zu nutzen. □



Unser Bild zeigt Friedrich Loscher-Frühwald umrahmt von seiner Frau Renate und Hans Herold, MdL. Bild: pmw

Friedrich Loscher-Frühwald feierte seinen 65.:

Kommunal- und Landespolitik sinnvoll verbunden

Baudenbach (pmw). Die sinnvolle Verbindung der Kommunalmit der Landespolitik verkörpert beispielhaft Friedrich Loscher-Frühwald, der kürzlich das 65. Lebensjahr vollenden konnte. 30 Jahre lang war er Mitglied im Marktgemeinderat seiner Heimatgemeinde Baudenbach und seit 1978 ist er Mitglied des Kreistages im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim.

Und weil er mehr als zwanzig Jahre auch Mitglied des Bayerischen Landtags war, befand sich CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann unter den ersten Gratulanten: „Als langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Bayerischen Landtags warst Du immer ein ebenso sachkundiger wie zuverlässiger Vertreter der Belange der Landwirtschaft“, so Herrmann, auch Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Mittelfranken. In dieser Eigenschaft sei sein Handeln stets an dem Ziel ausgerichtet gewesen, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen mit den Interessen des bäuerlichen Berufsstandes in Einklang zu bringen.

Bodenhaftung bewahrt

CSU-Kreisvorsitzender Hans Herold, Loscher-Frühwalds Nachfolger im Bayerischen Landtag und 1. Bürgermeister in Ipsheim, stellte bei seiner Gratulation besonders die Bodenhaftung des Jubilars heraus: „Du bist immer einer von uns geliebt, warst und bist stets für die Menschen deiner Heimat da, und du hast Wesentliches zur politischen Ge-

staltung des Lebensraumes beigetragen“. Natürlich gratulierten neben vielen anderen auch der heimische Wahlkreisabgeordnete im Deutschen Bundestag, Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt und dessen Vorgänger, Bundesminister a.D. Dr. Werner Dollinger. Beide haben sich ihre politischen Sporen ebenfalls in der Kommunalpolitik verdient.

Es gibt noch vieles zu tun

In den wirklichen Ruhestand ist der Jubilar nicht getreten: Neben seinen vielfältigen Aufgaben als Stellvertreter des Landrats ist Friedrich Loscher-Frühwald seit einem guten Jahr auch Präsident des Fischereiverbandes in Mittelfranken. Auch den Bauernhof betreibt er noch heute und er kümmert sich mit großer Freude inzwischen gemeinsam mit seiner Familie um die Enkelkinder. Sein verlässliches Handeln mit klarer Ausrichtung auf das Gemeinwohl wurde nicht nur mit Bundes- und Landesauszeichnungen gewürdigt, sondern auch mit der Kommunalen Verdienstmedaille, dem Kreisehrenzeichen in Gold und der Ehrenbürgerwürde in Baudenbach. □



Beim Unterzeichnen der Stiftungsurkunde: In der vorderen Reihe von links Stiftungsvorsitzender Landrat Reinhard Leutner und Geschäftsführer Erhard Schlottermüller, dahinter Stiftungsvorsitzender Notar Dr. Johannes Schmidlein, Robert Gack, Gertrud Moll-Möhrstedt und Dr. Hartmut Trier.

Landkreis Lichtenfels:

Bürgerstiftung für Jugend und Familie gegründet

„Die Stiftung wird Gutes tun, und sie wird dringend gebraucht.“ Mit diesen Worten brachte Landrat Reinhard Leutner auf den Punkt, dass mit der Gründung der „Bürgerstiftung für Jugend und Familie im Landkreis Lichtenfels“ ein wegweisendes Projekt aus der Taufe gehoben werden konnte. 13 Persönlichkeiten aus dem oberfränkischen Landkreis Lichtenfels legten im ersten Schritt mit einem Kapital von rund 150.000 Euro einen beachtlichen Grundstock.

Der Handlungsspielraum der öffentlichen Institutionen sei eingeschränkt, analysierte der Landrat bei der Gründungsversammlung am 25. September 2006 im Landratsamt Lichtenfels. Deshalb sei gerade in wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. So sei es sehr erfreulich, dass sich in dieser Stiftung Bürger des Landkreises Lichtenfels zusammen fänden, die sich mit Freude am Gemeinsinn zur Förderung von Jugend und Familie in ihrer Heimatregion einbringen wollten.

Die Bürgerstiftung sei offen für alle, die mit kleinen oder größeren Beträgen im Sinne des Stiftungszwecks helfen und dabei den rechtlichen und verwaltungsmäßigen Aufwand einer eigenen Stiftung vermeiden wollten, so Reinhard Leutner. So könne man sowohl spenden für sofortige Projekt- und Förderarbeit wie auch „zustiften“ zum Kapitalstock, der dauerhaft erhalten bleiben müsse und laufende Erträge für die Stiftungszwecke sichere. Auch testamentarische Verfügungen seien möglich.

Attraktive steuerliche Regelungen flankierten die guten Ta-

ten, erläuterte der stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates, Steuerberater WP Robert Gack. So könnten neben den fünf Prozent des Gesamtbeitrags des Jahreseinkünfte (bei Selbständigen wahlweise zwei Prozent des Umsatzes) zusätzlich 20 450 Euro pro Jahr und in den ersten zwölf Monaten nach Gründung sogar bis zu 307 000 Euro Zuwendungen steuerlich als Sonderausgaben - hier frei verteilbar auf bis zu zehn Jahre - geltend gemacht werden.

Unterstützung nach Kräften

Die Gründer wählten zu ihrem Stiftungsvorstand einstimmig Landrat Reinhard Leutner. Geschäftsführer wurde mit Erhard Schlottermüller, Sparkasse Coburg - Lichtenfels, einer der Mitinitiatoren. Dem Stiftungsrat steht Notar Dr. Johannes Schmidlein vor, neben seinem Stellvertreter Robert Gack gehören diesem Entscheidungsgremium mit Christine Leikeim, Gertrud Moll-Möhrstedt und Dr. Hartmut Trier drei Unternehmerpersönlichkeiten aus dem Landkreis Lichtenfels an.

Abschließend appellierte der Landratschef an mögliche Spender, die Stiftung nach Kräften zu unterstützen.



Landkreis Augsburg:

Strehle gratulierte Fritz Hölzl zum 65. Geburtstag

Der Stellvertreter des Landrats und Landtagsabgeordnete Max Strehle (2. v. r.) sowie die Fraktionen des Kreistages gratulierten dem Vizelandrat Fritz Hölzl (Bildmitte) zum 65. Geburtstag. Strehle würdigte Hölzl, der auch Vorsitzender mehrerer Kreistagsgenerationen ist, als Brückenbauer zwischen den Parteien und Generationen. Der Jubilar ist der Kultur- und Heimatpflege sehr verbunden: „Mir ist es ein besonderes Anliegen den Bürgerinnen und Bürgern die Wertigkeit von Heimat zu vermitteln. Dies ist für mich eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunalpolitik“, so Hölzl.

Metropolregion Nürnberg:

Erstmals bei den Open Days in Brüssel

Vom 9. bis zum 12. Oktober fanden in Brüssel die „Open Days - Europäische Woche der Regionen und Städte“ statt. Erstmals war die Metropolregion Nürnberg bei dieser alljährlich größten Veranstaltung zur Regionalpolitik der EU mit dabei. Eine mehrköpfige Delegation aus der Metropolregion mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Landrätin Dr. Gabriele Pauli präsentierten in einem Workshop sowie mit einem Stand am extra eingerichteten „Investor's Café“ der Open Days die neue Metropolregion.

Die Open Days umrahmten die Sitzungen des Ausschusses der Regionen, die vom 10. bis 12.10. stattfanden. Der Ausschuss der Regionen ist eine politische Versammlung, die die Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Konzipierung neuer EU-Vorschriften vertritt. Dr. Ulrich Maly ist Vertreter des deutschen Städtetages im Ausschuss der Regionen.

3000 Entscheidungsträger

Bei den Open Days trafen sich drei Tage lang rund 3000 Entscheidungsträger und Akteure aus Politik, Wirtschaft und dem Finanzbereich sowie Vertreter europäischer Einrichtungen, um die aktuellen Themen der europäischen Regionalpolitik sowie beispielhafte Projekte aus den Regionen und neue Förderprogramme zu diskutieren.

130 Regionen und Städte aus ganz Europa und 110 Workshops weist die stolze Bilanz der Open Days für 2006 aus. Dieses Jahr stand die Veranstaltung unter dem Motto „In die europäischen Regionen und Städte investieren.“

In einem gut besuchten Workshop referierte die Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, Christa Ständecker gemeinsam mit den Referenten aus Glasgow, Athen, Rhein-Neckar und Rhein-Main zum Thema „Le-

bensqualität und Wettbewerbsfähigkeit“. Dabei gehört die Lebensqualität zu den Kernkompetenzen der hiesigen Metropolregion. Ein reiches kulturelles Erbe, die polyzentrale Struktur der Region und eine starke Wirtschaft- und Innovationskraft sind dafür Garanten.

Für Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg ist klar: „Wir haben eine hohe Lebensqualität und müssen sie nicht erst durch Projekte verbessern. Ob Sie an die Wagner-Festspiele in Bayreuth, unsere Weltkulturerbestätten mit der Würzburger Residenz, dem Limes im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen oder die Bamberger Altstadt denken - sie sind Beispiele für die weltweite Ausstrahlung unserer Region. Deshalb ist die Kommunikation der Lebensqualität als Teil der internationalen Marke Metropolregion Nürnberg eine wichtige Aufgabe. Europa ist eine zentrale Plattform für unsere Metropolregion und die Woche der Städte und Regionen eine gute Gelegenheit, um neue Kontakte zu knüpfen und Projekte zu entwickeln.“

Landrätin Dr. Pauli ist sich sicher: „Die Zukunft der ländlichen Räume liegt in der engen Zusammenarbeit in der Metropolregion. Erst mit der Metropolregion Nürnberg macht auch für unsere Landkreise ein Auftritt in Brüssel Sinn.“

Regionaltage des Landkreises Regensburg:

Burgensteige und Obsterlebnisweg

Zum vierten Mal fanden heuer die landkreisweiten Regionaltage statt. In über 50 Veranstaltungen und Aktionen präsentierte sich eine Woche lang ein vielfältiger Landkreis Regensburg mit seinen kulturellen Besonderheiten, den für die Region typischen Produkten und seinen interessanten und innovativen Betrieben und Firmen.

Mit der Stärkung des Landkreisesbewusstseins verband Landrat Herbert Mirbeth auch die Chance, bei dieser landkreisweiten Aktionswoche regionale Wirtschaftskreisläufe stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

Bei den diesjährigen Regionaltagen stellte der Landkreis sein neues Wanderkonzept der „Burgensteige“ vor, das einige der über 70 Burgen und Burgruinen des Kulturrums zu einem attraktiven Wanderweg verbindet. Rund 330.000 Menschen, besonders auch junge Familien, leben und arbeiten im Raum Regensburg. Ihnen will der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Mirbeth zufolge attraktive Erholungsmöglichkeiten bieten. Dies gilt auch für den „Obsterlebnisweg“, der zusammen mit der Stadt Hemau, dem Markt Beratzhausen und dem Markt Kallmünz konzipiert wurde und neben interessanten Informationen zu heimischen Obstsorten eine neue Wanderroute zwischen den beiden reizvollen Tälern der Laber und der Naab schafft.

Wie viele schöne Gegenden es im Landkreis gibt, darauf muss oft erst aufmerksam gemacht werden. Die „JuraWegWeiser“, geprüfte Natur- und Landschaftsführer, übernahmen diese Aufgabe gern und zeigten den Weg im Rahmen attraktiver und unterhalt-

samer Wanderungen und Führungen. Während der Regionaltage wurde in zahlreichen Gaststätten die Möglichkeit offeriert, auf einer speziellen Speisekarte regionale Produkte serviert zu bekommen. „Regional genießen“ nennt sich diese vom Landkreis initiierte Aktion mit einer Auswahl heimischer Schmankerl. Die Bauernmärkte der Region richteten für Ihre Kunden festliche Tafeln an und luden nicht nur zum Kaufen, sondern auch zum Verkosten heimischer Produkte und Gerichte ein. Beim Regionalmarkt in Wörth a. d. Donau kochte sogar Bürgermeister Anton Rothfischer selbst.

Die Leistungsfähigkeit und Vielfalt heimischer Firmen und Betriebe präsentierten die Regionaltage beispielhaft im Gewerbegebiet des Marktes Schierling beim Tag der offenen Betriebe. An diesem Tag konnte man hinter die Kulissen blicken und auch das Entstehen eines Produktes verfolgen, z.B. bei einer Fahnenstickerei oder einem Getränkehersteller. Das Holzforum Regensburger Land warb für „Massivholz aus der Region - wie es wächst, wie es verarbeitet wird und was man draus machen kann“ mit zwei Exkursionen. Denn, so ist sich Landratschef Mirbeth sicher, „vom heimischen Baustoff Holz kann am besten das gute Beispiel überzeugen.“ DK



Von links: Konrad Habberger, Projektleiter „InnBrücke21“, Landrat Hanns Dorfner, Helga Grömer, Leiterin der Landvolkshochschule Niederaltaich sowie Andreas Sperling, Agenda 21-Koordinator des Landkreises Passau.

Grenzübergreifendes Projekt „InnBrücke 21“:

Erste UNESCO-Auszeichnung im Landkreis Passau

Große Freude herrscht bei den Projektträgern des grenzübergreifenden Projektes „InnBrücke 21“. Die Deutsche Kommission der UNESCO, des Kultur- und Bildungsprogramms der Vereinten Nationen, hat nämlich entschieden, dem grenzübergreifenden Agenda-21-Projekt „InnBrücke21“ das Prädikat eines offiziellen UNESCO-Projekts der Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ zuzuerkennen.

Das gemeinsame Projekt „InnBrücke21“ der Landvolkshochschule Niederaltaich mit den Landkreisen Passau, Deggendorf und Altötting und mit österreichischen Partnern ist bisher das einzige Projekt im Landkreis Passau, das sich nun buchstäblich mit der UNESCO-Fahne schmücken kann. Damit wurde kein tatsächlicher, sondern ein geistiger Brückenbau über die Grenze des Inns hinweg ausgezeichnet.

Fahne der Nachhaltigkeit

Zusammen mit Helga Grömer, der Leiterin der Landvolkshochschule Niederaltaich und dem Projektleiter Konrad Habberger hisste Passaus Landrat Hanns Dorfner im Beisein des Agenda-21-Koordinators des Landkreises Passau, Andreas Sperling als äußeres Zeichen der Prädikatisierung an ei-

nem der Fahnenmasten vor dem Landratsamt Passau die UNESCO-Fahne der Nachhaltigkeit.

Schöpfung bewahren

Die Vereinten Nationen hatten im vergangenen Jahr dazu aufgerufen, im Zeitraum von 2005 bis 2014 weltweit die Anstrengungen für Nachhaltigkeits-Bildung zu verstärken: In Kindergärten, Schulen und in der Erwachsenenbildung solle das Bewusstsein für die Bewahrung der Schöpfung und für einen zukunftsfähigen Lebensstil geschärft werden. Projekte, die diese Bewusstseinsbildung in besonderem Maße fördern und zur Nachahmung anregen, können den Titel eines „offiziellen Dekade-Projektes“ erlangen. In ganz Deutschland wurden bei der jüngsten Auswahl-Runde 100 Projekte ausgezeichnet, davon 20 in Bayern.

Regionalpartnerschaft Mittelfranken - Haute-Vienne:

Erfolgsmodell feiert 25-jähriges Bestehen

Es war europaweit die erste internationale Verbindung zwischen zwei Regionen: Vor 25 Jahren unterzeichneten die Präsentanten des Bezirks Mittelfranken und des französischen Départements Haute-Vienne einen Partnerschaftsvertrag. Nunmehr wurde das Jubiläum gebührend gefeiert.

Eine 25-köpfige Delegation des Generalrats der französischen Gebietskörperschaft mit Vize-Präsident Bernard Brouille an der Spitze besuchte Mittelfranken. Neben Fürth, Nürnberg, Rothenburg und Ippenheim reisten die französischen

nen ein, ehe er Bernard Brouille ein Gastgeschenk, ein fränkisches Fachwerkhäus aus Keramik, überreichte. Anschließend würdigte dieser die Partnerschaft aus französischer Sicht. Als Höhepunkt und Akt, der die bestehenden guten Verbindungen zwischen beiden Gebietskörperschaften symbolisierte, pflanzten Bartsch und Brouille gemeinsam eine Ess-Kastanie, einen für das Département typischen Baum, auf dem Gelände des Bezirksrathauses.

An dieser Feierstunde nehmen nicht nur Mitglieder des Bezirkstags teil, sondern auch die Bürgermeister und Vorsitzenden der Partnerschaftskomitees der 16 mittelfränkischen Gemeinden, die eine kommunale Partnerschaft mit Orten aus der Haute-Vienne pflegen. Das Département Haute-Vienne bildet zusammen mit den Départements Creuse und Corrèze die Region Limousin. Der Bezirk Mittelfranken unterhält außerdem Partnerschaften mit den beiden Départements Creuse (seit 1989) und Corrèze (seit 1994) und dem Limousin (seit 1995). DK



Richard Bartsch.

Gäste auch nach Ansbach, wo in einer Feierstunde das 25-jährige Partnerschaftsjubiläum entsprechend begangen wurde. Bezirkstagspräsident Richard Bartsch ging in seinem Grußwort auf die Bedeutung der Partnerschaft für beide Regio-



Die Vorsitzenden aller Solidargemeinschaften des Netzwerkes UNSER LAND mit Alois Glück.

Fünf Jahre Netzwerk UNSER LAND

Schirmherr Alois Glück würdigte das Engagement der Aktiven

Das gesamte Netzwerk war nach Fürstfeldbruck gereist, um im Festzelt der FFB-Schau sein fünfjähriges Bestehen zu feiern. Über 250 Menschen freuten sich bei dem Fest über den Erfolg der gemeinsamen Arbeit. Ehrengast war der Schirmherr des Dachvereins UNSER LAND Alois Glück.

„Was mich an UNSER LAND besonders beeindruckt, ist die große Kompetenz verbunden mit einer Werteorientierung!“ Alois Glück, der Präsident des Bayerischen Landtages und Schirmherr des Dachvereins UNSER LAND e.V. hielt eine im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltige Festrede zum fünfjährigen Bestehen des Netzwerkes. „UNSER LAND orientiert sich beispielhaft an den Bedürfnissen der Kunden auf der Basis ökologischer, ökonomischer, ethischer und sozialer Grundlagen.“

Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden

Alois Glück brachte es damit auf den Punkt. Durch diesen Ansatz konnte die ursprüngliche Idee zum Netzwerk führen, dessen erfolgreiche Arbeit sich auf dem Engagement zahlreicher Menschen gründet, die sich für ihre Heimat einsetzen. Im Jahr 2000 gründete sich unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Landtagspräsidenten der Dachverein UNSER LAND e.V., in dem sich neun Solidargemeinschaften aus zehn Landkreisen zusammenschließen. Das Netz umspannt die Regionen rund um München und die Landeshauptstadt sowie den Landkreis München selbst.

Die Vorsitzenden der Solidargemeinschaften nutzten den Anlass, um auch Alois Glück zu danken, der sich als Schirmherr mit großer Konsequenz für das Netzwerk engagiert.

Dankesworte

Elsbeth Seiltz, die 1. Vorsitzende vom Dachverein UNSER LAND e.V. fand treffende Worte dafür: „Wir danken Ihnen, Herr Glück, für Ihren Rat. Auf unserem Weg liegen immer wieder große Steine, die uns behindern. Sie haben uns geholfen, den richtigen Weg zu finden, damit umzugehen.“

Alois Glück zeigte sich berührt von dem Dank des Netzwerkes. Elsbeth Seiltz überreichte ihm im Namen aller ein Kreuz aus Ähren.

Die Anfänge

Mit dem BRUCKER LAND Brot nahm 1994 alles seinen Anfang. Wie kann man Menschen den Wert regionaler Lebensmittelkreisläufe deutlich machen? Diese Frage stellte sich damals eine Gruppe Engagierter aus der Katholischen Erwachsenenbildung. Die Antwort lag auf der Hand. Die umfangreiche Information wurden

durch ‚das tägliche Brot‘ aus der Region ergänzt. Das erste BRUCKER LAND Brot wurde zum Botschafter, zum Träger der Idee, die Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen in der Region zu erhalten. Es gründete sich die Solidargemeinschaft BRUCKER LAND.

Solidargemeinschaften

Inzwischen gibt es neun Solidargemeinschaften im Netzwerk, die alle nach dem Beispiel von BRUCKER LAND aufgebaut sind. Vertreter aus den fünf tragenden Säulen Verbraucher, Handwerk/Handel, Kirche, Umwelt und Landwirtschaft wirken innerhalb der Solidargemeinschaft mit.

Zu den Aufgaben gehört die Erarbeitung der streng überwachten Richtlinien für Erzeugung, Verarbeitung und Handel, die ständige Kommunikation mit den Verbrauchern, Politikern und Entscheidungsträgern zur Bewusstseinsbildung, das Zusammenwirken mit anderen Organisationen und die Unterstützung unterschiedlicher Projekte in den Regionen. Die ehrenamtlich Aktiven nutzen mit ihrem Engagement die Chancen einer aktiven Bürgergesellschaft.

Vielfältige Produktpalette

Unter den jeweiligen Landkreismen bzw. dem UNSER LAND Label umfasst das Sortiment heute weit über 40 Produkte. Dazu zählen Grundnahrungsmittel wie Mehl, Milch, Brot, Eier wie auch andere Produkte, z.B. Wiesenheu, Nagerfutter oder Schafwollerzeugnisse. Die Region hat viel zu bieten. Der Blick von UNSER LAND geht auch in Richtung erneuerbare Energien. Sechs der zehn Landkreise haben auf die Initiative der Solidargemeinschaften hin bereits eine Resolution zur kompletten Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2035 erlassen. Bei der Umsetzung dieses Ziels arbeiten Solidargemeinschaften aktiv mit.

Der Weg in die Zukunft

Das Netzwerk UNSER LAND blickt über den eigenen Tellerrand hinaus. Globalen Entwicklungen kann nicht allein mit einzelnen kleinen regionalen Initiativen entgegen getreten werden. Die Aussaat gentechnisch veränderten Mais ist eines der aktuellsten Beispiele in dieser Hinsicht. Preisdumping, Arbeitsbedingungen und Monopolisierung großer Food-

konzerne gehören ebenfalls dazu. Deshalb engagiert sich das Netzwerk auch in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Initiativen. Dabei geht es um die Bündelung von Kräften, um eine Lobby zu schaffen und größeres politisches Gewicht zu bekommen und den verantwortlichen Politikern Impulse für die Zukunft zu geben. So erarbeitete UNSER LAND gemeinsam mit gut 200 Vertretern von Regionalinitiativen aus ganz Deutschland die ‚Feuchtwanger Charta‘, ein Papier, in dem die gemeinsamen Ideen und Ziele definiert sind und das die Grundlage für eine bundesweite Zusammenarbeit bildet.

Netzwerke

Das Eine-Welt-Netzwerk Bayern rief das Projekt ‚bio-regional-fair‘ ins Leben. Dort treffen sich regelmäßig Bioverbände, Fair-Handels-Gruppen und Regionalinitiativen zur Zusammenarbeit. Auch dabei geht es um das gemeinsame Engagement auf verschiedenen Ebenen wie Verbraucherinformation, Naturschutz, Lobbyarbeit und letztlich um die Verwirklichung der Ziele, die allen gemein sind. Dies sind nur zwei von einigen Beispielen der Zusammenarbeit von UNSER LAND mit anderen Organisationen.

Große Akzeptanz

Insgesamt freut sich das Netzwerk UNSER LAND über die große Akzeptanz der Verbraucher. Dabei ist das ehrenamtliche Engagement zur Bewusstseinsbildung, die durchschaubaren Strukturen und die öffentliche Positionierung in politischen Fragen das Geheimnis des Erfolges. Die Menschen möchten wissen, wer ihre Nahrungsmittel erzeugt, verarbeitet und verkauft. Sie möchten wissen, unter welchen Voraussetzungen dies geschieht. Sie hinterfragen Organisationen wie UNSER LAND und die damit verbundene Philosophie. Ehrlichkeit und Transparenz sind deshalb die Grundvoraussetzungen, mit denen UNSER LAND auch den weiteren Weg beschreiten wird.

Philosophie

Die nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien erzeugten Lebensmittel hatten von Beginn an den Auftrag, die UNSER LAND-Idee auf den Tisch, in die Köpfe und in die Herzen der Menschen zu transportieren, die in der Region leben. Fünf Jahre UNSER LAND steht für den Erfolg dieser Arbeit und die Bereitschaft der Verbraucher, sich mit den Belangen ihrer Heimat auseinanderzusetzen. □

Bad Reichenhall:

Der Wandel schreitet voran

Neue Spitze beim Kurverein

Den katastrophalen Einbrüchen der Übernachtungszahlen auf das Niveau von 1957 in den letzten 16 Jahren folgte ein Wandel des Staatsbades hin zu einer Privatisierung und der Gründung der BGL-Tourismus. Damit musste die Stadt auch ihre eigene touristische Werbung in Form von Prospekten, Messebesuchen und einer umfangreichen Administration aufgeben. In guten Jahren standen dafür zwei Millionen Euro zur Verfügung, und mit der Vermarktung war der Kur- und Verkehrsverein betraut. Nach der Übertragung seiner ursprünglichen Aufgaben an die BGL mangelt es dem Verein mit 468 Mitgliedern heute an einer Zweckfindung.

So stand die Jahresversammlung im Gasthof Bürgerbräu ganz im Zeichen dieses Wandels. Der seit 1994 amtierende Vorsitzende Gerhard Fuchs wollte unter diesen Vorzeichen nicht zu einer Wiederwahl antreten und so rangen Gerhard Landvogt vom Kurhotel Alpina und Wolfgang Wehmeyer vom Hotel Trautfeldmühle um den neuen Vorsitz. Angeheizt war die Stimmung der 100 Mitglieder im voll besetzten Saal durch einen Bericht der Heimatzeitung, in der Landvogt als Bewahrer und Wehmeyer als Revolutzler gezeichnet wurden. Und überhaupt wollte Wehmeyer auch gleich den Namen des Vereins ändern, erzähle was jeder schon wisse und sei zudem noch Österreicher, verstieg sich der Redakteur. Mit dieser Hypothek der doch eher konservativ ausgerichteten Vermieter stellte sich der Hotelier der Wahl. Und damit nicht genug setzte der ausscheidende Vorsitzende Gerhard Fuchs, ein fast halbstündiges Referat des Stadarchivars und Stadtheimatpflegers Dr. Johannes Lang über „Schätze Bad Reichenhalls“ und insbesondere die Tradition der Kur im Staatsbad kurzerhand vor die anstehende Neuwahl.

Traditionen beibehalten
Der Historiker beschwor die Zuhörer nahezu, doch ja nicht mit alten Traditionen zu brechen, „eine Vernachlässigung der Kurmittel ist der Untergang.“ Das Alte habe dem Ort ja sein Profil gegeben. Und dazu zog er auch Traditionen von Firmen heran und eine 2000jährige Geschichte als Großsaline, die mit der Kur direkt eigentlich nichts zu tun haben. „Ja, die Stadtgründung in München vor fast 850 Jahren erfolgte zu einer Zeit, als Bad Reichenhall für damalige Verhältnisse schon eine ansehnliche Stadt war“, resümierte Dr. Johannes Lang und bekräftigte: „Identität schafft Identifikation und das wiederum Souveränität.“

Dennoch entschieden sich die Vermieter für den ‚Revolutzler‘ Wolfgang Wehmeyer mit 56 zu 40 Stimmen. Zweiter Vorsitzender wurde einstim-

mig Dr. Johannes Kersch von der Klinik Prinzregent Luitpold. Und Wehmeyer bekräftigte: „Wenn man Dinge erneuern will, der heutigen Zeit anpassen, dann muss man sich auch als Kur- und Verkehrsverein neu finden und auch das ist eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und der eigenen Identifikation.“ So zeigte der untriebige Gastronom bereits vor Jahren mit der Gründung der Salzhötel für Bad Reichenhall Weitblick und setzte entscheidende Impulse und Aktivitäten zur Vermarktung dieser ältesten aller Traditionen in Bad Reichenhall.

Begrenzte Mittel

Auf den neuen Vorstand wartet keine leichte Aufgabe. „Wir haben kaum noch Geld in der Kasse“, beklagt Johanna Gassner vom Kurhotel Schlossberghof, der Kassier des Vereins. Doch hatte sie gleich einen Vorschlag parat: „Wir müssen aus eigenen Mitteln 50.000 Euro aufbringen und die Stadt muss mit weiteren 50.000 Euro helfen um Bad Reichenhall als Marke zu stärken.“ Gerhard Fuchs prognostizierte für 2006 einen erneuten Rückgang für Bad Reichenhall, „und das trotz der wiedereröffneten Hotels Bayerischer Hof und Panorama.“ Er verwies auf einen weiteren erschwerenden Umstand: „45 Prozent der Übernachtungen verbuchen die Kliniken für sich. Sie stellen aber nur 24 Prozent der Gäste.“

Offensive ist gefragt

Oberbürgermeister Dr. Herbert Lackner wünschte Glück und eine gute Zusammenarbeit für die Neuwahl. „Dieser Abend zeigt unser gemeinsames Interesse, wenn auch mit unterschiedlichen Vorstellungen. Lasst uns zusammen an ‚der Marke Bad Reichenhall‘ arbeiten.“ Dr. Lackner wünschte sich dabei eine breit angelegte Offensive: „Salz steht für Bad Reichenhall, aber auch die süßen Mozartkugeln der Firma Reber. Das Kurmittelhaus der Moderne ermöglicht ein ganz neues Sportmarketing und auch anderen Impulsen werden wir uns nicht verschließen.“ □



Dr. Herbert Lackner zeichnete den scheidenden Vorstand Gerhard Fuchs für sein langjähriges Engagement mit der ‚Goldenen Ehrennadel‘ der Stadt Bad Reichenhall aus. Foto: Spranger

Bayerns Stämme im Wettstreit

Vier Wochen wurde gespielt, jetzt ist die Entscheidung gefallen: Die Niederbayern sind „Bayerns beste Bayern.“ Nach mehr als 240 spannenden Hörfunkrunden in Bayern 1 gewannen sie den Radiowettbewerb vor Oberfranken und der Oberpfalz. Oberbayern, Schwaben, Mittelfranken und Unterfranken belegten die nächsten Plätze. Alle Fragen standen unter dem Oberbegriff „Bayern“. Sie stammten aus den Bereichen Natur, Sport, Geschichte, Politik, Geographie, Kunst, Brauchtum und Menschen und waren in verschiedene Kategorien eingeteilt.

Niederbayerns Bezirktagspräsident Manfred Hölzlein wird in den nächsten Wochen stellvertretend die Siegerurkunde in Empfang nehmen. Darüber hinaus hat sich „Haundling“ Hans-Jürgen Buchner bereit erklärt, für den Sieger extra eine Stammes-Hymne zu komponieren. □

Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Langzeitarbeitslose:

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten

Ingolstädter in-arbeit legte Bilanz für 2005 vor

Zum 1. Januar 2005 ist das SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - in Kraft getreten, daher hat die Stadt mit der Arbeitsgemeinschaft Jobcenter Ingolstadt, Agentur für Arbeit und Stadt Ingolstadt (ARGE) nach Beschluss im Stadtrat auch die Geschäftsvereinbarungen zwischen Stadt und IFG bzw. in-arbeit neu geregelt.

Aufgrund der bisherigen, durchwegs positiven Erfahrungen mit gemeinnütziger Arbeit in Ingolstadt ist in-arbeit auch unter den neuen gesetzlichen Regelungen damit beauftragt, Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) zu organisieren, so die Gesellschaft bei der Vorlage ihrer Bilanz für 2005. Zusätzlich engagiert sie sich wie bisher im Bereich der Arbeitsvermittlung von langzeitarbeitslosen Ingolstädtern, in der versicherungspflichtigen Beschäftigung von Leiharbeitern sowie in der Qualifizierung von Hilfeempfängern, vor allem durch Sprachkurse.

Mögliche Weiterbeschäftigung

Im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung werden Arbeitslose bei der in-arbeit GmbH nach Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrags angestellt und in den verschiedensten Bereichen (Produktion, Büro, Verkauf, Hauswirtschaft, Stadtreinigung, Dienstleistungen) eingesetzt. Bei Eignung ist eine Weiterbeschäftigung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis möglich.

Träger von PSA

Aufgrund einer beschränkten Ausschreibung ist in-arbeit zusätzlich Träger einer vom Jobcenter finanziell geförderten Personalserviceagentur (PSA) mit 25 Arbeitsplätzen. Die PSA richtet sich vor allem an Hilfe-

empfänger, die aufgrund mangelnder Qualifikation bisher kaum Zugang zum Arbeitsmarkt finden konnten.

Erfreuliche Quote

Erstmals wurden im April 2005 Mitarbeiter angestellt, die volle Anzahl von 25 geförderten Arbeitnehmern konnte im August 2005 erreicht werden. Zwölf Personen haben aus persönlichen oder fachlichen Gründen die Beschäftigung vorzeitig beendet oder nach kurzer Zeit abgebrochen. Vier Personen wurden vor dem Entleihen in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen.

Wiedereingliederung

Darüber hinaus kann in-arbeit nach Vereinbarung mit der Stadt bis zu zehn Personen in sozialversicherungspflichtigen „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante“ bis maximal elf Monate in Vollzeit beschäftigen. Diese Personen waren im vergangenen Jahr bei gemeinnützigen und öffentlichen Einrichtungen eingesetzt, z.B. im Klinikum, bei den Kommunalbetrieben, den Caritas Werkstätten, der Kolping Akademie oder im Umweltamt. Durch die Beschäftigung soll die Erwerbsfähigkeit nachhaltig erhalten, verbessert oder wiederhergestellt werden.

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurde es im Herbst 2004 erstmals auch Arbeitslosenhilfeempfängern ermöglicht,

freiwillig eine „Beschäftigung mit Mehraufwandsentschädigung“, einen so genannten 1 Euro-Job, aufzunehmen. Ca. 170 Bezieher von Arbeitslosenhilfe haben sich im Oktober und November 2004 für diese neue Beschäftigungsmöglichkeit interessiert, 40 Personen haben daraufhin eine auf sechs Monate befristete Arbeit aufgenommen. In den folgenden Monaten wurden 1540 Personen zu einer Beschäftigungsaufnahme an in-arbeit verwiesen.

Qualifizierungsmaßnahmen

Die Wiedereingliederung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat bei allen Maßnahmen oberste Priorität. Dazu gehört nicht nur die Vermittlung von Arbeitslosen in die verschiedenen oben angeführten Arbeitsgelegenheiten, sondern auch Qualifizierungsmaßnahmen, in erster Linie Sprachkurse. Im Jahr 2005 haben insgesamt 195 Teilnehmer aus Russland, Kasachstan, Irak, Afghanistan, Polen, Rumänien, Chile, Türkei, Syrien und Griechenland an fast 4000 Unterrichtsstunden teilgenommen, wobei 21 Teilnehmer die Kurse vorzeitig beendet haben.

Stabile Entwicklung

Die Aktivitäten im ersten Quartal 2006 lassen in-arbeit zufolge eine stabile Entwicklung der Gesellschaft auch für 2006 erwarten. Dabei gelte auch weiterhin die Maxime, die Vermittlung in Arbeit zu verbessern, die Wirksamkeit der Hilfen zur Eingliederung in Erwerbsfähigkeit zu steigern und Verwaltungsverfahren bürgernah und einfach zu gestalten. DK

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Wenn wir uns angewöhnen, aus Angst vor Gewalt mit der Schere im Kopfhernzulaufen, dann brauchen wir uns keine Gedanken mehr über unsere Freiheit machen. Die haben wir dann verloren. Aber haben wir auch Sicherheit gewonnen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, war sehr irritiert über die Diskussion zur Idomeneo-Absetzung in Berlin.

Es hat ja etwas gespenstisches an sich, wenn eine Intendantin ein Stück Hals über Kopf aus dem Spielplan nimmt, nur weil sie befürchtet, es könnte religiöse Gefühle verletzen. Dies aber nicht, weil plötzlich entdeckt wird, dass man mit den Symbolen der Religionen sorgsam und respektvoll umgehen soll. Nein, weil sie Moslems unterstellt, mit Gewalt zu reagieren, wenn ihre religiösen Überzeugungen angegriffen werden.

Dabei dürfte es isoliert betrachtet wahr-

Auf religiöse Gefühle aller Gläubigen Rücksicht nehmen!

scheinlich kein allzu großer Verlust für die abendländische Kultur sein, wenn die Inszenierung nicht mehr läuft. Denn da werden am Ende Poseidon, Jesus, Buddha und Mohammed die Köpfe abgeschlagen und die blutigen Trophäen in archaischer Weise zur Schau gestellt. Poseidon wurde ja schon vor ein paar Jahrhunderten zum Götzen degradiert, so dass seine Enthauptung und Präsentation nur diejenigen stören mag, die der zivilisatorischen Ansicht nachhängen, dass abgetrennte Körperteile - auch wenn es sich um Gipsköpfe handelt - nicht in der Öffentlichkeit präsentiert werden sollten. Aber dass die friedfertigen Buddhisten mit der Herabwürdigung ihres pazifistischen Religionsgründers einverstanden sind, glaube ich ebenso wenig wie ich mir vorstellen kann, dass Christen das abgeschlagene Haupt Jesu gut fänden, wenn sie nicht schon Kummer gewöhnt wären.

Denn es gibt wohl kein Tabu, das in Bezug auf das Christentum noch nicht gebrochen worden wäre. Da werden auf Bühnen reihenweise Päpste und Prälaten verhöhnt und verächtlich gemacht. Wenn ein Kreuz zerbrochen wird, regt

das eh niemanden mehr auf. Schweine und Frösche wurden auf Bildern gekreuzigt dargestellt. Eine populäre Sängerin, die sich aus Marketinggründen nach der Mutter Gottes benannt hat, steigt auf der Showbühne vom Kreuz. Bayerischen Kabarettisten wird applaudiert, wenn sie den Heiland als Lattengustl titulieren. Wer dezent darauf hinweist, dass das eine oder andere zu

weit geht und man als Christ nicht jeder Zumutung ausgesetzt sein mag, wird flugs zum Feind der Kunst gestempelt. Und wer das schöne alte Wort Blasphemie gebraucht, riskiert angeglotzt zu werden als sei er E.T.

Die Freiheit der Rede, die Freiheit der Kunst, erlaubt es uns, alles zu sagen oder auszudrücken, wie wir es empfinden. Sie beinhalten die Freiheit, Gott zu lästern. Sie umfassen aber auch die Freiheit, es zu lassen und den Religionen sowie den Gläubigen die Achtung entgegen zu bringen, die sie verdienen.

Es ist doch traurig und beschämend, dass uns Mitteleuropäern erst das hysterische Geschrei aufgeputschter, fanatisierter Massen und die Drohung mit Wirtschaftssanktionen oder sogar Gewalt im Zusammenhang mit den dänischen Mohammed-Karikaturen dazu gebracht hat, über den Respekt vor Glaubensbekenntnissen nachzudenken. Aber gelernt haben wir bis dato offensichtlich nur, uns vor „den“ Muslimen zu fürchten und nicht, zu einem achtungsvollen Umgang mit allen Glaubenden zurückzukehren.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist für klare Kante: Wenn man eine Inszenierung gut findet, muss man sie zeigen, auch wenn es Kontroversen gibt. Wenn man auf religiöse Gefühle Rücksicht nehmen will, dann auf die aller Gläubigen. Im Übrigen hält er es mit dem Philosophen Rousseau auf dem heutigen Kalenderblatt: „Um sich ein Urteil über eine Religion zu bilden, muss man sie nicht aus den Büchern ihrer Bekenner studieren, sondern sie aus dem Verkehr mit denselben lernen“.

the
Sabriul

Bayerischer Gemeindetag/Kreisverband Rosenheim:

„Aus dem Landkreis für den Landkreis“

Die Problematik der Finanzierung von Dorfhelfern, der Katastrophenschutz sowie der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bestimmte die jüngste Versammlung des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Rosenheim, im dortigen Landratsamt unter der Leitung von Vorsitzendem Fritz Tischner, 1. Bürgermeister von Rohrdorf.

„Aus dem Landkreis für den Landkreis“ lautet die Maxime der 1999 gegründeten Einrichtung Katholischer Dorf- und Betriebs helfer (KDBH). Die Problematik der Finanzierung von Dorfhelferinnen und Dorfhelfern erläuterte der Geschäftsführer des Bayerischen Bauernverbandes in Rosenheim Stefan Kürschner.

Mit 16 hauptamtlich Beschäftigten belegen die Rosenheimer Dorfhelferinnen und Dorfhelfer bayernweit die Spitzenposition. 26.000 geleistete Einsatzstunden bestätigen die eindrucksvolle Bilanz der so erfolgreichen Selbsthilfeeinrichtung. Kürschner zufolge beruht die Problematik der Finanzierung dabei auf den Vorgaben des Landwirtschaftsförderungsgesetzes, dessen Schwerpunkt in der Bezuschussung landwirtschaftlicher Einsätze liegt.

Finanzierungslücken

Für die Finanzierung der Hilfeleistungen in Privathaushalten durch die Dorfhelferinnen, die immerhin 45 Prozent ihrer Einsätze ausmachen, entstünden daher immer wieder Lücken. Mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 23.000 Euro legt der Landkreis Rosenheim den Grundstein zur Finanzierung dieser wichtigen Selbsthilfeeinrich-

tung. Dennoch bleibe eine Finanzierungsunterdeckung von etwa 13.000 Euro pro Jahr, so Kürschner. Einstimmig nahm das Bürgermeistergremium den Vorschlag Tischners an, eine Empfehlung zu geben, wonach künftig sozialpflichtige Stunden der Dorfhelferinnen je nach erbrachter Leistung und Einsatzort von der jeweiligen Gemeinde bezuschusst werden.

Weitere Unterstützung von Seiten des Gemeindetags wurde auch Kreisrat Sebastian Ruhsamer zugesichert, der das Einsatzkonzept des regionalen und überregionalen Katastrophenschutzes vorstellte. Ruhsamer nannte die verschiedenen Großschadensfälle der vergangenen Zeit und betonte, dass die Einsatzkräfte, wie die 117 Feuerwehren im Landkreis, THW oder BRK, auch immer gemeindeübergreifend Hilfe leisten. Zu diesem Zweck wurde in dem Konzept auch besonders auf die Organisation und Bestimmung örtlicher Einsatzleiter eingegangen.

Im Hinblick auf den Zustand einiger Straßen im Landkreis regte Landrat Dr. Max Gimpl an, gemeinsam aktiv zu werden, um die dringlich anstehenden Verbesserungen zahlreicher Staatsstraßen herbeizuführen. Dazu werden in nächster Zeit

Gespräche mit den zuständigen Stellen stattfinden. Auch informierte der Landkreischef über die zusätzlichen Kosten im Bereich der Kreiskrankenhäuser, die durch den Tarifabschluss der Ärzte entstehen werden. „Alleine für den Landkreis fallen knapp 600.000 Euro zusätzliche Personalkosten an“, erläuterte Gimpl, der daher auch erst für 2008 Licht am Ende des Tunnels in punkto Defizitabbau prognostizierte.

Paten gesucht

Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit stellte der stellvertretende Landrat Lorenz Kollmannsberger in seiner Funktion als Vorsitzender der „Rosenheimer Aktion für das Leben“ ein Projekt vor, in dessen Rahmen künftig ehrenamtlich tätige und sozialpädagogisch geschulte Paten gesucht werden sollen, die diesen Jugendlichen zur Seite stehen, um ihre Wege in Richtung Ausbildung zu lenken.

Lorenz Kollmannsberger geht davon aus, dass in der Region derzeit knapp 2000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind. Besonders wichtig sei dabei, dass rechtzeitig, zum Beispiel schulbegleitend, eingegriffen wird und nicht erst, wenn die Situation aussichtslos ist, appellierte Landrat Gimpl an die versammelten Bürgermeister. Der Gemeindetag sicherte der Aktion volle Unterstützung für das Vorhaben zu. DK



Landrat Thomas Karmasin (Bildmitte) präsentierte mit allen Beteiligten des Projektes die neue Landkreisbroschüre. □

Landkreis Fürstfeldbruck:

Neue Infobroschüre zum Thema „Schule“

In welcher Gemeinde oder Stadt im Landkreis Fürstfeldbruck gibt es Realschulen, Gymnasien oder berufliche Schulen und Förderzentren? Welche Ausbildungsrichtungen und Sprachenfolge kann mein Kind an welcher Schule hier in der Region besuchen? Welche speziellen Angebote haben die weiterführenden Schulen und Förderzentren hier im Landkreis Fürstfeldbruck? Auf diese und viele weitere Fragen gibt die erstmals vom Landratsamt Fürstfeldbruck herausgegebene „Schulbroschüre“ allen Eltern, Schülerinnen und Schülern, Neubürgern oder interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern wertvolle Informationen.

Die Broschüre mit 64 Seiten enthält im Hauptteil eine informative Übersicht zu allen 17 Landkreisschulen mit Fakten zum Bau, zur Schule sowie eine Übersicht über das Schulprofil und Unterrichtsangebot. Im Einleitungsteil erhält der Leser bzw. die Leserin eine Zusammenfassung zur Schulentwicklung des Landkreises, ausgehend von den bayerischen

Schulreformen der 1990er Jahre. Im Anhang gibt es praktische Tipps zu Fragen rund um das Schulwesen.

Vor einem Jahr gab es erste Überlegungen das Projekt zu starten. Viele Beteiligte waren in das Team eingebunden: das Landratsamt Fürstfeldbruck mit den Fachabteilungen „Büro Landrat“, „Schulen“, „kreiseigener Hochbau“, die Fotografin

Carmen Voxbrunner, die Autorin und verantwortliche Redakteurin, Susanna Reichlmaier.

Von Anfang an gehörten zum Projektteam die Agentur Westside Concept & Design, vertreten durch Helene Hohmann, die mit der Anzeigenagentur Christine Wolff und dem Amper-Druck für die qualitativvolle Gestaltung und Herstellung sorgte. Ohne die Mitarbeit der Landkreisschulen wäre das Projekt ebenfalls nicht möglich gewesen. Thomas Karmasin dankte bei der Vorstellung allen Beteiligten, insbesondere auch den Anzeigenkunden und dem Hauptsponsor, der Sparkasse Fürstfeldbruck, die mit ihrer Unterstützung zu den Druckkosten eine Auflagenhöhe von 20.000 Stück ermöglichte. □

30 Jahre Kommunalpolitische Vereinigung im Landkreis Günzburg:

Bruno Merk zur Kommunalen Selbstverwaltung

Am Ende war es wie ein politisches Vermächtnis: Sein Festvortrag zu „30 Jahre kommunalpolitische Vereinigung im Landkreis Günzburg“ schloss Dr. Bruno Merk, dass dies seine letzte politische Rede gewesen sei. Er habe noch einiges vor. Da er die 80 Jahre schon längst überschritten hat, muss er mit seinen Kräften haushalten. Das kam überraschend. So richtig glauben wollten es viele nicht. Unter den Gästen waren Staatsminister a.D. Alfred Sauter (Mdl.) und seine Landtagskollegin Berta Schmid, Altbürgermeisterpräsident und Altlandrat Dr. Georg Simmacher, der amtierende Landrat Hubert Hafner, aktive sowie ehemalige Bürgermeister, Kreis-, Stadt-, Markt- und Gemeinderäte.

„Die kommunale Selbstverwaltung - Keimzelle und Nährboden demokratischen Denkens und Handelns“ war das Thema eines kritischen hintergründigen 90minütigen Referats. Beginnend bei den Gemeindeedikten 1818 bis zur Beurteilung der aktuellen politischen Lage in Deutschland und der Welt reichte das Spektrum.

Für Bruno Merk war Kommunalpolitik der wesentliche Inhalt seiner Tätigkeit und seines Lebens. So konnte aus einem reichen Erfahrungsschatz

schöpfen. Zunächst war er ehrenamtlicher Stadtrat, dann Landrat und Landtagsabgeordneter von Günzburg, Innenminister, schließlich noch Präsident des Sparkassenverbandes und des Roten Kreuzes.

Neuordnung der Gemeinden

Als vor dreißig Jahren die Kommunalpolitische Vereinigung in Günzburg gegründet wurde, war in Bayern die Gebietsreform der Landkreise abge-

schlossen und die Neuordnung der Gemeinden in vollem Gange. Leichtfertiges Handeln und stures Verhalten wurde dem Reformminister „oben“ unterstellt. Allen damals Verantwortlichen vor Ort dankte Bruno Merk, dass sie sich nicht verweigert, sondern den Aufgaben gestellt haben.

Bayerische Bezirke

Merk wandte sich auch den bayerischen Bezirken zu. Er kritisierte, dass sich diese aus „machtpolitischen Interesse der Parteien“ heraus entgegnet ihrem Rang in der Bayerischen Verfassung als „Gemeindeverband“ in der kommunalen Selbstverwaltung zu einer eigenständigen Ebene“ zwischen Staat und Kommunen entwickelt haben.

Dann knöppte sich Merk Deutschland vor. Das Land sei heute tatsächlich, wie Kanzlerin Angela Merkel befand, „ein Sanierungsfall“. Niemand - nicht die Bürger, nicht die Wirtschaft, nicht die Tarifpartner, nicht die Parteien und vor allem nicht die Regierungen und Parlamente - könnten sich von einer Schuld an dieser Entwicklung freisprechen. Nachdem die Parteien und Politiker die größte Verant-

wortung tragen, hätten diese allen Grund, verlorene Glaubwürdigkeit und Ansehen zurückzugewinnen. Sie sollten mit gutem Beispiel vorangehen, statt nur die Bürger zur Kasse zu bitten.

Als mögliche Rehabilitationsfelder nannte Merk das „Gestrüpp“ direkter und indirekter Parteienfinanzierung. Dazu kämen die finanziellen Privilegien von Abgeordneten, zum Beispiel die Steuerfreiheit pauschaler Aufwandsentschädigungen.

„Vollkaskotalität“

Merk tadelte aber nicht nur die Parteien, sondern auch die Bürger. Von der Politik in Zeiten voller Kassen im Wettlauf um die Wählergunst von der Eigenverantwortlichkeit entwöhnt, gefährden sie durch „Vollkaskotalität“ und Pochen auf „Besitzstände“ die durch den Wiederaufbau geschaffene Grundlage des Wohlstandes. Die vergangenen 60 Jahre teilte er in zwei Hälften. Die ersten 30 Jahre waren geprägt vom raschen Wiederaufbau, Deutschland wurde eine führende Industrienation und stand an der Spitze der Europäischen Union. Dann kam die Stagnation bzw. es ging bergab. Niemand will aber dabei gewesen sein, als es schief lief. „Wir haben es versäumt, uns den Wechselbeziehungen der Globalisierung anzupassen“, so Bruno Merk.

Für Merk ist die zugrunde gegangene Weimarer Republik ein mahnendes Beispiel. Es sei höchste Zeit, uns den Realitäten

zu stellen und uns unserer jeweils eigenen Verantwortung wieder bewusst zu werden. Nur dann ist die Gefahr des Scheiterns auch der zweiten (deutschen) Demokratie zu bannen. Die große Koalition ist derzeit leider dem Scheitern näher als dem Erfolg.

Ein Glücksfall war für Merk 1945, dass Bayern in der amerikanischen Besatzungszone lag und uns Eigenverantwortung zurückgegeben wurde. So sehr die USA damals geholfen haben, so kritisch ist seines Erachtens deren heutige Politik zu betrachten. Terrorismus im Untergrund kann nicht mit Armeen bekämpft werden.

Rechte und Pflichten

Dann gab Bruno Merk seinen Zuhörern noch eine Reihe von Erkenntnissen und Ratschlägen mit auf den Weg. Möglichst viele müssten nicht nur ihre Rechte sondern auch ihre Pflichten kennen. Aus der Reihe zu tanzen war im 3. Reich so gefährlich wie in der ehemaligen DDR. Freiheit ist nur durch Solidarität zu sichern. Achtung haben vor anderen Meinungen, Bereitschaft zum Gespräch zeigen und Fähigkeit zum Kompromiss, gehörten zu den Grundlagen einer Demokratie. Bürgerschaftliches Engagement darf sich auch nicht auf die eigene Gemeinde beschränken. Die Kommunalpolitik ist die Grundschule der Demokratie und die Qualifikation für höhere Aufgaben. **Hans Joas**

Ergebnisse von Bürgermeisterwahlen

In Altdorf im Nürnberger Land konnte der 56-jährige CSU-Kandidat Erich Odörfer die Bürgermeisterwahl für sich entscheiden. Mit 52,9 Prozent gegenüber 47,1 Prozent seines Konkurrenten Ernst Bergmann (SPD) gewann er die Stichwahl. Auch in Scheidegg bei Lindau konnte sich die CSU mit Ulrich Pfanner durchsetzen. Gleich im ersten Wahlgang setzte sich der 39-jährige Gartenbaumeister gegen seinen Konkurrenten Dieter Karg (FW) deutlich mit 61,2 zu 38,8 Prozent durch.

Stichwahl in Schliersee

Um gerade einmal 16 Stimmen geschlagen wurde der CSU-Bürgermeisterkandidat Wolfgang Möblein im unterfränkischen Gerolzhofen von Irmgard Krammer (FW). In Legau im Unterallgäu besiegte zweiter Bürgermeister Franz Abele (CSU) seinen Konkurrenten Andreas Tillich. Abele erhielt 65,3 Prozent der Stimmen, Tillich vereinte 34,7 Prozent auf sich. Im oberbayerischen Schliersee wiederum kommt es am 29. Oktober zur Stichwahl zwischen dem amtierenden Bürgermeister Toni Scherer von der Parteilosen Wählergemeinschaft und dem CSU-Kandidaten Franz Schnitzenbaumer. Scherer erreichte 45 Prozent, Schnitzenbaumer kam auf 44,3 Prozent. Auf den SPD-Kandidaten Hirtreiter entfielen 10,7 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 21

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 21, die am 9. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Krankenhäuser - Pflegeheime
- Schulen - Kindergärten - Horte

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperreffosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperreffosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
Mühlackerstraße 10, 90402 Nürnberg
Tel. 0911/2406870

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



Kindergarteneinrichtungen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-92245 KÜMMERSBRUCK
Tel. 09224/381 39 0 · Fax 09224/381 39 99
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.de
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Papierkörbe



der Umwelt zuliebe

EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 · Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-92245 KÜMMERSBRUCK
Tel. 09224/381 39 0 · Fax 09224/381 39 99
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.de
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



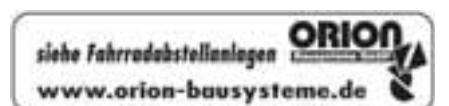
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 KÜMMERSBRUCK/AMBERG
Tel.: +49 (0) 96 21/76 85-0 · Fax +49 (0) 96 21/76 85-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wassersähler



Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung

vertragshandel für
Felitto Star
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 0911/69 39 65
telefax 0911/69 59 63
email: deko-jochum@online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen



Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de